

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### Körber

Mit der heutigen 41. Tagung beginnt für den Bergedorfer Gesprächskreis nach zehn Jahren eine zweite Phase. Inwieweit soll damit eine gewisse Veränderung der Gesprächsinhalte selbst erreicht werden? Wir haben uns auf den bisherigen Tagungen bemüht, die gesellschaftliche Entwicklung an Kernfragen zu erhellen und zu verdeutlichen, um Probleme ins öffentliche Bewußtsein zu bringen, damit die politisch und gesellschaftlich Handelnden Ansätze für neue Initiativen erkennen können.

Mir scheint aber, daß sich im Laufe der vergangenen zehn Jahre die Voraussetzungen für die Kommunikation in unserer Gesellschaft erheblich gewandelt haben. Es ist - dabei denke ich nicht nur an die gegenwärtige Bonner Situation - nicht zu verkennen, daß sich sowohl im Politischen wie generell im Ideellen starke Fronten herausgebildet haben. Diesen Fronten droht die Gefahr, daß das Gespräch zwischen ihnen vollends abreißt, zumal dieser gefährliche Prozeß schon sehr weit gediehen ist.

Der Gesprächskreis sollte sich deshalb, so meine ich, die Aufgabe setzen, den Versuch eines Brückenschlages zu unternehmen, ohne damit eine falsche Harmonisierung der bestehenden Gegensätze anzustreben. Ich bin der Auffassung, daß bei aller Polarisierung der Standpunkte für unsere Gesellschaft ein elementares Interesse daran besteht, die Möglichkeit von Grundübereinstimmungen festzustellen, ohne die keine Gesellschaft auf Dauer existenzfähig ist.

Der Bergedorfer Gesprächskreis hat in den letzten Jahren schon einmal eine doch wohl kühne Initiative ergriffen, als er in einer Zeit frostiger Gesprächslosigkeit zwischen Ost und West den Versuch zu einer Wegbereitung der Verständigung unternahm. Unsere Leningrader Tagung im Juni 1970 hat uns gezeigt, daß zum richtigen Zeitpunkt ein gewagter Schritt erfolgreich sein kann. Es könnte heute sinnvoll sein, einen neuen Versuch solcher Art diesmal in unserer eigenen Gesellschaft durchzuführen. Wenn wir über die gegenwärtige Konfrontation hinauskommen sollen, dann reicht es nicht aus, wenn wir nur die Fronten deutlich machen und sie gegeneinander aufrechterhalten. Die Frage ist vielmehr, ob der Boden unserer Demokratie noch tragfähig ist für einen Brückenschlag, oder was zu tun ist, um ihn wieder zu befestigen. Das ist schwer in einer Zeit, in der keiner der überkommenen Werte mehr Bestand hat.

Was liegt da näher, als bei der Sprache selbst zu beginnen. Sie ist das Medium, das sowohl der Konfrontation als auch der Verständigung dienen kann. Wenn wir die in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung verwendeten Begriffe auf ihre Bedeutung hin untersuchen, dann dürfte dieses Unterfangen nicht beschränkt bleiben auf die Entlarvung dessen, in dem man den Gegner sieht. Es gehört auch die ideologische Infragestellung des eigenen Standpunktes dazu. Ich weiß, Selbstkritik ist ein schwieriges Geschäft - selbst unter solchen, die im Prinzip verständigungsbereit sind.

Meine Hoffnung für unser heutiges Gespräch ist, daß wir nicht nur die markante Betonung der jeweils eigenen Positionen erleben werden, sondern auch - so hart die in unserer Gesellschaft bereits bestehenden Gegensätze auch sein mögen - Ansätze zu möglicher Verständigung.

## Maier

Unser Thema ist die Wirkung der Sprache auf die Politik, genauer: ihre gesellschaftsverändernde Wirkung. Damit wir uns nicht im Uferlosen verlieren, will ich mit einer kleinen Geschichte beginnen.

Als im Jahr 1968 die Bundesregierung ein Parteiverbot der NPD erwog, stellte eine wissenschaftliche Kommission beim Bundesminister des Inneren, der ich zeitweise angehörte, Erwägungen über die Möglichkeiten eines Verbotsantrags beim Bundesverfassungsgericht an. Man spielte die Chancen eines solchen Antrags nach allen Seiten durch: politisch, verfassungsrechtlich, publizistisch, forensisch - auch zeitgeschichtlich, da ja ähnliche Anträge gegen die SRP und KPD schon früher vor dem Gericht verhandelt worden waren.

Dabei ergab sich folgendes: In jenen früheren Verhandlungen hatte man die verfassungsfeindlichen Absichten extremer Parteien relativ einfach aus ihren Programmen erkennen und nachweisen können. Ihre Sprache verriet sie. Aus den programmatischen Äußerungen der NPD dagegen waren derartige Absichten nur selten direkt ablesbar, vielmehr hüllten sich die meisten ihrer Verlautbarungen in einen Wortschatz demokratischer Wohlanständigkeit. Man mußte also planmäßig entschleiern, "enttarnen", wie es im Jargon der Kommission hieß; denn just die Gegner einer demokratisch-parlamentarischen Ordnung traten als Verteidiger des Grundgesetzes, zumindest als grundgesetztreu auf.

Ein zweites Problem war dieses: In den fünfziger Jahren hatte die deutsche Öffentlichkeit allergisch auf jedes Herumbasteln am Grundgesetz reagiert. Der Kern der Verfassung war tabu. Die Richter in Karlsruhe wußten sich breiter öffentlicher Zustimmung sicher, wenn sie Abweichungen vom Pfad demokratischer Tugend mit einer engen Elle maßen. Im Jahr 1968 dagegen war die Bundesrepublik erfüllt vom Pathos der "Veränderung": Partial- und Totalrevisionen des Grundgesetzes wurden keineswegs nur in APO-Kreisen, sondern auch in den demokratischen Parteien von Dichgans bis Dahrendorf und Eppler debattiert. Die Aspirationen der NPD auf eine präsidialstaatliche Veränderung der Verfassung, die sicher 1956 noch helles Entsetzen ausgelöst hätten, fanden sich plötzlich als ein verhältnismäßig hausbackenes Konzept inmitten tabuzertrümmernder Grundsatzdiskussionen.

So ergab sich ein Dilemma: Hätte man die erwähnte enge Elle des SRP- und KPD-Urteils angelegt, so wäre man entweder an der inzwischen eingetretenen Erweiterung und Entgrenzung des demokratischen Sprachfeldes gescheitert, oder aber man hätte die Folgerungen aus jenen gerichtlichen Erkenntnissen weit über den Kreis der NPD hinaus erstrecken müssen. In der Tat war dies bald ein ständiger Stoßseufzer in der Kommission: Was müßte man dann nicht noch alles verbieten!

Es kam auch, wie vorauszusehen war: die NPD wurde, trotz unserem Ratschlag, nicht verboten, die Kommunistische Partei wurde ein Jahr später erneut zugelassen - als DKP, mit einer kleinen Metathesis für den philologischen Kenner. Ich will beide Vorgänge, die gewiß entscheidende Weichenstellungen in der Innen- und Verfassungspolitik der Bundesrepublik waren, nicht weiter kommentieren. Daß sie aber erst aufgrund eingreifender Wandlungen in Sprache, Begrifflichkeit und Selbstverständnis unserer Demokratie in den sechziger Jahren möglich geworden sind, steht außer Zweifel.

Damit wären wir, am konkreten Beispiel, beim Thema, beim Zusammenhang von Sprach- und Gesellschaftsveränderung in unserem Land und in der westlichen Welt. Zunächst geht es um die seit den sechziger Jahren sichtbar gewordenen Veränderungen unseres politischen Vokabulars, wobei ich mich freilich - das Thema ist kaum untersucht! - auf eine verhältnismäßig pauschale Tatbestandsbeschreibung beschränken muß.

Dann interessiert uns zweitens der atmosphärische Umkreis, der "Hof" der neuen - oder der umgedeuteten alten - Begriffe, ihr politisches Umland, ihr historischer Richtungssinn. Dem versuche ich anhand einiger Schlüsselbegriffe der Neuen Linken Emanzipation, Freiraum, Betroffensein - näherzukommen.

Schließlich geht es drittens um die politische Frage, was eine solche Änderung des sprachlichen Umgangs mit zentralen Begriffen unserer Verfassungsordnung für die Demokratie bedeutet. Denn es liegt auf der Hand, daß Institutionen und Rechtsordnungen zur Erhaltung ihrer Formkonstanz der begrifflichen Identität bedürfen und nicht beliebig - um wiederum ein Schlüsselwort der neuen politischen Sprache zu gebrauchen - "umfunktioniert" werden können.

Veränderungen des politischen Wortschatzes

Versuchen wir also zunächst einige Veränderungen unseres politischen Wortschatzes in den sechziger Jahren in groben Strichen zu kennzeichnen. Ich trage relativ zusammenhanglose Beobachtungen vor, denn zu einer gründlicheren Darstellung und Systematisierung bedürfte es längerer Vorbereitungen.

#### Ausdehnung des Begriffs Gesellschaft

Wohl die bedeutsamste, früh einsetzende Verschiebung im politischen Wortgebrauch war die Ausdehnung des Begriffs Gesellschaft auf die gesamte Breite des politischen Lebens und der fortschreitende Ausfall des Begriffs Staat. Das äußert sich darin, daß in unserer politischen Bildung heute, sehr im Unterschied zu den fünfziger Jahren, das Wort Staat kaum mehr vorkommt, dafür aber das Wort Gesellschaft universelle Verbreitung erlangt hat. Die alte Balance von Staat und Gesellschaft, liberalem Denken teuer, ist damit einer monistischen Erklärung des sozialen Lebens gewichen.

Denn nicht zu vergessen: Auch der Gesellschaftsbegriff hat seine alte Begrenzung als soziales Gegenüber zum Staatlich-Politischen eingebüßt und ist zu einem allumfassenden Schema geworden. Alle reden von Gesellschaft, und wer (noch) vom Staat redet, muß entweder ein Spezialist sein, etwa ein Staatsrechtslehrer, oder er ist, als Abgeordneter oder Verwaltungsbeamter, eben ein Teil des staatlichen "Systems".

Im übrigen ist der Siegeszug des total gewordenen Gesellschaftsbegriffs längst nicht mehr auf die Sprache der Publizistik oder der politischen Bildung beschränkt. Er zieht in den siebziger Jahren bereits Spuren in Gesetzestexten. Das jüngste Beispiel ist eine im Wissenschaftsausschuß des Bundestages von SPD- und FDP-Abgeordneten beim Hochschulrahmengesetz diskutierte "Verantwortung (des Wissenschaftlers) vor der Gesellschaft", die einen Begriff als rechtserhebliche Größe konstruiert, der im Grundgesetz gar nicht vorkommt.

Nun könnte man einwenden, hier sei nur der überdimensionierten Geltung des Staatsbegriffes in Deutschland endlich demokratisch der Garau gemacht worden. Außerdem habe man die angelsächsische "civil society" ins deutsche politische Vokabular geholt. So richtig das für die Anfänge des Auf- und Abstiegs von "Gesellschaft" und "Staat" in den frühen sechziger Jahren war, so wenig gilt es für den heute erreichten Endpunkt der Entwicklung. Denn einmal gibt es auch in der angelsächsischen Welt zu "civil society" den Komplementärbegriff des "government" - und eben davon ist bei uns, unter der Dominanz eines alles absorbierenden Gesellschaftsbegriffs, nicht mehr die Rede. Zum anderen ist hier nicht eine monistische Einheit einer demokratischen Zweiheit oder Vielheit geopfert worden; vielmehr hat sich die monistische Erklärung - oder Ideologisierung - der politischen Welt nur in einer anderen sprachlichen Form verpuppt.

Am Rande sei erwähnt, daß ebenso wie der Begriff des Staates auch der des Volkes - nicht in seinem biologischen, sondern in seinem politischen Verständnis - verschwunden ist, obwohl er für unsere Verfassungen zentrale Bedeutung hat.

#### Veränderung des Demokratieverständnisses

Eine zweite Beobachtung, die sich aufdrängt, ist die Veränderung des Begriffs der Demokratie. Ich möchte die These wagen, daß sich die enge Gemengelage dieses Begriffs mit rechtsstaatlichen, parlamentarischen, parteistaatlich-pluralistischen Formelementen, die wiederum für das Grundgesetz charakteristisch ist, in den sechziger Jahren mehr und mehr aufgelöst hat. Die radikal-demokratischen Begriffsinhalte haben sich so sehr isoliert, daß das Wort heute, vor allem in der dynamisierten Form der "Demokratisierung", dabei ist, ein Kampfbegriff gegen rechtsstaatliche und parlamentarische Status quo-Befestigung schlechthin zu werden.

Wer die verwickelte Wortgeschichte kennt - noch im späten 19. Jahrhundert stand der Begriff Demokrat in der englischsprechenden Welt, aber auch in der romanischen, unter Radikalismus-Verdacht!;- , der wird es registrieren, wenn heute von ultra-links die Hamburger Empfehlungen der Ministerpräsidenten gegen Radikale im öffentlichen Dienst zum "Kampf gegen Sozialisten und Demokraten" stilisiert werden. Hier wird das Wort "Demokrat" beziehungsreich in die Nähe jenes links vom politischen Liberalismus angesiedelten Radikalismus gerückt, aus dem es geschichtlich herkommt. Denn erst in einem langen Mischungsprozeß hat sich jene "freiheitlich-demokratische Grundordnung" entwickelt, der außer den primärdemokratischen Elementen der Volkssouveränität und des Mehrheitsprinzips auch so unentbehrliche Bestandteile unserer öffentlichen Ordnung wie Rechtsstaats- und Repräsentativprinzip, Parteiensystem und Parlamentswesen angehören.

#### Puristische Überforderung von Begriffsinhalten

Drittens weise ich auf eine Linie sprachlicher Veränderungen hin, die man als puristische Oberforderung von Begriffsinhalten charakterisieren könnte, mit dem Ziel desillusionierender Zerstörung des Bezeichneten. Der Vorgang ist in Deutschland vor allem aus der Weimarer Republik bekannt. Hier hat die Neue Linke von der alten Rechten viel gelernt. Ein Musterbeispiel unfreiwilligen Hand- in-Hand-Arbeitens bereits Ende der fünfziger Jahre war die Isolierung der rechtsstaatlichen und der sozialstaatlichen Elemente des Grundgesetzes, die die Verfassung sehr bewußt im Begriff des sozialen Rechtsstaates zusammengebunden hatte, ihr Aufblähen zu eigenen, sich wechselseitig ausschließenden Entitäten in der Theorie (denn in der Praxis hat unsere Demokratie gerade eine beachtliche Verschmelzung zuwege gebracht).

Wenn heute die Darstellungen unserer Demokratie in der politischen Bildung, grob gesagt, in eine rechtsstaatlich-liberale und eine sozialstaatlich-sozialistische auseinandergefallen sind, so hat dieses dissozierende Denken seine alten Traditionen. Es lebt ebenso - wie Wilhelm Hennis gezeigt hat - in dem dualistischen Begriffspaar Verfassungsrecht - Verfassungswirklichkeit wie in der heute so beliebten Entgegensetzung von inhaltlicher und formaler Demokratie. Das Modell des gedanklichen und sprachlichen Vorgehens ist überall das gleiche: Man bringt Worte der politischen Alltagssprache, die gerade wegen ihrer Praxisnähe unscharf sind, deutsch-gründlich "auf den Begriff", um dann die schlechte Wirklichkeit am puristischen Seminaranspruch scheitern zu lassen. Auf diese Weise kann man nahezu überall den Nachweis führen, daß unsere Verfassungen die "gesellschaftlichen Widersprüche" nicht wirklich "vermittelt", sondern nur formalistisch integriert haben.

#### Dynamisierung politischer Begriffe

Hier schließt sich eine vierte Beobachtung an, daß nämlich zentrale Begriffe unserer politischen Ordnung in den letzten Jahren aus ihrer Normallage gelöst, dynamisiert, ja eschatologisch aufgeladen worden sind: Das gilt für Verfassung, Demokratie, Sozialstaat so gut wie für Rechtsstaat und Grundrechte. Aus Ordnungsbegriffen wurden Verheißungen. Die Stilisierung des Grundgesetzes zum "großen Versprechen" machte den Anfang. Es ist kein konservatives Glaubensbekenntnis, sondern beschreibt nur einen Sachverhalt, wenn man feststellt, daß jede Verfassung auch Normierung eines sozialen Status quo ist, Verstetigung des politischen Lebens, dem sie "Anregung und Schranke" (R. Smend) bietet. Nur insoweit kann sie ja die politischen Verhältnisse ordnen und gestalten. Eben dieser Aspekt wird aber im heute herrschend gewordenen Sprachgebrauch fast völlig übergangen. Statt dessen wiegt die Vorstellung vor, die Verfassung sei eine Sammlung von Geboten für alle Lebenslagen - nicht nur die politischen;- , die vom Gesetzgeber nur zu entfalten wären.

Kein Wunder, daß auf dem Boden eines solchermaßen überstrapazierten Verfassungs- und Grundrechtsverständnisses Exidealismus und Zynismus gedeihen. Als Beispiel nenne ich das hilflos-traurige Bekenntnis einer DKP-Lehrramtsanwärterin, die in einem Land (es war nicht Bayern) von den Behörden gefragt wurde, warum sie gegen das Grundgesetz sei: "Aber ich bin doch gar nicht gegen das Grundgesetz. Das Grundgesetz wäre gut, wenn es gälte. Aber es gilt doch bei uns nicht."

#### Eindringen von Kampfbegriffen in die politische Sprache

Endlich verzeichne ich fünftens ein zunehmendes Eindringen organisatorischer, technischer, ja paramilitärischer Kampfbegriffe in die politische Sprache - Spiegelbild des Voluntarismus und Aktionismus, der sich in vielen neuen politischen Bewegungen und Kräften geltend macht. Hierzu gehört das berühmt-berüchtigte "Umfunktionieren", aber auch das systematische "Verunsichern"; hierzu gehören die Kampfbegriffe gegen die "Herrschenden", das "System", die Sprache von "Gewalt" und "Gegengewalt" gegen den "manifesten Terrorismus" spätkapitalistischer Herrschaft. Es ist bezeichnend, daß das paramilitärische Idiom zuerst im Bereich von Bildung und Erziehung erprobt wurde: Ausnutzung und "Umpolung" von Sozialisationsmustern, kognitive Operationsmodi, Lernstrategien waren dort schon üblich, als das politische Konzept der Neuen Linken noch auf Seminarniveau bei der "Reflexion gesellschaftlicher Bedingungen" verharrte und allenfalls die "repressiven Muster formaldemokratischer Bewußtseinsprozesse demaskierte".

Inzwischen sind die "Strategiediskussionen" Legion geworden, aber neben den Metaphern des Revolutionsspiels ist zugleich eine neue Zone des intentionalen "bewaffneten Kampfes" entstanden, in der nicht mehr mit Begriffen gefochten wird. Wiederum berühren sich, wie bei früheren Beispielen, die Extreme: Viele Sätze aus der eben veröffentlichten RAF-Kampfschrift "Dem Volke dienen" könnten beim frühen Ernst Jünger stehen, wie überhaupt der Zusammenhang von Aktionismus, Todespathos und Ästhetizismus in extremlinken Gruppen fast die gleichen sprachlichen Formen annimmt wie in extremrechten.

Alle diese Aussagen wären vielfältig zu differenzieren, die gesammelten Beispiele nach Herkunft und Repräsentanz genauer aufzuschlüsseln. Den Mischungen sehr persönlicher Gelehrtenidiome - Adorno,

Bloch, Habermas - mit Begriffen der Management- und Organisationsprache nebst Einsprengeln der Futurologie wäre im einzelnen nachzugehen. Das kann hier schon aus Zeitgründen nicht geschehen.

### **Becker**

Zu dem Referat von Herrn Maier fällt mir unwillkürlich das Wort Grundreiz ein, das ursprünglich aus der Verhaltenspsychologie stammt und von den Soziologen in der Gruppendiskussion benutzt wird. Ich denke, daß dieser Vortrag alle Elemente eines solchen Grundreizes enthält.

"Verändert die Sprache die Gesellschaft?", man könnte zugleich fragen: "Verändert die Gesellschaft die Sprache - warum und unter welchen Bedingungen?" Was bedeutet ferner das Auseinanderklaffen von Realität und Sprache? Möglicherweise handelt es sich hierbei um einen Vorgang der gesellschaftlichen Entwicklung.

### **Heer**

Es wurde das große Wort von der Einhelligkeit im Sprachgebrauch gesprochen. Geschichte ist - zumindest in den letzten 2000 Jahren in Europa - immer wieder ein Kampf um Machtübernahme in der Sprache gewesen. Als frühe Christen den Kyrios Nero umfunktionierten in den Kyrios Jesus, begann einer dieser Prozesse. Jeder weltgeschichtliche Kampf ist Kampf um Machtübernahme in der Sprache, ob es nun um liberty, democracy oder um anderes geht. In den großen weltgeschichtlichen Kämpfen prägt der Sieger Sprache so, daß sie seinen gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen entspricht.

### **von Hentig**

Ich habe mir unter dem Thema etwas ganz anderes vorgestellt als Herr Maier. Wenn es um die Wirkungen der Sprache auf die Politik gehen soll, so habe ich davon wenig gehört. Sie haben politisches Vokabular gemustert und sozusagen ungeliebte Wörter ungeliebter Personengruppen etwas traumatisch denunziert. Sie haben von neuen Begriffen und ihrem Gebrauch oder Mißbrauch gesprochen. Dagegen haben Sie nicht nachgewiesen, welche Wirkung die sichtbaren Veränderungen in der Sprache auf die Wirklichkeit haben.

### **Maier**

Ich erwähnte die Schwierigkeit, extreme Gruppen zu verbieten.

### **von Hentig**

Was hat etwa das Aufkommen des Wortes Emanzipation bewirkt? Eine Gegenthese, die Herr Becker schon hat anklingen lassen, wäre, daß die Verhältnisse sich geändert haben, und aufgrund der Verhältnisse die Erfahrungen und aufgrund der Erfahrungen die Handlungsweisen. Dazu hat man sich dann ein entsprechendes Vokabular gebildet. Ich will damit nur ein extremes Gegenmodell aufstellen.

Warum ist zum Beispiel die NPD nicht verboten worden? Inzwischen war man doch mit dem KPD-Verbot in eine Fülle von Schwierigkeiten geraten, die man jetzt vermeiden wollte. Diese Erfahrung hat sich eine Sprache geschaffen. So spricht man von der DKP nicht als einer "verfassungswidrigen", sondern einer "verfassungsfeindlichen" Partei. Das gleiche gilt auch für den Begriff "Demokratisierung". Nach zwanzig Jahren Demokratie in der Bundesrepublik hat man festgestellt, daß sie mit dem Grundgesetz allein noch nicht vorhanden ist. Daraus folgerte man, daß man sie als einen Prozeß auffassen, daß sie dynamisiert werden müsse, ja daß Demokratie selber die Möglichkeit von Veränderung beinhaltet; deshalb kann sie mit den Buchstaben des Grundgesetzes nicht ausgeschöpft werden.

Ich hatte auch an andere Beispiele gedacht: Was hat es ausgemacht, daß man zwanzig Jahre nicht von der "DDR" oder nur von der "sogenannten DDR" geredet hat? Was hat es auf sich, wenn wir von "Heimatvertriebenen" reden, während man auf der anderen Seite von "Neusiedlern" spricht? Das sind durch langen Gebrauch der Wörter wirklichkeitsbestimmende Dinge. Was hat es auf sich, daß man eines Tages von der APO redete, daß es Leute gab, die sagten, es müsse außerhalb der parlamentarischen Opposition noch etwas anderes geben? Das hat Wirkungen gehabt, weil damit etwas Wirkliches angesprochen wurde. Was hat es auf sich, daß wir von einer Baader/Meinhof-Bande reden und - von einem bestimmten Zeitpunkt an - nicht mehr von der Baader/Meinhof-Gruppe?

Ich hätte als Pädagoge auch davon zu reden, wie es die Gesellschaft verändert hat, daß Heinrich Roth das Wort "begaben" aktiv zu gebrauchen den Mut hatte; Begabung sei eben nicht etwas, womit man ausgestattet ist, sondern was man erzeugt. Das hat eine noch längst nicht abgeschlossene

Veränderung mit sich gebracht. Das Scheitern solcher Dynamisierung durch Wörter und durch das, was sie freisetzen, so wie die Gründe für dieses Scheitern hätten angesprochen werden müssen.

Dazu hätte ich mir vorgestellt, daß Sie von Schlagworten sprechen wie "keine Experimente", "Sicherheit für jeden und Wohlstand für alle!", "Auf die Köpfe und Führer kommt es an". Wir leben in einer Welt der indirekten Meinungsvermittlung. Deshalb dachte ich, auch davon würde die Rede sein.

### **Lämmert**

Herr Maier, es ist mir aufgefallen, daß Sie die Reaktion einer DKP-Lehrerin hilflos nannten, die auf die Frage nach ihrer Stellung zu unserem Grundgesetz antwortete: "Ich stehe ja gar nicht außerhalb des Grundgesetzes." Sie haben damit über das Verhalten der Lehrerin ein Urteil gefällt, ohne sich zu dem Widerspruch von Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit, zu der Sache also, von der in diesem Zusammenhang die Rede war, selbst urteilend oder nur analytisch zu äußern. Sie haben Sprachhandlungen beobachtet und auch bewertet, nicht aber die Verhältnisse, in deren Zusammenhang sie vor sich gingen.

Ein solches Vorgehen macht neben anderem auch den Idealismus verständlich, mit dem Sie forderten, ein vernünftiges politisches Verhalten habe mit Sprachkritik zu beginnen. Ich bin nicht der Meinung, daß Sprachverhalten sich analysieren und Sprachkritik sich betreiben ließe ohne volles Augenmerk auf die mit dem Sprachzustand verbundenen sozialen Verhältnisse.

Bei ihren Bemerkungen über einige politische Kernwörter, zum Beispiel Demokratie, haben Sie mit Sorgfalt auf Bedeutungsinhalte zurückverwiesen, die diesen Vokabeln aus politischen Kämpfen des 19. Jahrhunderts zugewachsen sind. Sie haben dann den heutigen Begriff der Demokratie mit "unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung" zur Deckung gebracht, obwohl jedermann weiß, daß auch außerhalb dieser Grundordnung der Begriff Demokratie gebraucht und Demokratie praktiziert wird.

Damit geben Sie ein bestimmtes Normverhalten als die Normallage an, von der her der Gebrauch des Begriffs zu beurteilen sei, und richten gegen alle gegenüber dieser Normallage vorgenommenen Ausweitungen oder von ihr nicht erreichten Füllungen des Begriffs das Verdikt der Zersetzung, der Antipodie, der Zerstörung von Verfassungsordnung. Möglicherweise schöpft aber eine bestimmte Norm, die Sie im Auge haben, nicht einmal den Spielraum aus, den unser Grundgesetz für die Auslegung von Demokratie zuläßt.

Für die Diskrepanz zwischen Sprachverhalten und Realität, die für Sie in der Gegenwart etwas Unerhörtes bedeutet, lassen sich Beispiele seit der Frühgeschichte des Christentums beibringen. In den ersten Jahrhunderten bewegte sich die Sprache der Christen weitab von dem, was politisch zu sprechen erlaubt war. Ihre Lehre wurde dementsprechend heftig verfolgt. Ihre Beharrlichkeit nährte sich an der Hoffnung auf Verhältnisse, die denen ihrer gegenwärtigen Realität sehr unähnlich gedacht waren.

Häufig können eklatante Erscheinungen eines neuen oder auch nur anders gewandten Sprachgebrauchs auf Situationen zurückgeführt werden, in denen für besonders Betroffene oder auch nur für besonders Sensible die Spannung zwischen dem, was gewollt wird und dem, was ist, ein unerträgliches Maß annimmt. Auch für die Fälle, die Herr Heer und Herr von Hentig im Auge haben, trifft das zu.

Wenn Sie also den Demokratiebegriff, den Sie diskutiert haben, auch dort vorfinden, wo Sie eine Zersetzung der Demokratie im Gange sehen, so muß vorab geprüft werden, ob sein dortiger Gebrauch und die Eroberung von verbalen Freiräumen insgesamt nicht den Versuch darstellen, einer ansonsten unlösbaren Diskrepanz zwischen Vorstellungen und Vorfindlichkeiten mindestens radikal bereinigte und dabei womöglich auch vereinseitigte Soll-Begriffe entgegenzuhalten.

Nicht die Feststellung einer Andersartigkeit allerdings, sondern erst die sittliche Verfemung von Demokratiebegriffen, die sich nicht mit den eigenen Vorstellungen decken, hat das ihre dazu beigetragen, daß die Vertreter anderer Demokratievorstellungen sich auf gewaltsame Weise äußern, weil sie sich nicht mit denen sprachlich verständigen können, die die Demokratie nach ihren Normen repräsentieren. Darum bekommen wir auch außersprachliche Antworten, darunter solche, die wir vielleicht verdienen.

### **Maier**

Der Nachdruck des Referates lag auf dem Aufweis einer sprachlichen Entwicklung. Nur hilfswiese habe ich - zum Beispiel beim Begriff "Freiraum" - auch die dahinterstehende Sozialvorstellung

analysiert. Ich hätte selbstverständlich auch eine Soziologie dieser Sprachentwicklung mitliefern können. Das war nicht meine Absicht, sondern ich wollte eine immanente Entwicklungstendenz in der sprachlichen Verständigung über demokratische Grundbegriffe darstellen. Dabei habe ich mich an zentralen, gewissermaßen architektonischen Begriffen unserer Verfassungsordnung orientiert. Darum, Herr von Hentig, kamen auch Wahlschlagworte, wie "Keine Experimente" und so weiter nicht vor.

Von sittlicher Verfemung, Herr Lämmert, habe ich nicht gesprochen. Ich bitte doch, in der Auseinandersetzung die Worte präzise zu wählen, weil wir sonst in ein Schattenboxen geraten.

Ich habe dann versucht, die politische Ordnung, in der wir leben, als Normallage vorzusetzen und dabei zu überlegen, ob es hier Interpretationszusammenhänge gibt. Ich habe die Frage gestellt, ob diese Interpretation über die Normallage hinausführt, und wenn das der Fall ist, ob sie dann nach vorn oder zurück führt. Vielleicht hat es bei dem einen oder anderen Ärger erregt, daß ich das immanent Retrograde einiger dieser Begriffe aufzuweisen versuchte. Es scheint mir aber legitim zu sein, einen Sprachgebrauch zu analysieren und zu fragen, inwieweit er sich mit unserem Verfassungsverständnis deckt. Das heißt, gehen neue Erfahrungen in eine Sprache ein, die dann wiederum Erfahrung konstituiert? Insofern gebe ich Herrn von Hentig durchaus recht; man kann diese Frage noch stellen.

Wenn es aber darum geht, ob Begriffe auf die Politik einwirken, muß zunächst die Grundfrage geklärt sein: Wird unsere demokratische Ordnung, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat, durch eine bestimmte sprachliche Auslegung nur unter anderen Perspektiven gesehen, oder wird sie dadurch fundamental verändert? Meine These war, daß gewisse architektonische Grundbegriffe dieser Verfassungsordnung in der neuen Sprache nicht mehr gefaßt sind.

Zu der Hilflosigkeit der DKP-Lehrerin nur so viel: das war kein moralisches Urteil. Ich wollte mit "hilflos" keine Verfemung, sondern gerade ein menschliches Verständnis andeuten. Das Mädchen glaubte offenbar im Ernst, das Grundgesetz sei nur irgend so ein "formaljuristisches Hirngespinnst", sie wäre ja dafür, wenn es überhaupt gelte. Eine solche, fast schon pathologische Verzerrung der Wirklichkeit findet offenbar statt, wenn sich gewisse Dichotomien, wie Verfassungsrecht contra Verfassungswirklichkeit, so verfestigt haben, daß sie bei solchen harmlosen Gelegenheiten sofort auf den Tisch kommen.

### **Lämmert**

Wenn Sie jetzt bei jemandem, der diesen Unterschied für gegeben hält, von pathologischer Verzerrung sprechen, haben Sie tatsächlich ein Urteil in der Sache gefällt.

### **Maier**

Herr Lämmert, hier geht es nicht mehr um den Unterschied von Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit. Wenn jemand behauptet, das Grundgesetz gelte überhaupt nicht mehr - also nicht nur in einzelnen Nischen, die man vielleicht vergessen hat, oder in einzelnen Verfassungsbefehlen, die noch nicht erfüllt sind;- , dann ist das eine Verzerrung der Wirklichkeit. Das Wort "pathologisch" ziehe ich gern zurück.

### **Becker**

Herr Lämmert hat gefragt, ob diese Sprache eine Folge ungelöster Spannungen zwischen einer positivistischen Auslegung des Grundgesetzes und gesellschaftlichen oder sozialen Verhältnissen ist. Deshalb hat er bei Ihrer Darlegung den Bezug auf diese Verhältnisse vermißt. Das hängt auch mit dem Begriff des Normalen zusammen, den Sie eben erwähnten. Was meinen Sie etwa mit der Gegenüberstellung von gültigen und verändernden Begriffen? Woran zeigt sich die Gültigkeit?

### **Schulte**

Die These von Herrn Heer, daß der politische Machtkampf immer auch ein Kampf um die Sprache sei, möchte ich durch ein eklatantes Beispiel belegen. Der französische Absolutismus unter Ludwig XIV. hat über das Instrument der Académie Française eine systematische Sprachregelung und Sprachreglementierung eingeführt. Hier wird deutlich, wie die politischen Machtverhältnisse sich in einer gezielten Sprachpolitik spiegeln.

Herr Maier hat ausführlich über die Zusammenhänge einer gewissen Terminologie mit der politischen Linken berichtet. Zweifellos hat jede politische und weltanschauliche Richtung ihren Jargon. Die gleiche Analyse wäre also auch für die konservative Seite durchzuführen. Auch sie hat natürlich ihre Sprachregelung.

Es wurde dann von einem Auseinanderklaffen von Sprache und Realität gesprochen. Eine solche Behauptung wird problematisch, wenn man - wie das die moderne Linguistik tut - die Sprache immer als eine Organisationsform von Realität auffaßt. Sprache ist immer ein Stück Weltverständnis, auch dann, wenn sich in ihr Konflikte widerspiegeln. Das Infragestellen von Sprache ist somit auch ein Infragestellen von Realitäten. Deshalb scheint mir der Begriff der Normalsprache unzutreffend. Welche Norm wird zugrunde gelegt und vor allem, wer bestimmt die Norm? Doch wohl in der Regel diejenige Klasse, die die politische Macht hat. Das Infragestellen der sogenannten Normalsprache kann deshalb Ausdruck einer Kritik an den bestehenden Machtverhältnissen sein.

### **Wolff**

Sprache ist immer Distanz. Insofern befindet sie sich stets im Konflikt mit Realität.

### **Höllerer**

Der Untertitel "Können Begriffe die Gesellschaft verändern?" widerspricht dem Haupttitel, welchen Einfluß Sprache auf Politik haben kann. Jeder, der sich in den letzten Jahren intensiv mit Sprache befaßt hat, wird bemerkt haben, daß man nicht das trifft, was Sprache ausmacht, wenn man bei den Begriffen stehenbleibt und Begriffsgebräuche so vergleicht, wie das hier geschehen ist. Natürlich wird ein und derselbe Begriff sowohl von den Linken als auch von den Rechten gebraucht. Es kommt aber darauf an, wie er gestisch, in welcher Tonart und mit welcher subgrammatischen Verknüpfung und Aufladung er vorgetragen wird. Das ist schon in unserer Gesprächsrunde hier deutlich und entlarvend zu beobachten. Der reine Begriffsvergleich selbst bleibt da ganz oberflächlich. Das ist keine randgelegene Beobachtung, sondern sie führt ins Zentrum dessen, was die Wirkung der Sprache ausmacht.

Auf diese Weise kommen Wechselwirkungen zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Sprache von einzelnen zustande. Das hängt mit anderen, viel schwerer zu greifenden Qualitäten der Sprache zusammen, mit denen etwa Redner Wirkungen auf Volksmassen erzielen. Auch auf dem Bildschirm ist der eine zum Beispiel durch visuelles Gestenspiel eindrucksvoll, und der andere nicht. Das hängt nicht in erster Linie von seinem Begriffssystem ab, sondern wie er dieses den Leuten nahebringt. Politische Wirkungen der Sprache entstehen nicht durch Übertragung eines Begriffsdenkens auf ein anderes; Volksmassen reagieren anders auf Sprache.

Ich möchte die Relativität des Begriffs am Beispiel des Wortes Reformismus zeigen. Indem die einen an das Wort Reform, das doch einen gewissen Vernunftinhalt hat, ein "istisch" anhängen, wollen sie Reformen, aus dem Interesse heraus, den alten Zustand möglichst beizubehalten, überhaupt verhindern. Die anderen sprechen von reformistisch, weil sie Reformen innerhalb eines Systems, das nach ihrer Meinung nicht zu reformieren ist, für sinnlos halten. Zwei ganz verschiedene Parteien und politische Flügel gebrauchen also dieses Wort, aber es bedeutet im Zusammenhang der Gestik, der subgrammatischen Verknüpfung und auch des Kontextes jeweils etwas ganz anderes.

So legen etwa im Wahlkampf Werbezentralen genau fest, an welche Wörter dieses verdächtigende "istisch" angehängt werden soll. Durch solche Signalisierung entstehen nicht etwa Diskussionen, sondern es werden im Hörer Idiosynkrasien geweckt und Barrieren aufgerichtet, so daß man zum Beispiel über Reformen gar nicht mehr zu diskutieren braucht. Solche strategischen Überlegungen von oben her bringen gesteuerte Wirkungen zustande, zumindest sind solche Wirkungen beabsichtigt. Wenn das betreffende Wort erst einmal von den Massenmedien aufgenommen und zur Mode geworden ist, wird der Widerstand dagegen immer geringer; man spielt dann über eine Zeitspanne dieses Spiel der Verständigungsmarken mit. Andererseits löst das pauschal verdächtigende Wort Abwehrreaktionen aus. Das kann von tiefgehender Wirkung sein, die zum Teil zentral steuerbar ist.

Sicher werden auch bestimmte Begriffsveränderungen durch die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse verursacht. So wird in der letzten Zeit immer wieder über die Frage diskutiert: Warum spricht man eigentlich von Arbeitgeber und von Arbeitnehmer? Wer gibt denn die Arbeit, und wer nimmt sie? Näher besehen sind die, die wir Arbeitnehmer nennen, diejenigen, die die Arbeit geben, und diejenigen, die wir Arbeitgeber nennen, diejenigen, die die Arbeit nehmen. Wenn man von den sozialen Verhältnissen her gezwungen ist, über diese Zusammenhänge nachzudenken, stellt man fest, daß hier Begriffe falsch gebraucht werden. Es müßte richtig heißen: Kapitalnehmer und Kapitalgeber.

### **Maier**

Das ist Wirtschaftstheorie des 18. Jahrhunderts.



### **Höllerer**

Das können sehr naheliegende Überlegungen im 20. Jahrhundert sein. Man beginnt in dem Augenblick über diese Begriffe nachzudenken, wo man die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr als selbstverständlich hinnimmt. Ob das Kapital an erster Stelle und die Arbeit an zweiter Stelle steht, oder ob es umgekehrt ist, das entscheidet auch über Ausdrucksweisen. Die Notwendigkeit und der Anstoß, sich darüber Gedanken zu machen, liegt in den Kapitalhäufungen und dem Mißbrauch, der in den letzten Jahren mit Kapital getrieben worden ist. Und die Arbeit hat darunter gelitten.

### **Altmann**

Das sind Feststellungen, die Sie gar nicht verantworten können, Herr Höllerer. Sobald Sie Ihre sprachliche Domäne verlassen und auf die Sozialverhältnisse eingehen, machen Sie naive Feststellungen. Die müssen Sie erst einmal reflektieren.

### **Höllerer**

Na gut, Sie halten mich für naiv, ich halte andere für naiv.

Die Sprache hat einerseits einen bewahrenden Charakter; sie stellt ein Kontinuum dar. Das zeigt sich in der Sprachgeschichte, das sieht man auch an der Entwicklung der Begriffe. Das ist ein starkes Moment, welches die Gesellschaft zusammenhält und ihr Organisationsmöglichkeiten gibt.

Auf der anderen Seite darf man nicht übersehen, daß die Sprache immer wieder versucht hat, aus Zeremonien auszubrechen und diese mit zu verändern. Es geht also weniger um die direkte Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse durch Sprache als vielmehr der Zeremonien der Gesellschaft, die artikuliert sind, und zwar nicht nur begrifflich, sondern auch gestisch. Veränderung dieser Zeremonien wirkt aber stärker auf die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst zurück, als mancher wahrhaben will.

### **Wolff**

Es ist richtig, daß man Sprache verwandeln kann. Herr Höllerer nannte als Beispiel, daß man bestimmte Richtungen oder Personen durch den Zusatz "istisch" abwertet. Das wurde in der Sowjetunion eine Zeitlang praktiziert, indem man etwa von Einsteinisten, Heisenbergisten, Bohristen und so fort sprach. Auch der Begriff des Bourgeois ist schon von Karl Marx in doppelsinniger Weise gebraucht worden: einmal ganz wissenschaftlich - als soziologische Klassifizierung, zum anderen als ein politisch diffamierendes Wort.

### **Maier**

Sicher verengt die Reduktion auf Begriffe das Thema, Herr Höllerer; aber das ist bewußt geschehen. Denn - das ist meine Gegenthese - die Auseinandersetzung von Sprache und Politik läuft heute auf dieser verkleinerten Schiene der Begriffsumprägung.

### **Höllerer**

Das bezweifle ich.

### **Maier**

So gebe ich etwa in Wahlversammlungen oder in politischen Körperschaften Erklärungen ab, die für das Verfassungsverständnis gar nichts bedeuten. Dagegen hat eine einzige gelehrte These, wie "Begabung ist begaben" unerhörte Wirkung in unserer Bildungspolitik. In solchen Sachverhalten liegt eine gewisse Berechtigung, auf die wissenschaftliche begriffsumprägende Gesellschaftsveränderung einzugehen.

### **Wapnewski**

Herr Maier, den "ZEIT"-Artikel von jenem linken Studenten zu zitieren, ist deshalb heikel, weil er, das ist Ihnen natürlich nicht entgangen, eine böse Parodie darstellt. Da berichtet kein linker Student, sondern ein rechter - falls wir mit diesen Begriffen arbeiten können;- , der die Linken mit Hilfe dieses Beispiels entlarven will.

### **Maier**

Darüber wäre zu streiten.

### **Wapnewski**

Nein, darüber ist nicht zu streiten. Diese Parodie ist ein hervorragendes Beispiel für die Vielbödigkeit von Sprache, was auch zum Thema unserer Debatte gehört.

### **Becker**

Ich habe den Artikel auch als Parodie verstanden; Parodien sind ja ein legitimes Stilmittel, wie wir alle wissen. Ich hatte allerdings angenommen, daß Herr Maier ganz bewußt diesen parodistischen Schluß gewählt hat. Insofern ist es für unsere Diskussion relativ gleichgültig, ob es eine Parodie ist oder nicht.

### **Maier**

Der Schluß scheint mir nicht parodistisch zu sein.

### **Wapnewski**

Das Ganze ist eine Fiktion; darüber sollte man sich einigen können. Man kann aus diesem fingierten Bericht dann auch sprachliche Verhaltensweisen ablesen. Wir können aber nicht darüber streiten, Herr Maier, daß dieser Aufsatz kein ungebrochener Ausdruck einer ernst gemeinten Bewußtseinshaltung ist.

Ich will aber noch weiter an dem Band stricken, das sich von Herrn von Hentig zu Walter Höllerer schlingt. Auch ich bin der Meinung, daß der Untertitel unseres Gespräches richtiger heißen müßte: "Kann Sprache die Gesellschaft verändern?" Dazu leiste ich mir die etwas vorlaute Gegenthese: Sprache kann die Gesellschaft nicht verändern. Es gibt zum Beispiel linguistische Untersuchungen über das Thema Sprache und Diktatur, die zu dem Schluß kommen, daß die Sprache des Nationalsozialismus die Gesellschaft gar nicht oder kaum verändert hat.

Herr von Hentig sagte, Wörter rühren an Wirklichkeiten, aber sie bringen keine Wirklichkeiten hervor. Selbstverständlich gibt es da eine Art feedback. Grundsätzlich zeichnen sich an der veränderten Sprache die Veränderungen der Sprechenden ab. Die umgekehrte These, die in der deutschen Sprachwissenschaft mit dem Namen Leo Weissgerber verbunden ist, geht davon aus, daß der Sprache gewissermaßen eine suggestive Überzeugungswirkung innewohnt; Sprache sei primär gesetzt. Ich halte diese Ansicht für fatal; denn danach deformiert oder formiert und determiniert die Sprache das Wort, den Begriff und den Menschen.

Demgegenüber bekenne ich mich zu der Auffassung, daß wir an der veränderten Sprache die Erweiterungen, Vertiefungen oder Verflachungen der Bewußtseinshaltung der Sprechenden ablesen können. Die Sprache verrät sie. In diesem biblischen Wort ist ja ein wertendes Moment enthalten, daß den Sprechenden charakterisiert, um nicht zu sagen, verrät.

### **Hennis**

Wenn man nicht nur die Literatur, sondern vor allem die Politik in diesem Lande verfolgt, dann stellt man fest, daß in den vergangenen fünf bis sechs Jahren bestimmte Begriffe in den Jargon eingegangen und damit das Verhalten bestimmende Sprache geworden sind. Diese Begriffe haben die Gesellschaft zentral verändert. Ich stelle die These auf, daß entscheidende institutionelle Veränderungen in dieser Gesellschaft, zum Beispiel die Schul- und Hochschulgesetzgebung, nicht aus einer Reflexion über die Verhältnisse folgten, sondern in Erfüllung von Begriffen vor sich gingen.

Das beginnt in der Rangordnung der Begriffe ganz oben, bei der Verfassung, die man als Katalog von "Aufträgen" versteht, die der Gesetzgeber und die anderen politischen Institutionen zu erfüllen haben. Damit ist ein völlig neues Verfassungsverständnis aufgekommen. Keinem Juristen wäre es noch vor zwanzig Jahren jemals eingefallen, die Verfassung als ein Ensemble von Aufträgen zu verstehen. Das Bundesverfassungsgericht hat sich diese Auffassung zu einem guten Teil zu eigen gemacht. Es hat sich zu einer Art Hüter der "Verfassungsaufträge" aufgeschwungen.

Daß Begriffe unsere Gesellschaft verändert haben, Herr von Hentig, ist doch evident. Schon im Bereich unserer eigenen engeren Wirklichkeit, der Universität, bestimmen Leitbegriffe, oder, wenn ich so sagen darf, "Leithammelbegriffe" die Wissenschaft und alle Institutionen. Man hat hinter ihnen herzulaufen, wenn man nicht "out" sein will.

Wenn alle menschliche Geschichte die Geschichte des Kampfes um Worte ist, wie Herr Heer richtig sagte, dann sollte man sich gewissermaßen der Rüstungen, der Kampfformationen annehmen. In der Tat habe ich an dem Referat eine Soziologie der Begriffe vermißt. In der Geschichte des Kampfes um Begriffe hat es immer hütende Institutionen gegeben. Mir scheint, eines der zentralen Probleme besteht darin, daß die Institutionen, die in unserer Gesellschaft die Hüter der Begriffe sein sollten, ausfallen, ja selbst zu zentralen Umfunktionierern der Gesellschaft eben mit Hilfe von Begriffen geworden sind.

Es ist vorhin die Frage gestellt worden: Was ist das Normale? Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Maier, gibt es für die meisten Teilnehmer unseres Gesprächs offenbar nichts Normales mehr. Wir stehen auf dem Boden der modernen Wissenschaft, die in ihrem Sprachverständnis nominalistisch ist. Wer in den Sozialwissenschaften und in der politischen Wissenschaft auf dem Boden des Nominalismus steht, der in der Naturwissenschaft selbstverständlich ist, kann die Gesellschaft nur dann als geordnetes Gefüge retten, wenn er ja zur Tyrannis sagt. Das ist das zentrale Problem seit Hobbes. Ob man den Herrscher "König" oder "Tyrann" nennt, kann für Hobbes nicht durch rationale Diskussion geklärt werden, sondern das ist eine Frage der Sympathie oder Antipathie, also irrelevant. Einzig auf den Gehorsam kommt es an.

Herr Schulte hat auf den Zusammenhang von Absolutismus und staatlicher Sprachpflege in Gestalt des Diktionärs der Académie Française hingewiesen, die die Sprache staatlich zu pflegen und zu ordnen hat. Das führt zu dem Problem zurück: Wo sind die Institutionen, die die Sprache bei uns pflegen? Es ist bisher ein Glücksfall gewesen, daß eine im Prinzip nominalistische Philosophie mit freiheitlicher Gesellschaft vereinbar war. Wir treten heute aber in eine Phase ein, in der die bewahrenden Mächte, die "Hüter der Begriffe", abtreten, das heißt, wir treten in eine Epoche der Anarchie der Begriffe ein.

Dafür sind die Ausführungen von Herrn Lämmert symptomatisch. Er sprach von "anderen Demokratiebegriffen" und "anderen Demokratievorstellungen", so, als ob es legitim sei, daß in einer Gesellschaft konkurrierende Vorstellungen über Demokratie existieren. Das ist nur eine andere Formulierung für die These Carl Schmitts in den zwanziger Jahren, daß alle politischen Begriffe polemische Begriffe seien. Auch hier besteht eine enge Beziehung der Rechten von damals zur Linken von heute. Jeder Begriff hat danach nur einen jeweils taktischen Zweck.

Das ist die sprachphilosophische Grundthese, auf der auch die Neue Linke steht. Damit kann man alle Urteile als Vorurteile entlarven: "Die herrschende Sprache ist die Sprache der Herrschenden". Sie ist in sich unbegründet, denn sie ist bloß eine unbefragte Tradition, die wir bis in die Worte hinein übernehmen. Nun ist sie ja auch gar nicht "begründbar" im Sinne der modernen Naturwissenschaften, sondern sie ist immer traditional vermittelt. Ganz im Sinne der berühmten Anweisung Lenins, nach der man zunächst die Sprache, das heißt das Bewußtsein des Gegners zerstören muß, spielt sich der Kampf vorerst auf diesem Felde ab.

Die Dramatik der Situation ist meines Erachtens durch das Referat von Herrn Maier noch nicht hinreichend deutlich geworden. Es handelt sich hier nicht um ein Phänomen der letzten zehn Jahre, sondern um einen viel weiter zurückreichenden historischen Prozeß. Wenn gegen die Anarchie der Sprache die haltenden Kräfte ausfallen oder historisch-traditionale Zufälle sind, wie in den USA, in den angelsächsischen Demokratien oder weithin auch bei uns, dann ist die Sprache, wie Hobbes gesagt hat, nur noch ein Mittel des Kampfes, mit dem man primär verletzt und lügt. Das ist die moderne Situation.

### **Becker**

Herr Hennis, könnten Sie das, was sie mit dem Wort "Hüter der Begriffe" meinen, etwas verdeutlichen.

### **Hennis**

Die moderne Curriculumdiskussion geht davon aus, daß alle unsere Begriffe, die von Elternhaus und Schule vermittelt werden, unbefragte Traditionselemente sind und im Bereich der Didaktik durch neu gesetzte Begriffe abgelöst werden sollen.

### **Oevermann**

Das habe ich noch nicht gehört.

### **Hennis**

Das Curriculum der Herrschenden wird durch das Curriculum der Neuen Linken ersetzt. Es hat sich in der Gesellschaft allgemein herumgesprochen, daß die Sprache in diesem Sinne total beliebig geworden ist. Auch in der Justiz spricht man schon davon, das herrschende Recht sei das Recht der Herrschenden. Aber dort wird noch weitgehend anerkannt, daß es eine Instanz geben muß - einen Hüter der Begriffe;- , die mit letzter Verbindlichkeit auslegt. Für die Linken ist allerdings selbst das Bundesverfassungsgericht nur der oberste Hüter der Interessen des Kapitals. In allen anderen Institutionen: in Universität, Schule, Kirche wird die Funktionalisierung der Sprache bereits akzeptiert. Wir stehen heute durchweg auf dem Boden dieser Beliebigkeit der Begriffe.

### **Lämmert**

Sie sagen Beliebigkeit, Herr Hennis, und sehen offenbar nicht, daß in einer Gesellschaft mit sich rasch verändernden Lebensbedingungen die Begriffe immer von neuem tauglich gemacht werden müssen, um diesen Lebensbedingungen zu genügen, ja, um sie womöglich zu verbessern. Sie haben bisher das Phänomen nur beschrieben, aber keinerlei historische Begründung für diese Entwicklung gesucht. Warum besteht die Aufgabe von Institutionen Ihrer Meinung nach darin, Hüter der Begriffe zu sein? Wer hat diesen eigentlich, wenn es demokratische Institutionen sind, die Legitimation dafür erteilt? Und wer legt die Gültigkeit der Begriffe fest? Sollen das etwa auch die Institutionen tun?

### **Höllerer**

Sie sprachen davon, Herr Hennis, daß wir in eine Anarchie der Begriffe hineingeraten. Wollen Sie demgegenüber an der nominalistischen Philosophie festhalten, die ja in bezug auf die Tyrannis nach Ihren Worten gut funktioniert habe?

### **Hennis**

Ich stehe nicht auf dem Boden des Nominalismus. Ebenso wie Herr Maier, glaube ich noch daran, daß in einer freiheitlichen Gesellschaft auch ohne tyrannische Herrschaft die Verfügung über die Begriffe menschlichen Zusammenlebens und über das Medium Sprache möglich bleibt.

Ich verneine die Legitimität des Nominalismus im Bereich der politischen Philosophie und auch der politischen Sprache, während er in den Naturwissenschaften legitim ist, in denen es bekanntlich keine Wahrheiten, sondern nur Hypothesen gibt.

Wenn es keine Grenzen der zulässigen Sprache mehr gibt, Herr Lämmert, dann haben wir in der Tat eine Sprachanarchie. Oder wir müssen uns für bestimmte Zwecke - wo wir noch vernünftig miteinander kommunizieren wollen - Sondersprachen zulegen. Im Bereich der Naturwissenschaften ist das der Fall.

### **von Hentig**

Immer wenn sich das Bestehende ändert, fängt die Anarchie an.

### **Rohrmoser**

Es ist das Neue unserer Situation, daß Politik durch Sprache gemacht wird. Schon Nietzsche hat durchaus in der Hobbeschen Tradition gesagt, der wirkliche Machthaber in der Zukunft werde der sein, der neue Sprachregelungen verbindlich durchsetzen kann. Wenn man sprachliches Handeln als eine Art Sozialtechnik auffaßt, dann ist das von erheblicher Relevanz für die davon Betroffenen. Wenn die nominalistische Voraussetzung stimmt, führt das konsequent zu der Frage: Wer ist im Besitz der Macht, neue Sprachregelungen für alle durchzusetzen? Das bedeutet aber, Herr Körber, die Hoffnung, durch Sprachkritik einen Konsensus in der polarisierten Gesellschaft herzustellen, ist rein fiktiv und hat mit der hier gemeinten politischen Realität nichts zu tun.

### **Becker**

Der Hüter der Begriffe ist bei Herrn Hennis auch institutionell gedacht, und Herr Lämmert hat die Frage nach der demokratischen Legitimierung dieses Hüters gestellt.

### **Hennis**

Der "Hüter" ist natürlich nicht im Sinne eines obersten Souveräns zu verstehen. Das ist nur dort der Fall, wo ein zentrales Parteiinstitut oder ein Wahrheitsministerium "wie bei Orwell diese Position einnimmt. In der freiheitlichen Gesellschaft sind die "Hüter" in bezug auf die Sprache so pluralistisch

verteilt, wie in bezug auf andere Machtbereiche auch. Das können die Kirche, die Schule, das Kultusministerium sein, das Lehrpläne aufstellt und bestimmte Schulbücher zuläßt.

Keine intakte Gesellschaft, die menschliches Zusammenleben in halbwegs friedlicher Form ermöglicht, kommt ohne eine gewisse "Zensur" aus. Wenn jeder so reden könnte, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, wäre menschliche Gesellschaft unmöglich. Die Frage ist nur, ob das tyrannisch organisiert sein muß, oder ob es einen "common ground" gibt, der die pluralistische Austragung des Wortkampfes in vernünftigen Grenzen hält, so daß Verständigung noch möglich ist.

### **Rohrmoser**

Schon vorbei.

### **Hennis**

Aber von dem Glauben daran, daß das noch möglich ist, leben wir doch.

### **Becker**

Man könnte sich vorstellen, daß sich diese institutionell gesicherte Hütung von Begriffen durch bestimmte rationale Verfahren ersetzen ließe, die zu diskutieren wären.

### **Hennis**

Vielleicht sollte man nicht vom Hüter der Begriffe, sondern besser von Tradition sprechen. Was Sie eben sagten, Herr Becker, bedeutet, daß man Tradition durch ein Max-Planck-Institut für Sprachforschung ersetzen könnte. Dann denken Sie aber institutioneller als ich.

### **Becker**

Das Wort "Hüter der Begriffe" läßt an den "Hüter der Verfassung" denken. Carl Schmitt ist eben schwer zu vermeiden, ob man nun von links oder von rechts her argumentiert. Das griffige Wort vom "Hüter der Begriffe" legt natürlich eine Institutionalisierung nahe. Ich hatte den Eindruck, Herr Hennis, daß Sie mit Ihrem Begriff der Sprachanarchie die Möglichkeit eines rationalen Diskurses über Begriffe leugnen.

### **Maier**

Wir diskutieren hier doch die Frage: Wie kommt eine Gesellschaft zu Normen, und wie befestigt sie diese? So stand zum Beispiel der Begriff Demokratie in der Weimarer Verfassung zur Disposition des Gesetzgebers; dagegen ist der Demokratiebegriff in unserem Grundgesetz nach allgemeiner Auffassung nicht disponibel. Beruht das, wie Herr Hennis meint, auf einer behütenden Tradition von Normen, oder liegt das an der Ordnungskompetenz eines Verfassungsgesetzgebers, der sich in diesem Punkt selbst gebunden und damit auf die Ausübung der Souveränität verzichtet hat? Ist es dann möglich, das hier festgelegte unveränderliche Verfassungsrecht begrifflich so zu verändern, daß es auch institutionell nicht mehr gehalten ist? Das scheint mir - überspitzt formuliert - das Problem zu sein.

### **Schwerte**

Ich verstehe nicht, wie Sie auf die Sprache als solche rekurren wollen. Sprache ist doch kein Normensystem, sondern ein sozialtechnisches Informationssystem, wie hier gesagt wurde. Die Sprache als solche setzt keine Normen. Normen werden gesetzt von gewissen gesellschaftlichen Verbänden und Gruppen, die die Sprache gegebenenfalls kanonisch fixieren. Ich weiß nicht, wie Sie zu der Vorstellung kommen, daß Sprache etwas mit Normen oder Werten zu tun hat. Der Irrtum liegt vielleicht darin, daß wir hier von zwei ganz verschiedenen Dingen reden: einmal von Begriffen und zum anderen von Sprachnormen, die schon grammatikalisch gar nicht existieren.

### **Maier**

Ich lehne mit Herrn Wapnewski die These vom "wirkenden Wort" ab. Das ist eine naive Reifizierung der Sprache. Ich lehne allerdings auch eine reine Funktionalität in Ihrem Sinne, Herr Schwerte, also eine nominalistische Sprachtheorie, ab. Es gibt bei aller Diskussion über Begriffe einen Horizont der Sprache hinter den Begriffen, in dem richtig oder falsch gedacht werden kann. Darauf beruht ja alle Möglichkeit politischer Urteilsbildung.

### **Schroers**

Jeder, der hier spricht, gebraucht Sprache politisch im Sinne seiner eigenen Stellungnahme. Wenn wir das durchschauen, haben wir einen guten Schritt in Richtung auf eine mögliche Verständigung getan.

Ich darf bei Herrn Heer anschließen und ein Beispiel bringen. Als die Katharer zu Ketzern wurden, waren sie besiegt. Katharer und Ketzer bedeuten ein und dasselbe, nämlich die Reinen. Offensichtlich wollen Sie, Herr Maier, Ihre Gegner, die sich selber die Reinen nennen, zu Ketzern machen, indem Sie Ihren eigenen Standpunkt gleichsam mit dem Grundgesetz identifizieren. Da wird etwa der "Reaktion Tür und Tor geöffnet". Da wird der "Pfad demokratischer Tugend" verlassen.

### **Maier**

Das war doch ironisch gemeint.

### **Schroers**

Da wird das "Pathos der Veränderung" angeklagt. Aufgrund eingreifender Wandlungen passiert da irgend etwas Schreckliches. Sie sprechen mit Abscheu von der Theologisierung der politischen Welt. Sie sprechen von der Demokratisierung als einen Kampfbegriff gegen die von Ihnen gewünschte Ordnung. Man wolle nicht nur die "politischen Lebenslagen" verändern. Was ist eigentlich eine politische Lebenslage? Sie scheinen sich nur auf den Staat zu beziehen.

Sie sprechen von Emanzipation, Freiraum und Betroffensein und wenden diese Begriffe kritisch gegen die äußerste Linke. Bei Ihnen wird der Freiheitsbegriff im Sinne eines pauschalen Verdachts gegen das Bestehende aufgefaßt und nicht etwa als Freisetzung von Personen. Sie lassen eine positive Auslegung von Emanzipation, die der Freisetzung von Personen dient, gar nicht zu.

### **Maier**

Ich habe kritisiert, daß sich der moderne Emanzipationsbegriff gegenüber dem klassischen auf das pure "Sich-Befreien" verengt hat. Mein Emanzipationsbegriff steht also durchaus im Sinne der Tradition: Freisetzung zu etwas. Da haben Sie mich völlig mißverstanden.

### **Schroers**

Aber Sie behaupten doch, daß der gegenwärtige Emanzipationsbegriff Ihrem alten nicht entspricht. Ich könnte Ihnen an einer Fülle von Beispielen zeigen, wie sich Emanzipation im gesellschaftlichen Bereich verwirklicht - was Sie offensichtlich nicht wollen. Hier wird gleichsam mit einem Begriff der Emanzipation von ganz links alles, was Ihrer Auffassung von Ordnung im kommunen Verständnis der Normallage widerspricht, in einen Topf getan und damit pauschal jedes prozessuale Verständnis von Demokratie denunziert.

### **Maier**

Sie sagten zuvor, Herr Schroers: "Die Katharer waren besiegt, als sie zu Ketzern wurden." Das stimmt aber so nicht; vielmehr wurden die Katharer so vernichtend geschlagen, daß diese Niederlage sozusagen einen sprachlichen Schatten über die Sache warf.

Aus dem geschichtlichen Ereignis hat man dann gefolgert: Ketzer. Es kann also auch so herum gehen.

### **Litten**

Ich hatte bei Ihrem Referat den Eindruck, Herr Maier, daß wir Gefahr laufen, als Gesamtgesellschaft verfassungswidrig zu werden. Offenbar können wir, die wir nicht zu den Hütern der Begriffe gehören, bestimmten Verfassungsinterpretationen so zuwiderlaufen, daß wir in Widerspruch zu unserer eigenen Verfassung geraten.

Zu den Begriffen Emanzipation, Freiraum und Betroffensein nur so viel: Für mich spielt Emanzipation eine entscheidende Rolle in der Auseinandersetzung um den § 218. Darauf wäre politisch und sprachlich zu antworten. Der Begriff Freiraum kann heute im engen Zusammenhang mit der Drogenabhängigkeit großer Teile der jungen Generation gesehen werden. Und wenn von Betroffensein die Rede ist, dann spielt das etwa in der Frage der Mitbestimmung eine wichtige Rolle - unabhängig davon, wie man zur Mitbestimmung steht. Für uns sind politische Begriffe interessant, die wir kontrovers aushandeln können.

Welche Funktion hat Sprache im Sinne der Veränderung der Gesellschaft? Es ist Ihr gutes Recht, Herr Maier, das, was Sie über Begriffe sagen, an der äußersten Linken festzumachen. Es wäre langweilig, das gleiche jetzt wieder an der äußersten Rechten zu versuchen. Es wäre aber darüber zu reden, wieso Sie hier Ihre politische Haltung permanent unterschlagen, die Sie doch in Ihrem eigenen politischen Freiraum sehr dezidiert zu vertreten wissen.

**Maier**

Der Freiraum ist nichts Politisches, sondern er stellt eine Verräumlichung und Verzeitlichung von Freiheitsvorstellungen dar. In der Idee des Freiraumes drückt sich eine Gegenbewegung gegen die Reduktion des Zeit-Räumlichen in unseren Freiheitsbegriffen aus, die ich gut verstehen kann. Im Extrem führt sie aber dazu, daß asylhafte Freiräume in der Gesellschaft zur Errichtung von Zellen einer Gegengesellschaft mißbraucht werden.

Wenn heute ein Lehrling einen fünf Meter großen Sowjetstern an ein Fabriktor malt, wird er entlassen. Wenn das gleiche ein Student in der Universität tut, geschieht ihm gar nichts. Hier gelten offenbar verschiedene Rechte für den gleichen Tatbestand. Das ist so ein Freiraum.

Ich habe darauf hingewiesen, daß diese Verräumlichung der Freiheit keineswegs modern und progressiv ist, sondern ein Rückfall in Zeiten, in denen das allumfassende staatliche Gesetz noch nicht galt. Damals gab es bestimmte Reservate von Adel, Kirche, Grundherrschaft und so weiter. Ich habe in meinem Referat kein Hehl daraus gemacht, daß viele Standards der Neuen Linken aus der alten vorrevolutionären Tradition entnommen sind.

Wenn Sie nach meinem politischen Standort fragen, würde ich ihn so umschreiben: Ich bin ein Liberaler, der keine Eigentore schießt. Ich habe mich gegen rechts wie links stets in gleicher Schärfe abgegrenzt. Immerhin war ich der erste, der ein Buch gegen die NPD geschrieben hat.

**Lämmert**

Sie sagen, es sei zweierlei Recht, wenn ein Lehrling, der einen Sowjetstern an ein Fabriktor malt, entlassen wird und ein Student, der das gleiche in der Universität tut, nicht. Im ersten Fall handelt es sich doch wohl um einen Vorgang im privatwirtschaftlichen Bereich, während im zweiten Fall das Grundgesetz oder die aus ihm folgenden positiven Rechtssätze wegen einer öffentlichen Maßregelung befragt werden müßten.

**Maier**

Wollen Sie damit sagen, daß ein Student unter einem anderen Recht steht als ein Lehrling?

**Lämmert**

Ich wollte nur die unterschiedliche Rechtslage klären.

**Nevermann**

Student und Lehrling sind hier auch unterschiedlich im Recht.

**Hennis**

In beiden Fällen ist es eine Sachbeschädigung. Im ersten Fall hat es Konsequenzen, im zweiten nicht.

**Altmann**

Es geht nicht um die Sachbeschädigung. Vielmehr besteht zwischen den beiden Tarifparteien ein allgemeiner Konsens, den innerbetrieblichen Frieden zu wahren und alle parteipolitischen Kampfmaßnahmen im Betrieb zu unterlassen. Wird dagegen verstoßen, hat der Arbeitgeber das Recht zu kündigen. Das entspricht dem Arbeitsrecht.

Eine ganz andere Frage ist, ob die Universität heute überhaupt in der Lage ist, einen Ordnungsanspruch durchzusetzen. Ich kenne keinen Rektor, der den Mut hätte, einen Studenten zu relegieren oder zu suspendieren; denn der Professor kann keinen Ordnungsausschuß anrufen, der dazu imstande wäre. Die Lage an den Universitäten läßt keinen Vergleich mehr mit den normalen Institutionen der Gesellschaft zu. Niemand kann sich das erlauben, was Studenten sich erlauben. Was Professoren sich gefallen lassen müssen, braucht sich niemand sonst in der Gesellschaft auch nur annähernd gefallen zu lassen. Die Universität ist völlig rechtloser Boden geworden.

**Höllerer**

Was Sie hier im Bereich der Sozialverhältnisse behaupten, Herr Altmann, ist mindestens so naiv, wie das, was ich vorhin gesagt habe.

**Becker**

Können Begriffe die Gesellschaft verändern? Damit stellt sich die Frage, ob Begriffe von Institutionen und unter welcher Form demokratischer Kontrolle entwickelt werden. Diese Frage hat Herr Hennis gestellt. Sie sollte in der weiteren Diskussion als ein eminent politisches Problem noch behandelt werden.

**Oevermann**

Es ist bisher in der Diskussion nicht ganz klar, wie das Thema behandelt werden soll. Wir haben vornehmlich über die in Herrn Maiers Referat enthaltene politische Position diskutiert und dabei allenfalls sprachliche Phänomene als Indikatoren herangezogen. Nun meine ich, daß man nicht davon ausgehen kann, im Rahmen einer solchen Diskussion bei den einzelnen Beteiligten voraussehbare politische Überzeugungen aufbrechen oder entscheidend verändern zu können. Die verschiedenen politischen Positionen zu diesem Thema, auch die der Beteiligten im einzelnen, sind bekannt.

Es ist dann die Frage diskutiert worden: Können Begriffe das politische Handeln, das politische System verändern? Dazu ist zu sagen, daß Begriffe, also mit kategorialer Bedeutung versehene Wörter, natürlich insoweit ein Veränderungspotential in sich tragen, als sie - aus praktischem Handeln erwachsen - praktisches Handeln steuernd begleiten und jeweils ein sozialer Zwang zu ihrer Entstehung und ihrem Gebrauch besteht. Aber das ist eine triviale Feststellung, die noch keinen spezifischen sprachwissenschaftlichen Beitrag zum Thema bedeutet.

Ein spezifischer sprachwissenschaftlicher Beitrag ist erst mit der Beantwortung der Frage zu erwarten, inwieweit unter verschiedenen Gesichtspunkten der Sprachwissenschaft der sprachlichen Symbolorganisation und ihrer aktuellen Verwendung inhärente Mechanismen ins Auge gefaßt werden müssen, die auf die Strukturierung politischen Handelns als unabhängige, selbständige Faktoren einwirken.

Hier stellt sich zunächst eine Frage auf der Ebene der Semantik: Mit welchen Begriffen werden soziale Inhalte benannt, und welche Konnotationen haben diese Begriffe für welche sozialen Gruppen? Anders gesagt: Wie werden welche Inhalte semantisch verkauft, und wie werden sie aufgenommen? Denn man muß davon ausgehen, daß reale soziale Verhältnisse in Bedeutungssystemen ihren Niederschlag finden. Inwieweit ist die politische Sprachregelung in der Lage, diese verfestigten Bedeutungen aufzunehmen und damit politisch entscheidungsrelevant zu machen? Da lassen sich erhebliche Verzerrungen feststellen.

Wenn etwa in einer Untersuchung über die Aufwertungs-Diskussion festgestellt wurde, daß in den Reden von Strauß - bewußt oder unbewußt - eine Semantik bemüht wird, die der Behandlung von Inflationsphänomenen in "Mein Kampf" relativ nahekommt, dann ist das recht aufschlußreich. Diese Prozesse kann man sprachwissenschaftlich analysieren, ohne über die Sache selbst sofort in einen Disput zu geraten, also unabhängig von den politischen Standpunkten, die wir vertreten.

Wir sehen dann aber, wie sprachlich bedingte Wirkungen bewußt oder unbewußt hervorgerufen werden, um einen politischen Sachverhalt in einer bestimmten Weise zur Darstellung zu bringen und in einen bestimmten Kontext der Wertung einzubetten - teilweise bis zur Unkenntlichkeit der dahinterstehenden Interessen.

Ich will ein anderes Beispiel nennen. Ich habe zwei Monate vor der letzten Bundestagswahl einen Arbeiter aus dem Ruhrgebiet interviewt. Dabei zeigte sich die Bedeutung gruppenspezifischer Semantiken. Ich sprach mit diesem Arbeiter über das auch für ihn relevante Thema Aufwertung, das er unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten sehr differenziert auf seine persönliche ökonomische Situation bezog und richtig analysierte. Als wir dann auf seine politische Einstellung zu sprechen kamen, reduzierte sich die Auseinandersetzung über die Aufwertung plötzlich auf den persönlichen Streit zwischen Schiller und Kiesinger. Das heißt, unter Politik verstand dieser Mann das, was ihm in der Tagesschau als solche angeboten wird. Wenn man ihn also mit den üblichen oberflächlichen Methoden befragte, käme man zu dem Ergebnis, zu dem viele Untersuchungen fälschlicherweise kommen, daß er kein differenziertes politisches Verständnis der Wirtschaftspolitik hat. Das ist aber nicht der Fall.



Was bedeutet dieser Sachverhalt zum Beispiel in einem Wahlkampf, in dem nur bestimmte Vokabeln gebraucht werden, die auf eine sehr unterschiedliche Semantik treffen? Hier entsteht ein Hiatus zwischen dem oberflächlichen Wahlakt und der Artikulierung sozial vermittelter Interessen. Die dem oberflächlichen Wahlakt zugrundeliegende Entscheidung soll von der verschleiern Semantik der Wahlkampfssprache beeinflusst werden. Je weniger aber der Wähler seine konkreten sozialen Erfahrungen mit der Sprache des Wahlkampfes verknüpfen kann - und das kann das Gros der Wähler nicht oder nur in einer systematisch verzerrten Weise;-, desto weniger ist seine Wahlentscheidung deckungsgleich mit seinen objektiv politisch relevanten Interessen, die seinen konkreten sozialen Erfahrungen entspringen.

Entsprechend müßte man fragen: Was geschieht dann mit Begriffen wie Eigentum, die in einer bestimmten Schattierung verwendet werden, so daß man dazu zwar Eigenheim, Segelboot und so weiter assoziiert, aber nicht Investitionskontrolle oder ähnliches? Insofern wäre Ihre Darstellung zu korrigieren, Herr Maier, in der Sie einen Begriff von Gesellschaft charakterisieren, den Sie als ausweitend und entgrenzend analysiert und kritisiert haben. Dem könnte man entgegenhalten, daß es auch - und historisch früher einen Begriff von Gesellschaft mit ganz anderen Konnotationen gegeben hat, etwa den Begriff der formierten Gesellschaft. Herr Altmann ist ja hier anwesend.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Welche Bedeutung hat das Wort "Demokrat", wenn Herr Springer und Herr Barzel von der Solidarität der Demokraten sprechen? Dem steht - gewissermaßen als objektive Gegenbewegung - ein ganz anderer Begriff von Demokratisierung gegenüber.

Eine andere Frage ist: Welche Kommunikationsstruktur, beziehungsweise welche Struktur der kommunikativen Sprachverwendung kennzeichnet das System der politischen Argumentation auf den verschiedenen Stufen der Öffentlichkeit bis hin zum Parlament und zu Wahlveranstaltungen? Welche "Taktik" der Sprachverwendung hat sich in den verschiedenen politischen Entscheidungsinstanzen eingebürgert und verselbständigt? Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Professionalisierung des Politikers und der Struktur der Sprachverwendung in seinem politischen Handeln?

Wie schlägt sich das in der Weitergabe und Interpretation von Sprachhülsen etwa durch Journalisten nieder? So hat man vor allem im Fernsehen häufig den Eindruck, daß die Journalisten reine Hofschranzen der Politiker sind, weil sie nicht eine Entschlüsselung der Sprachhülsen in die Sprache des Zuhörers vornehmen und damit die sich dahinter verbergenden Fragestellungen ausdifferenzieren, sondern im Gegenteil komplizierte Sachverhalte zu neuen Sprachhülsen verdichten, anstatt über sie aufzuklären.

Welche spezifischen Kommunikations- oder Sprachverwendungsstrukturen kennzeichnen also die verschiedenen Sozialsysteme, in denen für die politischen Entscheidungen politische Begriffe gebraucht werden? Welche Möglichkeiten bieten sich, Konnotationen von Denotationen, das heißt Bedeutungsinhalte von reinen Bezeichnungen zu trennen, begriffsgeschichtliche Aspekte aufzuarbeiten und die Vermittlung mit konkreten sozialen Erfahrungen vorzuführen?

Herr Maier, Sie scheint vor allem die Frage bewegt und irritiert zu haben, daß sich gruppeninterne Politisierungen heute oft als schlechte Selbstagitiation darstellen. Es wird Sie vielleicht verwundern, daß ich Ihnen in diesem Punkt sogar ein Stück folge. Weil es sich häufig um Selbstagitiation handelt, geht die sprachliche Wirkung meist nur nach innen. Warum gelingt die Agitation nach außen kaum? Daran irritiert Sie als Politologen und Historiker offenbar - begriffsgeschichtlich gesehen - der Rückfall in die Naivität und in gewisse Romantizismen mit allen irrationalen Gefährlichkeiten. Was hat man von daher zu befürchten?

Das alles ist für mich nicht eine Frage der Wirkung strategisch planvoller Sprachregulierung - ganz abgesehen davon, daß in Ihrem Referat die Außenwirkung solcher "Sprachregulierungen" aus welchen Gründen auch immer überschätzt wird;-, sondern eine Frage von zu geringer begrifflicher und reflexiver Aufarbeitung eines aktuell empfundenen Leidensdrucks. Es ist ja gerade das Kennzeichen dieser Gruppen, daß sie zwar politische Fragen aufgreifen, dabei aber in einer zirkelhaften Subkultur enden und in der Gefahr sind, die reflexive Distanz, die sie fordern, zu verlieren.

Sie verlangen nun von den so Diagnostizierten - indem Sie sich gleichsam an dem sehr komplizierten Kalkül der Normallage im politischen Entscheidungssystem orientieren;-, daß sie an den parlamentarischen Entscheidungsinstanzen direkt teilnehmen und taktische wie strategische Überlegungen, die da eine Rolle spielen, unmittelbar nachvollziehen müßten. Das scheint mir eine illegitime Forderung zu sein. Denn wie soll derjenige, der von diesem System außerhalb der politischen Diskussion gehalten wird, das leisten können?

Wenn Sie von der Rückbindung sprechen, etwa an das Gemeinwohl, dann muß man fragen: Rückbindung an welche Konzeption des Gemeinwohls? Für frühere Generationen war das ein leichtes Geschäft. Sie brauchten nur Gehorsam zu üben und die Deutungsmuster und Deutungsformeln zu übernehmen. Das Interessante an den heutigen Gruppen ist, daß sie auf der subjektiven, gewissermaßen politisch irrelevanten Ebene - das reicht bis zu Gruppierungen der sogenannten Haschkultur - in ihrem Personalbereich von einer unglaublichen persönlichen Integrität geprägt sind. Diese Verbindung zwischen einer übertriebenen personalen Integrität und politisch kurzschlüssigen Handlungen ist hier zu berücksichtigen. Die Analyse muß auf die Frage zielen: Welche strukturellen Determinanten im politischen System liegen dem zugrunde? Warum sehen diese Leute keine Chance, die im personalen Bereich erfahrene Motivierung an politisch ausgegebenen Deutungsformeln rückbinden zu können und damit zu vermitteln?

#### **Maier**

So sehr wir uns in der Deutung und Zurechnung dieser Phänomene unterscheiden, so haben Sie doch das, was ich sagen wollte, in einer sehr verständnisvollen Weise herausgearbeitet. Gerade mit den Formeln Integrität, Unmittelbarkeit, Verkürzung des Erfahrungshorizonts treffen Sie Wesentliches von dem, was ich im sprachlichen Befund darzustellen versuchte.

#### **Becker**

Es ist damit auch deutlich geworden, warum der Versuch, Sprache und Begriff voneinander zu trennen, nicht durchführbar ist. Sie haben sich gegen diese Trennung vorhin selbst gewandt, weil für Sie die Begriffe in einem bestimmten Sprachhorizont stehen, den Sie miteinbeziehen wollen.

#### **Blank**

Herr Oevermann, wenn man in einer Geheimsprache, wie wir das hier tun, über die politische Relevanz anderer Geheimsprachen spricht, dann ist es nicht ganz überzeugend, Journalisten den Vorwurf zu machen, daß sie Formeln der Geheimsprache der Politiker auf ihre Weise weiterzugeben versuchen. Trotzdem ist das natürlich ein Problem.

#### **Becker**

Ich würde dem doch entgegenhalten, daß ein Kreis wie dieser eine andere sprachliche kommunikative Aufgabe hat als der Journalist, der den Hörern der Abendschau etwas zu vermitteln hat.

#### **Blank**

Es stellt sich gerade für uns Journalisten die Frage, warum wir in zunehmendem Maße trotz eines außerordentlich gestiegenen Angebots an Information in immer neue Informationskrisen geraten. Obwohl die Bonner Regierungskrise der letzten vier Wochen in einem ungeheuren Maße im Fernsehen, im Hörfunk, in den Zeitungen dargestellt worden ist, haben wir den Eindruck, daß bestimmte Grundfragen dieser Krise an der Öffentlichkeit spurlos vorübergegangen sind. Ein Millionenpublikum hat das, was da zur Diskussion stand, um welche verfassungsrechtlichen Fragen es ging, gar nicht verstanden. Einen Vorgang wie das konstruktive Mißtrauensvotum und alles, was damit zusammenhängt, vermögen die Leute nicht zu durchschauen. Das ist sicher auch ein Problem unserer politischen Sprache.

Herr Maier schilderte eine normale Ausgangsposition. Er nannte die Verfassungsinterpretation zu Beginn der sechziger Jahre normal und setzte dagegen den Einbruch des Vokabulars der Neuen Linken, der nach seiner Vorstellung die bisherige Interpretation der Verfassung in Frage gestellt hat. Tatsächlich lagen die Dinge in den fünfziger Jahren aber ganz anders. Wir haben in der Bundesrepublik in der politischen Sprache mehrere modische Wellen erlebt. Das begann mit der Bewältigung des Kreisleiterdeutsch in den ersten Jahren nach dem Krieg. Dann kam der Einbruch der englischen und amerikanischen Begriffe und schließlich das, was man die Adenauer-Sprache nennen könnte, die eine Inflation von Worthülsen hervorgebracht hat. Wir haben in keiner anderen Phase der jüngeren deutschen Geschichte - abgesehen vom Dritten Reich - eine solche Fülle von Begriffen gehabt, unter denen sich das Publikum nichts Präzises mehr vorstellen konnte.

Was verstand der Deutsche 1959 unter "Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" oder unter dem "Alleinvertretungsanspruch" und ähnlichen Dingen? Hinzu kam die pausenlose Verwendung des Begriffs der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung", der seinen Höhepunkt in dem 1960 veröffentlichten Rotbuch des Komitees "Rettet die Freiheit" von Herrn Barzel erlebte. Auf einer Seite wurde dieser Begriff dort achtmal verwendet und zur Grundlage einer Anklage gegen 450

Universitätsprofessoren gemacht. Diesen hielt man entgegen, sie hätten einen sterilen Begriff von wissenschaftlicher Freiheit. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung sei politisch aggressiv auszulegen und im Grunde nichts anderes als eben der Kampf gegen den Kommunismus. Das war die von Ihnen apostrophierte Normallage zu Beginn der sechziger Jahre, Herr Maier.

Die Entwertung der Begriffe ging um so rascher vor sich, als sich die SPD - für mich völlig unverständlich - bereit fand, diese Worthülsen in ihr Vokabular zu übernehmen und im Zeichen der Anpassungspolitik daraus eine eigene Ideologie zu entwickeln. Höhepunkt 1964, Karlsruher Parteitag: "Erbe und Auftrag", an der Stirnwand die Grenzen von 1937. Daß damit auch ein sprachliches Vakuum entstehen mußte, das nach irgendeiner Auffüllung verlangte, war klar.

Was ist davon politisch wirklich relevant und verwertbar geblieben? Ich meine, relativ wenig. Die Politiker haben sich nach dem Attentat auf Dutschke in der berühmten Bundestagsdiskussion vom 28. April 1968 sehr rasch auf die neue Situation eingestellt, obwohl sie sich von der APO sofort distanzieren und alle möglichen Beruhigungssprüche über die rebellische Jugend losließen. Sie können in dem Protokoll nachlesen, wie behende die Begriffe in allen Parteien übernommen wurden, wie man plötzlich von Frustration, verunsichern und umfunktionieren sprach. Das widerspricht übrigens der These, daß die Politiker, die Herrschenden, ihre Sprache selber machen. Das ist heute im Zeichen anderer sprachlicher Einflüsse eben nicht mehr der Fall.

### **Becker**

Das ist ja eine These von Herrn Maier.

### **Blank**

Sie nehmen allerdings die sprachlichen Elemente sehr rasch auf und formen sie in ihrem Sinne um.

Wir politischen Journalisten haben uns aus diesem Wortbrei unsere Begriffe herausgeklaut und gehen damit um. Ist das aber wirklich die politisch relevante Sprache von heute? Die eigentlich sprachschöpferischen Leute in Bonn waren doch in den letzten Jahren Schiller, Staatssekretär Arndt und Franz-Josef Strauß. Das wichtigste Thema der politischen Diskussion in Bonn ist die Planungskrise. Daraus ergibt sich eine ständige Verwendung von immer neuem wirtschafts- und finanzpolitischem Planungsvokabular, von der Talsohle bis zur Konjunktursteuerung und zur mittelfristigen Finanzplanung. Das ist heute das eigentliche Vokabular der Politiker in Bonn, welches auf eine eigentümliche Weise sogar einer breiten Öffentlichkeit verständlich wird.

Das Beispiel von Herrn Oevermann ist typisch. Ich sehe die Dinge aber nicht so negativ an. Die Öffentlichkeit hat die Diskussion über die Aufwertung und ähnliches viel besser verstanden als alles, was wir hier unter dem Begriff von gesellschaftsverändernden Problemen diskutieren. Die Planungskrise verstehen die Leute, weil sie merken, da hakt es an allen Ecken und Enden. Die Wohlstandsgesellschaft kommt nicht weiter, man sitzt fest. Auch die Politiker kreisen unentwegt um dieses Problem.

Es wundert mich, Herr Maier, daß Sie diese Begriffe nicht untersucht haben, die die Verfassungswirklichkeit viel stärker in Frage stellen als das, was Sie ausführten. Der härteste Schlag gegen unsere Verfassungswirklichkeit liegt doch im Begriff der mittelfristigen Finanzplanung. Wenn Sie die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers und das Budgetrecht des Parlaments einschränken, wenn Sie neue Planungsräume schaffen und schaffen müssen, wenn Sie dem Verkehrsminister zugestehen, vom Parlament 80 Milliarden für die nächsten fünfzehn Jahre zu fordern, dann müssen Sie die Rückwirkungen auf das föderalistische System, auf die Verfassungswirklichkeit und so weiter untersuchen. Das sind die Brecheisen, mit denen - wahrscheinlich unausweichlich - die Verfassungswirklichkeit bei uns aufgeknackt wird. Das beginnt beim Eigentumsbegriff, der neu durchdacht werden muß, das geht hin bis in die Diskussion über die Steuerneuverteilung und dergleichen mehr.

Von daher wird sich die eigentliche gesellschaftliche Veränderung ergeben und nicht aus der permanenten Wiederholung von Begriffen, die Sie hier als besonders bedenklich angeführt haben. Diese mögen in einem bestimmten Binnenraum und auch im politischen Vorfeld als Reizwörter eine gewisse Bedeutung haben. Sie können auch bei der Heranbildung des politischen Personals eine Zielrichtung geben und bestimmte Denkprozesse in Gang setzen. In der politischen Diskussion aber sind sie nicht als die politisch relevante Sprache zu werten.

### **Altmann**

So sehr ich begrüße, daß Sie diesen Aspekt hervorheben, Herr Blank, so wenig ist es gelungen, Worte wie Globalsteuerung, mittelfristige Finanzplanung und so weiter in die politische Sprache der Parteien und des Bundestages einzubringen. Das ist die Sprache der Techniker, der Fachleute, die zwar im Wirtschaftsteil der Zeitungen erscheint, aber nicht einmal die Volkshochschule erreicht. Die Gesellschaft interessiert diese Sprache nicht.

### **Maier**

Wenn die Planungskrise die wirkliche Krise des parlamentarischen Systems ist, wie Sie unterstellen, Herr Blank, dann ist doch gerade der emphatische Freiheitsbegriff der Neuen Linken gefährlich, weil er unrealistisch ist und sich gegen eine langfristige Entwicklungstendenz stellt. Er rekurriert auf etwas, das selbst als Korrektiv in der Verfassung keinen Anhalt mehr findet. Ich stimme Ihnen also zu, aber Ihr Hinweis bestärkt mich gerade in meinen Bedenken.

Im übrigen kreisten meine sprachlichen Beispiele alle um das Problem des Freiheitsverständnisses, weil das der zentrale Punkt für die Demokratie ist. Dieses Freiheitsverständnis steht im Widerspruch zu den planerischen, den technischen Entwicklungen, die Sie beschreiben.

### **Becker**

Herr Blank hat deutlich gemacht, daß die Wissenschaftsabhängigkeit der Politik und alles, was mit Planung zusammenhängt, im Grundgesetz nicht vorgesehen war.

Der Ausgangspunkt von Herrn Maier waren Wertsetzungen des Grundgesetzes für bestimmte Begriffe. Er stellte dagegen die Veränderung durch neu eingeführte oder mit einem anderen Sinn aufgefüllte Begriffe. Von daher fragte Herr Hennis: Was soll werden, wenn jeder jeden Begriff entwickeln kann und wir auf diese Weise in eine Art Begriffsanarchie hineingeraten, wobei der Begriff nach Carl Schmitt zu einem Kampfbegriff wird. Darauf sagt Herr Blank, daß viel stärkere Angriffe auf das Grundgesetz von anderer Seite kommen, weil zum Beispiel die langfristige Planung mit dem Budgetrecht des Parlaments und mit der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers nicht vereinbar ist.

Nun könnte man dagegen einwenden, daß die verschiedenen Entwicklungen, die Herr Blank, Herr Maier und Herr Oevermann schildern, in einem Zusammenhang stehen. Das heißt, die Veränderung der Freiheitsvorstellungen hängt eng mit der Planungsproblematik zusammen, die bei immer mehr Menschen Angst hervorruft; das schlägt sich in Begriffsverwandlungen nieder.

### **Heer**

In den letzten Jahren ist in den Vereinigten Staaten von Amerika eine große Diskussion unter Politologen und anderen Wissenschaftlern entstanden, inwieweit die amerikanische Verfassung heute noch in der Lage ist, demokratische Freiheiten, Menschenrechte und so weiter zu garantieren. Das Problem ist also: Wie kämpfe ich dafür, daß Worte einen Kredit bekommen und daß die kleinen Freiheitsorgen im Wort und in der Politik wieder glaubwürdig werden?

### **Lämmert**

Die Sprachwissenschaft unterscheidet auch im Bereich der politischen Sprache zwischen Funktionssprache und Meinungssprache. Was Herr Blank dargestellt hat, ist Funktionssprache, eine Sprache, die ungelöste Sachprobleme zu verbalisieren sucht, um sie handhaben zu können. Dagegen gehört das, was Herr Maier vorgetragen hat, im wesentlichen in den Bereich der Meinungssprache. Kritisch wird es dann, wenn die Funktionssprache, die Sachprobleme lösen soll, sich auch für die Probleme aufdrängt, die die Meinungssprache zu regulieren hat. Mit funktionssprachlichen Reglements wird das Recht derer beschränkt, die sich den Sachzwängen gegenüber frei und kritisch, ja sogar kämpferisch abwehrend oder angreifend verhalten wollen.

Zweifellos bedarf der Staat, wie Herr Blank zeigt, der Funktionssprache, um die Probleme, mit denen er konfrontiert wird, sprachlich zu regeln, schon damit seine Lösungsvorschläge, -versuche und -schritte diskutabel werden. Auch die Meinungssprache bleibt nicht unabhängig von der Funktionssprache; dennoch muß ihr Spielraum stets größer gehalten werden als die von funktionellen Begriffen geordnete Sprache der offiziellen Politik.

### **Hennis**

Gehören Begriffe wie Recht, Freiheit, Menschenwürde, die alle im Grundgesetz vorkommen, der Meinungssprache oder der Funktionssprache an?

**Lämmert**

Begriffe wie Recht, Freiheit und Menschenwürde sind sicher Sache der Meinungssprache, soweit sie in der Umgangssprache verwendet werden. Es wäre jedenfalls gefährlich, solche Begriffe in der politischen Fachsprache gänzlich zu funktionalisieren. Gerade diese Begriffe - um auf Ihr "Hüten" zu kommen - wären falsch bedacht, wenn sie dem geschichtlichen Veränderungsprozeß der Menschen, die unter ihnen leben, entzogen würden.

**Hennis**

Das Hüteproblem stellt sich allein bei der Meinungssprache.

**Lämmert**

Ich möchte die Instanz sehen, die in einer Demokratie zum Hüter über die Meinungen gesetzt ist.

**Hennis**

Der verantwortliche Bürger natürlich.

**Lämmert**

Aber dann können Sie nicht gegen ihn polemisieren, wenn er seine Meinungssprache führt. Ist er vielleicht ein Ketzer?

**Hennis**

Bürger ist ein Begriff, der das Zusammenleben miteinbegreift.

**Lämmert**

Laut Grundgesetz gehört dazu auch der letzte Schreier.

**Hennis**

Nein, nicht laut Grundgesetz, sondern laut Sachgesetzlichkeit.

**Becker**

Sachgesetzlichkeit nennen Sie das, was die Katholiken Naturrecht nennen?

**Hennis**

Der Bürger befindet sich in einer politischen Ordnung. Damit unterscheidet er sich vom Individuum in der Gesellschaft. Ein Bürger steht unter den Sachgesetzlichkeiten des menschlichen Zusammenlebens. Genau das wird von der modernen politischen Theorie, soweit sie auf der Naturrechtstheorie aufbaut, nicht akzeptiert. Sie versteht den Bürger als das völlig losgelöste Individuum, das ruhig seine Privatsprache reden darf. In jedem Bereich menschlichen Zusammenlebens, der über den allerprivatesten der Liebe hinausgeht, in jeder Institution, vom Kindergarten über Schule, Beruf und so weiter, werden wir aber damit konfrontiert, das es uns verboten ist, bestimmte Begriffe zu gebrauchen.

**Schwerte**

Man kann den Bürger darüber nachdenken lassen und sich darauf einigen, daß gewisse Begrifflichkeiten einer Sprache zur Umgänglichkeit notwendig sind.

**Hennis**

Das ist der Kern des Sozialisationsprozesses.

**Schwerte**

Trotzdem darf das aber hinterfragt werden; denn Sprache ist ein kritisches, bewegliches Instrument und setzt sich nicht aus Vorschriften zusammen. Die Grammatik ist kein normatives Gerüst.

**Hennis**

Die Grammatik nicht. Lassen Sie mich das am "Hüteproblem" verdeutlichen. Der Hüter der Verfassung bei Carl Schmitt ist der Reichspräsident. Er setzt sich von der Basis der Anarchie des Kampfes aller gegen alle ab und steht außerhalb von Pluralismus, Polykratie und so weiter.

Dagegen sieht ein Demokrat das eigentliche "Hüteproblem" beim Bürger. Deshalb betreiben wir seit 1945 politische Bildung. Das ist auch der Grund, warum Institutionen in einem demokratischen Prozeß vom Bürger legitimiert werden, und zwar nicht nur die staatlichen, sondern auch die gesellschaftlichen bis hin zu den Massenmedien und dem ganzen Kommunikationsprozeß einer freiheitlichen öffentlichen Meinung.

Wenn wir Sprechen als soziales Handeln verstehen, dann sehe ich die große Gefahr darin, daß für alle Institutionen, die vorwiegend mit Sprache zu tun haben, wie die Universitäten, Verlage, Redaktionen, keine Hütepflicht mehr gefordert wird, sondern diese Institutionen ganz im Gegenteil gewissermaßen unter dem Zwang stehen, alles "in Frage zu stellen". Mit dieser Formel aus dem Jargon ist eigentlich schon alles gesagt. Dagegen werden in Institutionen, die den Realitäten und Notwendigkeiten des sozialen Zusammenlebens näherstehen: Im Betrieb, beim Militär, weithin auch noch in der familiären Kindererziehung, noch immer bestimmte "eingeschliffene" Verhaltens- und Sprechweisen tradiert, an die man sich zu halten hat.

Im Bereich der professionellen Sprach- und Kommunikationsverbreiter - Literatur, Massenmedien, Wissenschaft - anerkennen wir keine Hüte-, keine Traditionspflegepflicht mehr. In dieser Hinsicht ist der Artikel 5 des Grundgesetzes - Wissenschafts- und Meinungsfreiheit - überdimensioniert und mündet schließlich in die Verpflichtung, immer radikal Neues zu denken. In anderen Bereichen wäre das völlig abwegig.

### **Wapnewski**

Ich verahre mich dagegen, daß Herr Hennis "Hüten" mit Tradition im Sinne von "Konservieren" gleichsetzt. Ich hüte auch die Sprache, wenn ich mit ihr experimentiere, das heißt ihre Möglichkeiten durchprüfe.

### **Becker**

Herr Hennis hat inzwischen seinem Hütebegriff eine rein konservierende Deutung gegeben, indem er sie von Kritik und von Entwicklung abgrenzte.

### **Hennis**

Das habe ich nicht gemeint. Der Begriff "Hüten" umgreift auch die kritische Auseinandersetzung.

### **Krings**

Wenn Sie eben erklärt haben, Herr Maier, Sie hätten vor allem Begriffswörter gewählt, die in irgendeiner Form das Freiheitsproblem berühren, dann möchte ich das einmal interpretieren. In diesen zu Parolen gewordenen Begriffswörtern, die zumeist auch noch Fremdwörter sind, weil sie innerhalb der modernen Sozialwissenschaften eine Rolle spielen, drückt sich eine bestimmte Entwicklung des Freiheitsbewußtseins aus. Damit haben wir es in Deutschland nicht ganz leicht. Der heutige Sprachgebrauch dokumentiert einen merkwürdigen Verbalismus. Das heißt: man legt den größten Wert darauf, diese Wörter zu gebrauchen, läßt aber reale Schritte der Freiheitsverwirklichung unter Umständen dafür aus.

Sie sprachen von der Verdrängung des Wortes Staat und der Prädominanz des Wortes Gesellschaft. Woran liegt es, daß ein solcher Wechsel stattgefunden hat? Aus der Tatsache, daß das Wort Gesellschaft im Grundgesetz nicht vorkommt, haben Sie den Schluß gezogen, es handle sich hier um ein Unterlaufen des Staates oder sogar um eine Form von Staatsfeindlichkeit. Man könnte diesen anderen Sprachgebrauch auch als ein geschichtliches Symptom verstehen, nämlich als Ausdruck für den allmählichen Verlust des Nationalstaates vom Kaiserreich über die Weimarer Republik, dem Nazistaat bis hin zur Bundesrepublik. Dieser Verlust ist schwer verarbeitet worden, wie sich noch in diesen Tagen bei der Diskussion um die Ostverträge gezeigt hat.

Was ist bei uns an die Stelle des alten Nationalstaates oder des Deutschen Reiches getreten? Wenn ich ihrem Vortrag und auch der bisherigen Diskussion folge, dann lautet die Antwort offenbar: Die Hoffnung, die früher in den Nationalstaat gesetzt wurde, wird heute auf das Grundgesetz übertragen, das damit eine Bedeutung gewinnt, die weit über die einer normalen Verfassung hinausgeht. Es artikuliert gleichsam den Auftrag für einen neuen Staat, nicht nur für eine neue Gesellschaft. Da dieser

neue Staat aber nicht recht vorstellbar ist, versuchen wir, das Grundgesetz als eines der Gesellschaft und nicht des Staates zu verstehen. Dadurch ist es sichtlich überfordert.

Es kommt eine zweite Diskrepanz hinzu. Das Grundgesetz ist in der Sprache der späten vierziger Jahre formuliert. Herr Blank hat darauf hingewiesen, daß die verschiedenen Epochen seit 1945 ihre besonderen Spracheigentümlichkeiten und Sprachmoden gehabt haben. Welche Folgen hat es, wenn wir, wie Herr Heer eben für die USA, feststellen, daß aufgrund ökonomischer, gesellschaftlicher und geistiger Veränderungen - etwa durch ein neues Bildungssystem - eine bestimmte sprachliche Artikulation des demokratischen Grundgesetzes nicht mehr ausreicht?

Ihrem Vortrag habe ich entnommen, daß Sie nicht nur am Geist, sondern auch am Buchstaben des Grundgesetzes festhalten wollen. Das ist zunächst gewiß richtig. Auf die Dauer werden wir uns aber der Frage nicht entziehen können, inwieweit das Grundgesetz einer sich schnell entwickelnden Gesellschaft angepaßt werden muß, ohne daß man dabei sprachlichen Moden zum Opfer fällt.

Es ist sicher eine wichtige Frage, Herr Hennis, wie man bei schnell wechselnden Sprachmoden eine Sprachtradition bewahren kann. Ich glaube aber, daß man Tätigkeitshandlungen, das heißt Regeln, wie sie im Betrieb, beim Militär und so weiter bestehen, nicht mit Sprechhandlungen vergleichen kann.

Die Grundvoraussetzung für das Hüten der politischen Sprache ist die gegenseitige Achtung von Mensch zu Mensch, von Bürger zu Bürger. Das heißt, die Sprache ist nicht primär ein Informationssystem, sondern ein System gegenseitiger Anerkennung. Wenn innerhalb dieses Anerkennungssystems Meinungsverschiedenheiten bestehen, zum Beispiel über den Begriff der Demokratie, so würde ich das noch nicht als Anarchie der Begriffe bezeichnen. Denn ich halte es für eine Grundvoraussetzung, das Demokratieverständnis des anderen zu achten, auch wenn ich ihm widersprechen muß. Diese moralische Basis ist das eigentlich hütende Element und die Voraussetzung für jede gesellschaftliche Ordnung.

Innerhalb einer Gesellschaft kann Freiheit nur realisiert werden, indem man Bestehendes auch in Frage stellt. Das Freiheitsbewußtsein kann sich nur entwickeln, wenn man in gegenseitiger Achtung die neuen Möglichkeiten erprobt. Es reicht also weder aus, hier nur auf Machtauseinandersetzungen hinzuweisen, noch eine anonyme Entwicklung anzunehmen.

### **Maier**

Ich habe selbst darauf hingewiesen, Herr Krings, daß der Staatsbegriff in unserer älteren Tradition überdimensioniert war und insofern ein begrifflicher Rückschlag erfolgt ist. Offenbar gibt es im öffentlichen Bewußtsein, in der Meinungssprache - um mit Herrn Lämmert zu sprechen - so etwas wie einen moralischen Impetus, sich vor der Gesellschaft verantwortlich zu fühlen.

Die Frage ist nur, wer diese Verantwortung wahrnimmt, welche Institutionen darüber wachen. Da es diese Institutionen nicht gibt, ist die Verantwortung vor der Gesellschaft letztlich ein moralischer oder theologischer Begriff. Innerhalb des Grundgesetzes ist er nicht denkbar. Ich gebe zu, daß die Rigidität des Grundgesetzes am Ausufern und an der Experimentierlust unserer politischen Meinungssprache ihren Anteil hat. Was soll aber Verantwortung vor der Gesellschaft in unserer politischen Ordnung heißen? Wie ist sie wahrzunehmen?

### **Krings**

Das heikle Problem ist doch, daß es in der heutigen Gesellschaft Aufgaben gibt, die nicht mehr, wie im früheren Absolutismus, vom Staat allein wahrgenommen werden können. Andererseits haben gesellschaftliche Träger Aufgaben zu erfüllen, die sie ohne den Staat nicht durchführen können. Insofern meine ich, daß im Grundgesetz bestimmte Vermittlungsbegriffe fehlen.

### **Nevermann**

Unabhängig von der Frage, inwieweit Begriffe nur Ausdruck von Bewußtseinsveränderungen sind, die wiederum Veränderungen gesellschaftlicher Zusammenhänge andeuten, hat sich gerade in den letzten Tagen gezeigt, wie die Realität eine Institution sprengen kann, nämlich das Repräsentativsystem im Parlamentarismus. Die Abstimmung im Deutschen Bundestag war im Hinblick auf die Gewissensfreiheit der Abgeordneten für die Begrifflichkeit unserer Verfassung ein viel gravierenderes Ereignis als alle Bücher, die bisher über Freiräume, Emanzipation und so weiter erschienen sind. Es gibt also offenbar Realitäten, die auch unter dem Aspekt eines Verfassungsschutzes im Sinne von Herrn Hennis wichtiger sind als die Verwendung irgendwelcher Begriffe.

Außerdem halte ich die von Herrn Maier ausgewählten Begriffe - Emanzipation, Freiraum und Betroffensein - für untypisch. Auch innerhalb des Spektrums linker Kritik treten diese Begriffe kaum hervor, beziehungsweise sind sie unter dem Aspekt einer Verfassungsschutzes nicht besonders relevant. Etwas anderes ist viel erstaunlicher, nämlich eine begriffliche Dogmatisierung, die in der starken Rezeption des marxischen Systems begründet ist und die keineswegs begriffliche Auflösung bedeutet.

Unsere politische Sprache ist nicht dadurch gekennzeichnet, daß Begriffe wie Freiraum oder Betroffensein heute in der Politik oft verwendet werden. Vielmehr ist eine Fülle von Begriffen jahrzehntelang ausgeblendet worden. Infolgedessen konnte eine Kritik oder Analyse der Gesellschaft nicht stattfinden. Ich denke an Begriffe wie Abhängigkeit, Konflikt, Interessen, Klassen oder Schichten, also an die Frage, wie die ökonomischen Verhältnisse sich auf andere gesellschaftliche Bereiche auswirken. Demokratie wird reduziert auf parlamentarische Demokratie. Diese Verkümmern der politischen Sprache - Herr Blank erwähnte die Adenauer-Phase - scheint mir ein gewichtiges Problem für diejenigen zu sein, die aufklärerisch wirken und Reformen durchführen wollen.

Die Sprache ist außerdem weitgehend durch eine sozialwissenschaftliche Verfremdung gekennzeichnet, was ihre Verständlichkeit erschwert und damit Probleme der Umsetzung aufwirft.

Ein absolut ungelöstes Problem ist schließlich die Fülle der zur Verfügung stehenden, in einer politischen Diskussion notwendigen Informationen und ihre begriffliche Erfassung. Niemand durchschaut mehr, worum es im einzelnen geht. Das ist ein strukturelles Problem.

Es geht also nicht um die Hütung irgendwelcher Begriffe, sondern darum, welche objektiven Probleme heute sprachlich gelöst werden müssen, wenn wir zu einem Kommunikationsprozeß kommen wollen.

### **von Hentig**

Nicht Begriffe müssen konserviert werden, das Interessante ist vielmehr, daß Begriffe selbst ununterbrochen etwas konservieren. Vielleicht stehen deshalb die Konservativen hier so stark für die Wahrung der Begriffe ein, während die anderen mehr die sich verändernden Verhältnisse im Auge haben.

Ich bestreite nicht, daß Begriffe die Realität verändern. Es müßte meines Erachtens vor allem aufgezeigt werden, wie der Begriff jeweils auf die Realität wirkt. Herr Oevermann sagt zum Beispiel, man müsse analysieren, wer das Wort Eigentum in welchem Sinne verwendet. Analysen dieser Art gibt es übergenug; es bleibt aber die Frage: Wie reagiert man darauf politisch? Was sind die Folgen? Was macht das tatsächlich aus?

Es handelt sich um die Klärung von Sprache in ihrem Verhältnis zu Sachverhalten. An dem, was Herr Blank gesagt hat, ist wohl deutlich geworden, daß nicht nur Sachverhalte auf Sachverhalte einwirken. Man kann weitergehen und sagen: Viel gefährlicher ist, daß wir in einer verstandenen Sprache von unverstandenen Sachverhalten reden. Um die in diesem Wechselverhältnis liegenden Schwierigkeiten aufzubrechen, brauchen wir keinen Hüter, sondern eine ständige, unangenehme sokratische Aufklärung dieses Verhältnisses, zum Beispiel des Tatbestandes, daß das Nichtverstandene grade das Wirksame an den Schlagworten ist, daß ihre Dehnbarkeit, ihre Leerformelhaftigkeit erst die breite Wirkung ermöglicht.

Das Imponiergehabe der öffentlichen Sprache, ihr Einschüchterungscharakter - gerade auch der Wissenschaftssprache;-, ihre Magie gilt es zu entlarven. Wörter wie "konjunkturgerecht" oder "curricular" und selbst einen Begriff wie "spätkapitalistisch" versteht man nicht genau. Das schlechte Gewissen, das dieses Nichtverstehen beim Hörer statt beim Redner hinterläßt, die Drohung mit dem Besserwissen, das Erschlagen mit Informationen, all diese Formen der sprachlichen Wirkung müßte man durchschauen und sich gegen die angebliche Notwendigkeit, die Verhältnisse so zu beschreiben, zur Wehr setzen. Das ist der politische Akt, den ich meine.

In einer Gesellschaft, die sich demokratisch nennt und versteht, und in der weder Vererbung noch Besitz, noch irgendwelche Privilegien gelten sollen, haben die Leute, die über die Sprache verfügen, die Macht. Nun kann man nicht ununterbrochen nur entlarven wollen; denn das hat man seit Kleon in Athen getan. Nützen kann allein die Gegenmobilisierung. Es müssen alle eben zu Demagogen werden: aktive Redner, gebildet und gewitzt, des Wortes mächtig und seiner Wirkungen bewußt.

Es ist klar, daß Sprache, wenn sie der andere spricht, mich am Sprechen hindert. Ich muß halt so lange zuhören. Diese Sprechpassivität wird heute ungemein verstärkt durch das Fernsehen und durch die Tatsache, daß unsere Schule immer länger dauert - eine Einübung im Hinnehmen von Wörtern, eine ganze Lebensform, die dadurch gekennzeichnet ist, daß andere auf mich einreden. Sind 40



Kinder im Raum, ist meine Chance, zu Wort zu kommen - also zu lernen, wie ich mich durch Rede behaupte;- , minimal. Und Handlung, die an die Stelle des Redens treten könnte, kommt dort überhaupt nicht vor!

Herr Körber hat zu Beginn gesagt, die überkommenen Werte hätten nicht Bestand. Ich bin davon überzeugt, daß uns in den zunehmend erschwerten Verständigungsprozessen Normierung und Hüten nicht helfen, sondern die Dinge eher verschlimmern. Es sind ja die Tatbestände, die so verwirrt sind: Wir haben von der Anarchie der Begriffe gesprochen, aber nicht davon, wie Verständigungsprozesse stattfinden können, wenn die Sachen unverständlich geworden sind und gemeinsame Begriffe fehlen; wir haben auch nicht erörtert, welche Regeln man dafür aufstellen kann. Die Komplexität unserer Gesellschaft ist das große politische Problem.

Der Staat, von dem Herr Maier gesprochen hat, wird doch nicht schwach, weil er angegriffen wird, sondern er wird angegriffen, weil er schwach ist, und er ist schwach, weil er die von Max Weber geschilderte "Befolgung" nicht mehr erfährt: der Staat "sagt uns nichts mehr", wie die Redensart treffend lautet. Die Verständlichkeit, die Transparenz ist verlorengegangen, und sie ist nur durch Verständigungsprozesse wieder zu erlangen. Dafür müssen wir Organisationsformen finden und Zeit und Mittel bereitstellen.

### **Rohrmoser**

Herr Maier hat alles, was in einer bestimmten Sprachregelung als Erweiterung der Freiheit, als Artikulation und auch Realisierung von Fortschritt und Freiheit interpretiert wird, als Prozeß der Regression gedeutet. Dieses Problem läßt sich aber nicht durch eine Reflexion auf die sprachlichen Mittel klären. Wenn es keine Überprüfung sprachlichen Handelns an der Realität mehr gibt, wenn aufgrund der Divergenz von verschiedenen Sprachspielen und sprachlichen Modellen eine kritische Überprüfung der Realität nicht mehr möglich ist, wenn also politisches Handeln selber mit einer bestimmten Form des organisierten Sprachhandelns identisch geworden ist, dann muß man doch dem Verdacht von Herrn Wapnewski recht geben, daß die in unserer Gesellschaft analysierbaren Sprachspiele nicht die Realität korrigieren, sondern sie insgesamt reproduzieren.

Habermas hat versucht, diese Analyse vorzunehmen, indem er drei Sprachspiele darstellt. Das erste ist die Funktionssprache, von der schon die Rede war. Es ist die Sprache der Techniker, die für die Verwaltung der technologischen Prozesse und ihre Erhaltung verantwortlich sind. Die Funktionssprache hat offenbar den Fehler, daß sie politisch nicht wirksam ist. Zweitens gibt es Prozesse in den sogenannten Freiräumen, in denen kommunikatives Handeln nach bestimmten Prinzipien geregelt werden soll. Daraus kommt Habermas zu einem dritten Modell des sprachlichen Handelns, das am Interesse emanzipatorischer Befreiung orientiert ist.

Diese Modelle reproduzieren die nicht begriffene Totalität des gesellschaftlichen Prozesses, in dem wir uns befinden. Wenn das so ist, Herr von Hentig, dann haben Sie die richtige Frage gestellt: Was folgt daraus politisch? Politisch folgt daraus, daß wir offenbar einen dieser Situation nicht angemessenen Begriff von Politik haben. Nicht nur die politischen Institutionen, ihre Mechanismen und ihre in den Verfassungstexten vorgenommenen sprachlichen Auslegungen befinden sich in einer Krise, sondern der an unsere Geschichte gebundene und in ihr ausgebildete Begriff von Politik selber ist in eine Krise geraten. Politik ist heute faktisch etwas anderes, als wir mit den uns zur Verfügung stehenden kategorialen Mitteln ausmachen können. Das hat Konsequenzen, die ich nur andeuten kann.

Das, was Herr Hennis sagte, hat sicher sehr viel Klugheit für sich, aber wenn die Gesellschaft einen bestimmten Grad von Realitätsfremdheit, von verbaler Entfremdung von Realität erreicht hat, dann ist Klugheit nicht die Tugend, die politisch in erster Linie gefragt ist. Habermas hat den Schluß gezogen - und der Vorschlag von Herrn von Hentig ging offensichtlich in die gleiche Richtung;- , daß wir im Falle einer totalen Gleichsetzung von Sprache und gesellschaftlicher Realität Institutionen und Prinzipien finden müssen, die das Gespräch dieser Gesellschaft über ihre eigene Identitäts- und Normenfindung ermöglichen.

Herr Blank hat aber darauf hingewiesen, daß es im objektiven Prozeß der technologischen Gesellschaft Notwendigkeiten gibt, die die staatliche Ordnung und auch die am Staat orientierte Interpretation unserer Demokratie viel fundamentaler aushöhlen als alles, was emanzipatorische Kritik zur Veränderung dieser Demokratie bisher geleistet hat.

Ein weiteres Symptom für die Veränderung des Politik-Begriffs: der Bundeskanzler hat davon gesprochen, daß die Gruppe, die zur Zeit in der Bundesrepublik eine Terrorwelle in Gang gesetzt hat, zu bekämpfen sei, weil sie der Feind des Fortschritts ist. In einer Art Testament ist von einer

maßgebenden Sprecherin dieser Gruppe festgestellt worden, der Bundeskanzler selber sei ein Feind des Fortschritts. Damit ist das formale Demokratieverständnis durch die inhaltlichen Fragen nach dem wahren Fortschritt überschritten worden. Um dieses Problem kommen wir nicht herum.

Daraus ergibt sich: das politische Problem kann nicht von der Durchsetzung einer Sprachregelung getrennt werden. Damit ist die konkrete Frage nach dem Subjekt gestellt, das nicht in Übereinstimmung mit einer bestimmten Verfassungswirklichkeit steht. Wer ist das Subjekt, das in dieser Gesellschaft überhaupt noch die Bedingungen von freier Kommunikation ermöglichen kann? Ich wäre froh, wenn ich Herrn Maiers Vertrauen, daß das noch der Staat ist, teilen könnte. Es gehört zu den Erfahrungen der letzten Jahre, daß man dieses Vertrauen nicht mehr haben kann.

### **Mahrenholz**

Herr Maier hat sein Anschauungsmaterial aus einem Bereich gewählt, der im Grunde - so wie er ihn selbst belegt hat - noch unverdächtig ist. Gerade diese relativ unverdächtige Sphäre wird nun - etwas überspitzt gesagt - sittlich verfehmt.

Sie haben über das Thema Staat und Gesellschaft gesprochen. Ich möchte einen so ausgezeichneten Kenner des Verhältnisses von Staat und Kirche nur daran erinnern, daß sich dieses Verhältnis deshalb gewandelt hat, weil sich nicht nur die Kirche, sondern auch der Staat fortwährend gewandelt haben. Da findet sich dann auch, wenn man den Inhalt früherer Enzykliken, soweit er den Staat betrifft, mit dem des jetzigen Zweiten Vatikanums vergleicht, ein eindrucksvoller Beweis für die These von Engels, daß der Staat eine Fiktion ist.

Sie haben dann wörtlich gesagt, Demokratisierung sei ein Kampfbegriff gegen die Rechtsstaatlichkeit.

### **Maier**

... geworden.

### **Mahrenholz**

Selbst ein so radikaler Demokratisierer, wie Herr Preuss, den Sie zitiert haben, ist ein leidenschaftlicher Verfechter des Rechtsstaats. Man muß hier genau unterscheiden: Wen meint man, wenn man sagt, Demokratisierung ist ein Kampfbegriff gegen die Rechtsstaatlichkeit? Das kann ich allenfalls für die Roten Zellen gelten lassen, noch nicht einmal mehr für die DKP, sicher für die Baader/Meinhof-Gruppe.

### **Maier**

Ich habe gesagt: Kampfbegriff gegen rechtsstaatliche und parlamentarische Status quo-Befestigung - das ist differenzierter.

### **Mahrenholz**

Was die parlamentarische Status quo-Befestigung betrifft, gebe ich Ihnen recht, was die Rechtsstaatlichkeit angeht, nicht. Die Debatte zum Beispiel über die Ministerpräsidenten-Beschlüsse zu den Radikalen im Staatsdienst - gemeint ist der Verfassungsgegner, nicht der Radikale - wird zum Beispiel intern in bezug auf die Ausführungsbestimmungen geführt. Dabei geht es um die Frage: Was hat vor Gericht an Ablehnungen Bestand? Was ist verfassungsgemäß? Die Linken, die gegen die Beschlüsse - durchaus auch mit guten Gründen - zu Felde ziehen, argumentieren ausschließlich auf dieser Ebene. Schon CDU und SPD gehen in dieser Sache auseinander. Man ist sich nicht mehr einig über die rechtsstaatliche Anwendung von Begriffen des Grundgesetzes gegenüber den Verfassungsgegnern.

### **Maier**

Quod erat demonstrandum - das war der Inhalt meiner Ausführungen.

### **Mahrenholz**

Mein Unbehagen liegt darin, daß Sie nur in eine ganz bestimmte Richtung geforscht haben und nicht in verschiedene Richtungen. Denken Sie nur daran, wie zum Beispiel die CDU mit dem Wort Eigentum oder mit dem Wort Sozialismus umgeht. Auch diese Dinge sind sehr wichtig und tragen zu begrifflichen Zuspitzungen, Prägungen, Entprägungen und Umwertungen viel bei.

Sie haben dann von der Erfüllung des Grundgesetzes gesprochen. Diese Lehrerin von der DKP hat doch nicht gemeint, das Grundgesetz gelte nicht, das heißt, es sei formal außer Kraft, sondern sie hat gemeint, es habe in den wesentlichen Bezügen keine Relevanz; es gilt nicht da, wo es eigentlich gelten müßte. Die 23 Jahre, die das Grundgesetz besteht, haben - durchaus nicht mit Hilfe der Linken, sondern mit Hilfe der Rechtsprechung - eine immer weitergehende Erfüllung des Grundgesetzes gebracht. Das Unehelichenrecht, die Gleichberechtigung der Frau, der Durchschlag des Verfassungsrechts im Steuerrecht (Splitting), im Kirchensteuerrecht (der glaubenslose Ehemann der Christin), im Zivilrecht (Lüth-Urteil), im Bereich der Rundfunkfreiheit (Fernsehurteil), wichtige Feststellungen zum Bodenrecht, zum Ersatzdienstverweigerungsrecht und so weiter - alles das wurde durch das Verfassungsgericht in Verwirklichung von Grundgesetznormen zur Rechtswirklichkeit erhoben.

Dann das Thema Wahlrecht. Was sind auf dem Gebiet des Wahlrechts für Manipulationen durch staatliche Gesetze vorgekommen, die erst durch das Gericht korrigiert wurden. Ich denke weiter an die Äußerungen von Böckenförde zum Thema Eigentumsrecht. Er meint, daß es bei einer Enteignung nicht nur ein Recht des Besitzenden auf sein Eigentum gibt, sondern man müsse es verfassungsgemäß auch als eine Frage der Nicht-Eigentümer und ihres Zugangs zu einem Eigentumstitel an Grund und Boden auslegen. Diese Dialektik ist ein Stück Erfüllung des Grundgesetzes. Das darf man nicht übersehen, wenn man das Grundgesetz so pauschal mehr im Sinne eines gesetzten Rechts als eines noch zu setzenden verfassungsrechtlichen und politischen Programms sieht. Vor allem darf man nicht übersehen, daß dies alles eben nicht von links kommt.

Auf das Problem des Betroffenseins weise ich mit dem Blick auf das Städtebauförderungsgesetz hin. Dort ist zum ersten Mal - in einem zwischen rechts und links völlig unverdächtigen Zusammenhang - von Betroffenen die Rede. Aber die Beteiligten gab es doch schon immer! Wenn Herr Leber eine Verkehrsvorschrift erläßt, dann werden laut Gemeinsamer Geschäftsordnung der Bundesregierung die Beteiligten gehört. Wer sind das? Die Betroffenen. Wer sind das? Die Kraftfahrzeugeherstellerverbände. Und Warum? Weil sie natürlich auf das Intensivste davon betroffen sind. Das war in der Verbandssphäre schon immer völlig legitim. Jetzt, wo es sich um die Frage handelt, ob der Schüler, der Bürger, der Sanierungsbeteiligte, der Lehrer betroffen werden, wird das plötzlich nur noch negativ gesehen.

Sie haben dann von Formkonstanz der Begriffe gesprochen; das ist etwas unverdächtiger als das Hütungsproblem. In diesem Zusammenhang müßte auf die Justiz, auf die Herr Hennis hingewiesen hat, noch einmal eingegangen werden. Solange bei uns vollstreckbare Urteile gesprochen werden - auch in hochpolitischen Sachen und immer in bewußter Anknüpfung an eine richterliche und rechtswissenschaftliche Tradition;- , halten wir die Formenkonstanz aufrecht! Nichts hat meines Erachtens auch im politischen Leben eine so unstreitige Wirkung wie ein fundiertes Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Es gibt hier also eine Konstanz von Begriffen. Mir fehlten in Ihrem dritten Teil die Belege, Herr Maier. Warum ist diese Konstanz heute gefährdet?

Was in der Politik heute geschieht, und zwar ohne jede Einwirkung der Linksextremisten, ist eine gegenseitige Diskreditierung der herrschenden Parteien. Hier liegen bedrohliche Zusammenhänge zwischen Sprache und Politik. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Als Brandt den Moskauer-Vertrag unterschrieb, traf Stoltenberg in der Tagesschau die Feststellung, die Bundesregierung habe auf ein Viertel des Reichsgebietes verzichtet.

### **Wolff**

Denken Sie an das Wort von Kurt Schumacher gegenüber Adenauer: "Bundeskanzler der Alliierten".

### **Mahrenholz**

Richtig. Das war genau das gleiche.

### **Altmann**

Ohne Partei für Herrn Stoltenberg zu ergreifen: Ist das nicht das gute Recht eines Politikers, so zu reden?

### **Mahrenholz**

Nein.

### **Maier**

Wenn die Sprache beliebig frei ist, Herr Mahrenholz, dann muß so etwas gesagt werden dürfen. Mit Ihrem "Nein" bestätigen Sie die These von Herrn Hennis, daß es Grenzen des politischen Sprechens gibt.

**Mahrenholz**

Natürlich muß so etwas gesagt werden "dürfen". Aber es ist ein wichtiges Problem im Verhältnis von Sprache und Politik, daß wir uns gegenseitig diffamieren, zum Beispiel mit dem Wort "Verzicht". Herr Kiesinger gebrauchte das Wort vom "Anerkennungspolitiker". Auf diese Weise tragen wir nicht zur Erhellung der politischen Situation, nicht zu ihrer Problematisierung bei, sondern kleistern sie mit einem Wort zu. Man benutzt eine Schablone, mit der man sich des Beifalls der Menge gewiß ist.

**Maier**

Damit entwickeln Sie einen Sprachkatechismus der Hütung.

**Mahrenholz**

Ich entwickle einen Sprachkatechismus des verantwortlichen Redens. Das hat übrigens seine Rückwirkungen auf die interne Situation in den großen Parteien. Da gibt es eine Internalisierung der Sichtweise, eine Verengung des Spektrums, was zur Folge hat, daß einem die Probleme, die vorzugsweise von der anderen Partei bedacht werden, überhaupt nicht mehr in den Blick kommen. Hiergegen könnten Institutionen nur als korrigierendes Element wirksam werden. Ich denke vielmehr an die Verlebendigung der öffentlichen Meinung, und zwar in erster Linie im Hörfunk und im Fernsehen.

**Oevermann**

Emanzipation der öffentlichen Meinung von Herrn Springer?

**Mahrenholz**

Eine Art von "Gegenöffentlichkeit". Es fehlt die Aufarbeitung des Wortkauerwelsch der Politiker. Anstatt die Leute aufzuklären, versucht man sie mit bestimmten moralischen Begriffen und sittlichen Verfehmungen zu desorientieren. Hier könnte die Institution der öffentlichen Meinung durch die Presse, vor allem aber durch Rundfunk und Fernsehen, viel dazu beitragen, daß der Politiker kritisch herausgefordert wird, wenn er sich solcher Mittel bedient.

**von Hentig**

Sie tun es ja auch.

**Mahrenholz**

Zu wenig. Da ich den Rundfunkbetrieb von innen kenne, weiß ich, daß das nicht die Standards sind, nach denen Redakteure als gut beurteilt werden.

**Wolff**

Mit dem Stichwort der Problematisierung laufen Sie genau in die Falle, auf die Herr Nevermann vorhin aufmerksam machte. Die Dinge werden dann so kompliziert, daß keiner mehr folgen kann.

**Mahrenholz**

Nein, genau das Gegenteil ist der Fall. Das Thema Aufwertung zum Beispiel muß verständlich in eine Hörerkolumne von 180 Sekunden einzubetten sein. Das kostet den Redakteur möglicherweise einen ganzen Tag Arbeit. So etwas müßte der Rundfunk leisten können, damit der Hörer widerständiger wird gegen Desorientierungen; damit kritische Teilnahme am politischen Geschehen und die Loslösung aus der Konsumentenrolle möglich wird.

**Oevermann**

Die Interviewer im Fernsehen - das läßt sich sprachlich nachweisen - sind in der Wortwahl bemüht, möglichst genau den Wortschatz und das typische Sprachverhalten des Interviewten zu treffen, um ihm möglichst glatt und schnell, geradezu technologisch, Gelegenheit zu geben, die sowieso erwarteten Statements abzulassen. Ich habe kein tagespolitisches Interview im Fernsehen gesehen,

in dem das, was Sie eben forderten, versucht wird, nämlich über die Wahl kontrastierender Statements Stellungnahmen zu provokativen Problemstellungen zu erhalten.

**Heer**

Zu einer industriellen Gesellschaft gehört auch eine Wortindustrie, die Zubringerdienste leistet.

**Becker**

Die Frage ist, ob wir dem Problem Sprache und Politik dadurch nähergekommen sind, daß wir sozusagen in den Chiffren des Sprachproblems unterschiedliche politische Positionen artikuliert haben. Nun hätte man natürlich die Möglichkeit, die Sprache beiseite zu lassen und unmittelbar über Politik zu reden. Die Frage ist nur, ob die Vermeidung der verfremdenden Terminologie des Sprachproblems uns wirklich der Politik so viel näherbringt.

Nun hat der Herr Hennis mit dem Hüten ein Problem aufgebracht, das sich immer wieder stellt. Wie kann man eigentlich noch miteinander reden, und wo hat es Sinn, miteinander zu reden?

**Hennis**

Das war nicht meine Fragestellung; das ist einer der unvermeidlichen wehleidigen Gemeinplätze in solchen Diskussionen. Können wir noch miteinander reden? Das ist für mich kein Problem; denn wir reden ja miteinander. Mein Problem ist das Verhältnis von Sprache und Politik in unserer Zeit.

Ich habe darauf hingewiesen, daß auf dem Boden des modernen nominalistisch-funktionalistischen Denkens mit einer gewissen Automatik, wie man bei Hobbes nachlesen kann, an der Spitze der Gesellschaft ein Sprachhüter steht. Das ist in der freiheitlichen Gesellschaft so nicht gewollt. Vielmehr haben dort der gebildete Bürger und die von ihm legitimierten Institutionen bis hin zur öffentlichen Meinung diese Aufgabe. Das sollte man nicht unter den Rubriken "konservativ" oder "liberal" abklassifizieren.

**Becker**

Sie wehren sich gegen das Wort konservativ, Herr Hennis. Sie haben aber selber vom Bewahren der Begriffe gesprochen, und auch im Referat spielte dieser Gedanke zumindest eine Rolle. Es könnte ja sein, daß die Bedeutung von Verfassungen und von Begriffen gerade in ihrer Wandlungsfähigkeit gegenüber realen Situationen und Aufgabenstellungen liegt. Von daher würde das Verändern denselben Stellenwert erhalten wie das Hüten. Man könnte also fragen: Wer verhindert eigentlich, daß die Begriffe erstarren?

**Hennis**

Das ist eine in unserer gegenwärtigen Situation etwas absurde Frage.

**Becker**

Jetzt sind wir an einem interessanten Punkt. Ich meine, daß zum Beispiel die linke Sprache im Moment genauso erstarrt ist, wie das, was man etwas vereinfachend die rechte oder die traditionelle Sprache nennen könnte. Dieses Erstarrungsphänomen beunruhigt mich mindestens genauso wie die Veränderungen. Insofern akzeptiere ich die Vorstellung nicht, daß wir uns über die Veränderung dieser Sprache nicht zu sorgen brauchen.

Warum erstarrt Sprache, und warum verändert sie sich? Das ist ein politisches Problem.

**Wolff**

Sprache erstarrt, wenn sie keinen Bezug zur Realität mehr hat. Dazu hat Lévy-Strauss mit dem "wilden Denken" ein Beispiel gegeben. Er hat dargelegt, daß die Sprache der Wilden eine intellektuelle Sprache war, die nahezu keinen Bezug zur Realität hatte. Vielmehr ging es in ihr nur darum, intellektuelle Disponibilität zu erreichen. Diese Sprache sagte zum Beispiel: Kohle ist Feuer, Sonne ist Feuer, Adler fliegt ins Feuer, der Adler ist ein Kohlevogel. Es ging also um ein Verfügbarmachen der Realität.

Lévy-Strauss hält es für denkbar, daß die marxistische, aber auch die historische Vorstellung eines unendlichen Fortschritts wieder zum Stehen kommt. Dann geht es bloß noch um Verfügbarkeit. Ein

Beispiel dafür ist das Bemühen, den Wissensstand in Computersymbole zu übernehmen und so in der Sprache auch die Realität zum Stehen zu bringen.

### **Oevermann**

Was in der Kontroverse hier bisher nicht thematisiert worden ist, sind die Folgen der technokratischen Reduktion von Sprache auf ihre problemlösende Effizienz hin im unmittelbaren Entscheidungsprozeß. Ihre Position, Herr Hennis, ist meiner Ansicht nach nur retrospektiv gerichtet. In einem Punkte würde ich mich sofort mit Ihnen treffen, nämlich in dem antinomialistischen Affekt. Aber gerade von daher ist es wichtig - und das berührt die Frage nach der Spracherstarrung;-, daß jeder Versuch, Phänomene begrifflich zu konzipieren, so vage er auch vorgenommen wird, immer etwas Antizipatives enthält; sonst ist die Sache nicht auf den Begriff gebracht. Wenn Herr Hennis von sprachlicher oder von begrifflicher Anarchie spricht, dann kann damit doch nicht gemeint sein, daß die Begriffe nicht präzise gebraucht werden, sondern daß die Antizipation der Bedeutung von Begriffen im politischen Bereich nicht ausdiskutierbar ist.

Nun kommt im Referat von Herrn Maier eine Befürchtung zum Ausdruck, die ich nicht teilen kann. So wie er die Begriffsinhalte eingeschätzt hat, könnte das immerhin zum Beispiel ein Technokrat nicht tun. Was das Methodologische anbetrifft, so treffe ich mich mit Ihnen, Herr Maier, auf dieser Ebene der Analyse. Inhaltlich sehe ich auf dieser Ebene eine wichtige Differenz zwischen Ihrer und meiner Position. Sie befürchten massive Wirkungen von den in dieser Begriffsbildung enthaltenen Antizipationen in bezug auf die politischen Verhältnisse, die bar jeder Realität sind.

Und das ist genau das Problem. In welchem Bereich finden denn die von ihnen ideengeschichtlich rekonstruierten Veränderungen des Inhalts zentraler politischer Begriffe ihren Eingang? Dabei lassen sich eine Reihe solcher Bereiche, mit denen Sie zum Beispiel als Politiker höchst folgenreich zu tun haben, angeben, in denen entsprechende Veränderungen dringend realisiert werden müßten. Ich denke zum Beispiel an Entscheidungen in bezug auf Lehrerbildung, Einrichtung von regionalen Curricula und Planungszentren und so weiter. Da werden praktische Entscheidungen darüber getroffen, welche Lernziele mit welchen Mitteln und Einstellungen in der Schule realisiert werden können. Das hat wiederum Konsequenzen dafür, welche Kategorien und welche Interpretationsschemata Kinder im Durchlauf durch die formalen Ausbildungsprozesse erwerben, die es ihnen möglich machen, soziale Verhältnisse in bestimmter Weise zu interpretieren.

Da taucht dann die Frage auf: Lernen Kinder auch etwas, das es ihnen ermöglicht, ausgegebene Kategorien, die in der Gefahr sind, zu Sprachhülsen zu werden, mit Inhalt zu füllen? Welche Chancen haben Kinder, die Differenz zwischen den Begriffsinhalten zu lernen, die sozusagen qua normaler Politik angeboten werden, und den Inhalten, die sie in ihrer sozialdeterminierten Situation betreffen, und die auch auf den Begriff gebracht werden müssen.

### **Altmann**

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Sprachmontagen von Herrn Oevermann ganz undemokratisch sind. Die Sprachhülsen, die Technik der reinen Reproduktion, liegen doch bei ihnen.

### **Mitscherlich**

Es war von Funktionssprache und Meinungssprache die Rede. Wir können auch eine Affektsprache unterscheiden, die die älteste Sprechform ist. Es gibt ein aggressives Bedürfnis als Reservoir für eine Sprache, die politische Handlungen aktiviert. Wenn man annimmt, daß affektive Grundbedürfnisse sich zyklisch bewegen, dann können sie verschiedene Grade von Sprachaktivierung auslösen.

Zweifellos sind die Generationen in dieser Zeit nicht mehr in der Lage, miteinander zu reden, Herr Hennis. Wenn Sie sagen, sie redeten ja miteinander, dann tun sie es nur unter Verwendung von Sprachhülsen, von Stereotypen, von Signalen, in denen sich möglicherweise etwas ganz anderes ausdrückt, als man sprachlich kommuniziert.

Margaret Mead hat die Vorstellung, daß die naturwissenschaftlich-technische Ordnungsform die Vorherrschaft gewonnen hat und dadurch eine totale Veränderung der Welt eingetreten ist. Aus diesem Grunde hat sich der normale Generationenkonflikt zu einer epochalen Generationenkluft vertieft. Schon deswegen bestehen große Verständigungsschwierigkeiten.

### **von Hentig**

Frau Mead sagt nicht, Herr Mitscherlich, daß die Jungen mit den Alten nicht mehr reden können. Sie ist sogar der Ansicht, daß die Alten von den Jungen lernen müssen; da ist doch der Kommunikationsprozeß geradezu gefordert.

### **Mitscherlich**

Da muß ich Sie korrigieren. Margaret Mead sagt in ihrem Buch "Der Generationenkonflikt": Erst wenn die beiden Generationen die Tiefe des Konflikts erkannt haben, können sie wieder anfangen, miteinander zu reden. Wenn man aber ständig erlebt, daß die Alten nur Anklagen gegen die Jungen erheben, ohne das geringste Bedürfnis, sich über ihre eigene Situation klar zu werden, dann zeigt sich, daß dieser Moment noch sehr weit entfernt ist.

Wenn hier von Sprachmoden die Rede war, dann ist bemerkenswert, daß im Grunde nur die junge Generation sprachschöpferisch gewesen ist. Die Älteren haben die neuen Begriffe dann weitgehend übernommen. Es ist eine Art von Jugendlichkeitskult, möglichst alle diese Worte in das tägliche Vokabular aufzunehmen. Sie verleihen einen pseudo-revolutionären Anstrich. Dadurch, daß man sie selber verwendet, werden sie sterilisiert, das heißt, sie verlieren ihren eigentlichen Sinn.

Für mich ist es von größter politischer Bedeutung, daß nicht nur das Sprachverständnis zwischen rechts und links, sondern auch zwischen den Generationen zerfällt. So ist die begriffliche Auflösung von Informationen unter anderem deshalb so schwierig, weil die Informationen für die verschiedenen Generationen etwas sehr Unterschiedliches bedeuten.

Um Margaret Mead frei zu zitieren: In einer Welt, die ständig davon bedroht ist, daß sie sich selber vernichtet, in einer Kultur, die die energetischen Potentiale hat, sich zu vernichten, muß einer jungen Generation die vergangene Geschichte als ein gewaltiger Fehlschlag, als ein riesiger Bankrott erscheinen. Dagegen rechnen die Älteren quasi nur noch mit den gegebenen Verhältnissen, so als ob keine derartige katastrophenandrohende Entwicklung stattgefunden hätte.

### **Maier**

In bezug auf die Generationen und ihre Probleme gebe ich Ihnen völlig recht. Ich bestreite nur, daß allein die junge Generation sprachschöpferisch gewesen ist. Man könnte viele Gegenbeispiele nennen. "Repression" und "repressive Toleranz" sind Begriffsbildungen eines 60- oder 70jährigen, die eine unerhörte Wirkung auf die junge Generation gehabt haben. Ich denke weiter an den ganzen Hof um den Begriff "Hoffnung" bei Ernst Bloch; das stammt auch nicht von dem frühen Bloch, sondern aus einer mittleren Generationslage.

Man sollte hier also die Belege sorgfältiger unterscheiden, um feststellen zu können, ob das alles aus der jungen Generation kommt und dann von den Älteren übernommen wird. Gibt es nicht auch den umgekehrten Weg? Das würde Ihre These einschränken, daß der Prozeß zwischen den Generationen völlig abgebrochen ist.

### **Mitscherlich**

Ich muß mich korrigieren; ich meine mit sprachschöpferisch nicht nur das Aktiv-Sprachschöpferische, sondern diese junge Generation hat beispielsweise den Marcuseschen Begriff von der repressiven Toleranz übernommen und zur Weltgeltung gebracht. Das hat nichts mehr mit Marcuse zu tun. Sein Buch "Eros und Zivilisation" habe ich schon im Jahre 1956 gekauft; kein Mensch hat es damals gelesen. Erst zehn Jahre später begann seine Wirkung.

### **Becker**

Es besteht aber Einigkeit zwischen Ihnen und Herrn Maier darüber, daß das Generationsproblem als Sprachproblem mindestens denselben Stellenwert hat, wie das Rechts-Links-Problem. Dabei kann unter Umständen die Sprachrezeption bedeutungsvoller sein als das unmittelbar Sprachschöpferische.

### **Lämmert**

Das Generationsproblem ist auch ein Bildungsproblem: erst in dieser Zeit haben sich unsere Bildungsinhalte so verwandelt, daß auch Konflikte, wie sie hier zur Rede stehen, öffentlich diskutiert werden. Die Deutschen sind generationenlang in einer Weise gebildet worden, die sie von diesen Problemen abgeschirmt hat. Man muß sich deshalb nicht wundern, daß die Reizschwellen in den neu erschlossenen Diskussionsbereichen noch recht niedrig sind.

**Hennis**

Von den drei Unterteilungen Funktionssprache, Meinungssprache und Affektsprache ist die Funktionssprache - geistesgeschichtlich gesehen - Gegenstand des Organon bei Aristoteles. Die Meinungssprache ist Gegenstand der Rhetorik und der Topik, und die Affektsprache existierte als eigener wissenschaftlicher Gegenstand überhaupt nicht, weil man wußte, daß in der Meinungssprache immer auch die Affekte einbezogen sind. Die Rhetorik ist stets die spezifische Disziplin gewesen, die sich mit der politischen Sprache beschäftigte. Ihr geht es vor allem darum, Zustimmung zu gewinnen.

Wir kommen an das Phänomen Politik und Sprache deshalb so schwer heran, weil - etwa in den Beiträgen von Herrn von Hentig, Herrn Nevermann und Herrn Oevermann - unter Sprache immer nur Informations- und Kommunikationsprozesse verstanden werden.

**von Hentig**

Eine Mutter verständigt sich mit ihrem Neugeborenen ohne jede Sprache; das ist doch auch Verständigung, nicht nur Information.

**Hennis**

Aber sobald es über diese Art der Kommunikation hinausgeht in den Bereich der Politik hinein, steht am Ende Zustimmung oder Ablehnung von mehreren, also eine Mehrheitsentscheidung. In der Politik geht es um "Willensbildung", konkret um die Gewinnung von Zustimmung. In der Wissenschaftssprache ist die Zustimmung für die grundlegenden Dinge schon da, bevor man überhaupt geredet hat, weil man zuvor definiert, was zum Beispiel ein Watt ist. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Das zentrale Problem ist, daß Meinungs- und Affektsprache in unserer Logik keinen Ort mehr haben. Staat, Freiheit, Gerechtigkeit und anderes mehr sind in dieser Weise nicht definierbar. Der Streit geht daher immer viel mehr um die Begriffe und Prämissen als um die Schlußfolgerungen.

**Höllerer**

Wir haben in den letzten Jahren an der Universität versucht, ob nicht doch so etwas wie Verständigung möglich ist, und zwar durch Klarstellung und nicht durch Verschleierung der Positionen.

Tatsächlich stammt aus der Studentenbewegung nicht nur ein Vokabular, sondern auch ein Sprachimpuls. Das Vokabular wurde dann übernommen, zum Beispiel auch von den Politikern in Bonn, die plötzlich Begriffe wie Frustration und Repression benutzten. Was ist da vor sich gegangen? Man hat das übernommen, was sich leicht in Diskussionen einbauen ließ, aber nicht das Entscheidende, womit einige Studenten die verfestigte Situation aufgelockert haben, nämlich eine andere Art zu diskutieren, eine andere Art, die Sachen beim Namen zu nennen. Das ist ein Zeremonien verändernder Impuls, kein bloß veränderter Begriffsgebrauch. So ging man gegen die Sprachhülsen und Diskussionszeremonien aus der Adenauer-Zeit vor, weil sie für die Jungen nicht mehr zu gebrauchen waren. Sie haben sich anders artikuliert, weil sie die alte Art der Diskussion als ein dauerndes im Kreisherumreden betrachteten, wobei man mit den Sachen selbst nicht mehr in Kontakt kam.

Dabei war es natürlich schwer, Ausdrücke zu finden, die nicht schon vorgefertigt waren. Man hielt sich an ein System, das den Jungen am meisten einleuchtete, nämlich an das von Herbert Marcuse vorgeformte. Dadurch war aber schon wieder ein Prozeß der Erstarrung eingeleitet. Es war zum Beispiel mit die Schuld des übernommenen Systems, daß man sich in der linken Sprache so weit von einer Verständigung mit den Arbeitern entfernte. Diese Begriffe wurden dann von den Politikern ihrerseits zum Teil übernommen, aber nicht der Sprachimpuls. Das Wichtige sind eben nicht die Begriffe, sondern die Sprachzusammenhänge und die Art und Weise, wie man sich in bestimmten Situationen gegen verfestigte und verdeckende Sprachzusammenhänge artikuliert.

**Becker**

Was führt in der Beziehung von Sprache und Realität zur Entfaltung von Sprache und zu ihrer Erstarrung?

**Höllerer**

Sprache erstarrt, wenn sie so sehr stilisiert ist, daß sie zum Selbstzweck wird und keinen Kontakt mehr hat mit dem, was sie ausdrücken will. Sprache hat in sich den Hang, in einer stilisierten Form eine Systematik herzustellen. Das war in hohem Maß gegen Ende der Adenauer-Zeit der Fall. Da



konnte man sich mit Sprachmarken verständigen und wußte, daß darüber weitere Erörterungen gar nicht mehr notwendig waren. Das gleiche hat sich auch bei der linken Sprache, mit ihren Begriffen wie Frustration und Repression, eingestellt. Dadurch ging der Kontakt mit den Verhältnissen, die man durch die Sprache treffen wollte, wieder verloren.

Woher kamen die Impulse, um diese Erstarrungen aufzulösen? Es ist eben nicht so, daß man das juristische System mit dem sprachlichen vergleichen kann. Es gibt hier keine Instanz, die einen Kodex festlegt und ihn unveränderbar festhalten könnte. Eine normfestlegende Instanz für die Sprache kann es schon deswegen nicht geben, weil die Sprache, wie ich gezeigt habe, sich in Begriffen nicht erschöpft. Eine Begriffsnormierung wäre jederzeit durch die Tonart zu unterlaufen - wie dies seit eh und je einer ratlosen Zensur gegenüber gehandhabt worden ist. Im übrigen verwechselt Herr Hennis anscheinend Sprache mit inhaltlichen Motivkomplexen - Gewalt in der Literatur, im Fernsehen, auf der Straße;-; die er staatlich beaufsichtigen will.

Es gibt hinsichtlich der Begriffe Versuche, auf bestimmten Gebieten ein Kontinuum zu erhalten. Wir haben zum Beispiel die Normen-Kontrollausschüsse an den Technischen Universitäten, wo für technische Begriffe genaue Kontrollen und genaue Definitionen vorhanden sind. Das ist aber, wenn es um Sprache und Politik geht, gar nicht möglich. Ich verweise auf die Duden-Kommission in Mannheim. Dort gibt es so etwas wie eine wissenschaftliche Beobachtung der Wörter, die aber einer ständigen Veränderung offen sein muß.

Versuche, Erstarrungen des sprachlichen Zeremoniells zu durchbrechen, werden von unten her immer wieder gemacht. Zum Beispiel werden Sub-Sprachen, Verständigungssprachen, die aus dem Untergrund kommen, heute sehr schnell auch öffentlich diskutiert und finden in öffentlichen Medien Eingang. Ausdrücke, die aus der Hippy-Sprache stammen, wie zum Beispiel "der Stoff", werden von der Werbung übernommen und sind plötzlich an vielen Tankstellen zu lesen. Dabei zeigt sich, wie schnell der Verschleiß solcher Subsprachen vor sich geht, weil sie in den offiziellen Begriffssprachen wieder eingebeutet und uniformiert werden.

Auf der anderen Seite hat das Planungsvokabular, von dem wir hier gesprochen haben, auf die Studentenbewegung zurückgewirkt, überall wo Studenten an der Universität in Planungsausschüssen und wissenschaftlichen Einrichtungen beteiligt waren. Dieses Vokabular ist technokratisch starr. So wird auf der einen Seite versucht, das Zeremoniell ständig von unten her aufzubrechen, während man es von oben her immer wieder ergänzen, dicht machen, befestigen will.

Im Grunde genommen findet also doch ein Hin und Her in der Sprache zwischen den gesellschaftlichen Kräften und den Generationen statt. Aber man sollte überlegen, wie das in einem ständigen Gespräch weitergeführt werden kann. Denn das Gespräch ist die Instanz, die Sprache reguliert und beobachtet. Es gibt keinen Normen-Kontrollausschuß und auch keine Relevanz der Duden-Kommission für unser Sprechen. Aber es gibt das Gespräch zwischen Leuten, die nachdenken und ihre Positionen bewußt vertreten. Die sollten allerdings darauf achten, daß das Gespräch nicht ständig zu abkapselnden Konfrontierungen führt. Ich sehe keine andere Kontrollfunktion als die eines richtig geführten Gesprächs.

### **Becker**

Herr Höllerer ist offenbar der Ansicht, daß der Hüter der Sprache nur eine Art von rationalem Diskurs sein kann. Er sieht also in einer solchen Form des Gesprächs einen gesellschaftlichen Kontrollmechanismus für die Sprache. Ich möchte Herrn Hennis bitten, sich dazu - da es die erste etwas breiter ausgeführte Antwort auf seine Frage nach dem Hüter ist - zu äußern.

### **Hennis**

Ein solches Gespräch hat sicher in dem Kontinuum der Normenkontrolle der Sprache irgendwo seinen Platz, aber ich bestreite, daß es selber die Normenkontrollinstanz ist, Herr Höllerer. Wenn Sie zum Beispiel die staatliche Macht, die unser System demokratisch legitimiert, als Gewalt bezeichnen, dann ist schon von der Sprache her die spezifische politische Legitimität demokratisch legitimer Macht weggefallen. Diese Gewalt ist dann nur eine neben anderen - auch Gegengewalt ist dann möglich. Den Baader-Meinhof'schen Aktionen ist die Umfunktionierung des Begriffs der politisch legitimierten "Macht" in illegitime "Gewalt" vorangegangen. Das kann eine funktionierende Gesellschaft nicht zulassen.

### **Höllerer**

Aber mußte es so sein?

### **Hennis**

Es ist jedenfalls so passiert. Wenn die politische Sprache Zustimmung erzeugen soll, dann gehört zum Begriff der Politik der Begriff der richtig verstandenen Herrschaft. Politik ist nicht "Kommunikation", sondern demokratisch legitimierte Herrschaft.

Unter Umständen kann auch für eine demokratisch legitimierte Regierung die Situation eintreten, daß Publikationsorgane, in denen die Differenz zwischen demokratisch legitimer Macht und Gewalt nicht mehr gesehen wird, verboten werden müssen. Ich möchte nicht in einem solchen Staat leben, aber ich würde es akzeptieren.

### **Höllerer**

Das ist keine Antwort auf meine These, und es ist auch kein Gegenargument.

### **Hennis**

Nein, es ist nur ein Versuch zu zeigen, daß politische Sprache stets mit Herrschaft verbunden ist und es dann auch Normenkontrolle geben muß. Für die Liberalen ist natürlich das Gespräch die Normenkontrollinstanz. Dem muß ich widersprechen; denn die letzte Normenkontrollinstanz ist unter Umständen eben doch der Zensor.

### **Lämmert**

Sie sagten vorhin: der gebildete Bürger.

### **Hennis**

Ich habe aber hinzugefügt: "... und die von ihm legitimierten demokratischen Institutionen bis ins weite Feld der öffentlichen Meinung hinein, nicht der Bürger allein."

### **Höllerer**

Und jetzt sagen Sie: Der Zensor.

### **Hennis**

Ich will ja den Zensor nicht, Herr Höllerer! Aber wenn gegenwärtig über Gewalt im Fernsehen diskutiert wird, dann ruft man doch gewissermaßen nach dem Zensor. Auch Herr Mitscherlich sagt, daß es irgendwo Grenzen gibt, wo die Unmenschlichkeit beginnt. Es gibt Grenzen, wo eine humane, der Menschenwürde verpflichtete politische Gesellschaft solchen Unmenschlichkeiten in der Sprache wehren muß. In Gestalt von "Selbstzensur", durch den Presserat, durch die Filmselfkontrolle, die Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten wird ja auch bei uns institutionalisierte Zensur ausgeübt. Wir nennen es nicht gerne so, aber es muß ja wohl nötig sein.

Oder soll die Sprache jeder Kontrolle enthoben sein? Wir reden über die Kontrolle des Kapitals, aber wir weigern uns über die Kontrolle der Sprache zu reden, obwohl jeder weiß, daß man mit der Sprache viel mehr verletzen und verwunden kann als mit dem Kapital.

### **Maier**

Die einzige Kontrolle oder "Zensur" kann nur die Adäquanz von politischem Sprechen zu politischer Realität sein. Unser Problem ist, daß es dafür nur annähernde Kontrollmöglichkeiten gibt, zum Beispiel das Mehrheitsprinzip. Auch durch Normenkontrolle, also durch den Versuch, etwas an der Verfassung zu messen, oder durch Mehrheitsentscheidung, kann immer nur teilweise geprüft werden, ob politische Sprache der politischen Realität entspricht.

### **Litten**

Wenn Ihnen jemand zuhört, Herr Höllerer, der mit Politik zu tun hat, muß er sich fragen, was er mit dem anfangen soll, was Sie hier sagen. Es gibt Leute, mit denen ich politisch nicht übereinstimme, die mit Sprache Politik machen. Das sind zum Beispiel die Jungsozialisten, die über ein kleines Vokabular verfügen, das eine suggestive oder funktionale Wirkung ausübt.

Sie kennen den Satz vom langen Marsch durch die Institutionen. Da hat ein Begriff gesellschaftlich etwas in Gang gebracht. Denn daran haben sich Leute orientiert, die sagten, diese Frustrationsstrecke müssen wir auf uns nehmen und ein paar Jahre die Zähne zusammenbeißen, um durchzukommen.

Die haben eine beschränkte Formelsprache, mit der sie politisch arbeiten; dazu brauchen sie den großen Turm von Sprache nicht.

Wie kann man deren Sprache wieder aufbrechen? Die fragen Sie doch gar nicht; die Politik geht doch an Ihnen vorbei, Herr Höllerer. Denn diejenigen, die Politik machen, lachen über diese Diskussion. Meine Absicht ist es, daß diese Leute nicht mehr lachen können.

Sind wir überhaupt noch in der Lage, in politischen Kategorien zu sprechen, die heute relevant sind? Ich diskutiere nicht darüber, wie deren Genesis aussieht; dafür bin ich zu wenig Historiker, und außerdem interessiert es mich nicht. Wie können wir wieder teilhaben an dieser Art von politischer Diskussion? Herr Maier kann nach Hause fahren im Bewußtsein: die können mir alle sonst etwas erzählen, die sind für mich politisch völlig ungefährlich - welche Generation es auch immer betrifft.

### **Oevermann**

Herr Maier geht ja merkwürdigerweise von einer ganz anderen Voraussetzung aus.

### **Litten**

Er hat zuviel Humor, um diese Diskussion ernst zu nehmen. Wir wissen, welche Funktionen, welche Reizschwellen bestimmte Vokabeln haben. Es gibt einen Brief an die dpa und an die Frankfurter Rundschau, daß am 2. Juni in Stuttgart drei Bomben gezündet werden. Wo haben wir es denn verstanden, diesen Wahnwitz sprachlich zu widerlegen?

Es ist Gewalt vorhanden, und diese Gewalt wird begründet, ohne daß eine wirkliche Gegenbegründung aufgemacht wird. Es wird lediglich von der Baader/ Meinhof-Bande und von Kriminalität gesprochen, ohne daß diesen Leuten systematisch der Boden entzogen wird für die Nachläufer, die sie entweder unterstützen oder zumindest meinen, sich mit ihnen solidarisieren zu müssen. Da hat die politische Sprache überhaupt noch nicht verfangen; denn diese Solidaritätsbewegung ist vorhanden. Die haben doch alle ihre Motive, und zwar durchaus gutartige, wenn sie sich solidarisieren!

### **Oevermann**

Ihr Pathos in Ehren.

### **Litten**

Das ist kein Pathos. Was geschieht denn sprachlich, damit in unserer Gesellschaft solche Dinge verhindert werden?

### **von Hentig**

Herr Litten fordert, daß wir von Politik sprechen, ohne von Sprache zu sprechen. Ich fürchte, das wird uns nicht gelingen, auch ihm nicht.

Herr Becker hatte gefragt: Was macht Sprache erstarren? Erstarrung tritt fast immer dann ein, wenn ein Begriff oder eine sprachliche Wendung erfolgreich gewesen ist. Erfolgreich war sie, wenn sie einen unterdrückten Tatbestand aufgedeckt hat. Dann verwechseln die Leute den Aufdeckungsvorgang mit dem Bezeichnungs- und Instrumentalisierungsvorgang. Mit dieser Schwierigkeit haben wir es ständig zu tun. Da glauben sie, wunder wer weiß was für eine Waffe in der Hand zu haben, obwohl nichts weiter geschehen ist, als der Ratsch, mit dem man den Vorhang beiseite zieht.

Im übrigen liegt Erstarrung immer dann vor, wenn man nicht mehr bereit ist, ironisch zu reden und wenn man so aufgeregt wird, wie auch ich es leider immer wieder werde.

### **Becker**

Und wenn man nicht mehr bereit ist, dem anderen zuzuhören.

### **Altmann**

Da bin ich ganz anderer Meinung, Herr Becker. Es geht hier darum, und da hat Herr Litten recht, daß wir uns mit einer Sprache der Gewalt auseinandersetzen müssen. Die Begriffe, über die wir diskutieren, dieses kleine Vokabular, ist zu einer Sprache der Macht und der Gewalt geworden. Alle Versuche, eine neue Verhältnismäßigkeit im Gespräch wieder herzustellen, scheitern. Da nützt es auch nichts zu fragen: Wo ist der Zensor, wo ist der Hüter?

Wir erleben hier den effektiven Durchbruch einer kleinen Minderheit von Studenten - unerfahren, naiv, unreif;- , ohne daß die Gesellschaft, die Arbeiterschaft, die Gewerkschaften daran beteiligt sind. Diese Gruppe tritt gegen das Establishment auf und findet eine neue Sprache, die begriffsarm ist; es ist eine Sprache der Gewalt, die sich aufzwingt - sogar dem Bundespräsidenten, der in seiner Inauguraladresse an den Bundestag von dem "langen Marsch" gesprochen hat. Auch den Jungsozialisten, die ich nicht einfach als Radikale abtue, ist es gelungen, in einer Partei mit großer demokratischer Tradition dem Establishment neue Begriffe aufzuzwingen.

### **Oevermann**

Alte Begriffe wieder einzuführen.

### **Altmann**

Es ist ihnen gelungen, einen neuen Plafond zu schaffen. Ich finde es erhellend, was Herr Mitscherlich über die Generationen gesagt hat. Woher kommt das aber? Professoren haben jahrzehntelang ihre Pfründe gegen jede Reform verteidigt und nun liegen sie auf den Knien vor einer Gruppe, die man zahlenmäßig kaum definieren kann. Das ist das Problem, und da hat Herr Litten recht. Das ist keine Frage des Pathos, Herr Oevermann, sondern der Wahrheit. Die Wahrheit kann pathetisch sein, das ist das Unerhörte dabei.

### **Oevermann**

Ihre wechselseitige Übereinstimmung mit Herrn Litten ist sicher nicht zufällig, Herr Altmann. Darin drückt sich sozusagen ein antitheoretisches Pathos aus, das heute sehr verbreitet ist; dieses geht auch in eine Fehleinschätzung der Sprache mit ein. Es wird heute nämlich nicht mehr unterschieden zwischen der theoretischen Sprache, die einen Freiraum des Denkens braucht, und dem politisch verantwortlichen Handeln, das sich, jeweils gemessen an einer Zielsetzung, strategisch ausweisen muß. Zwischen diesen beiden Ebenen muß ein Unterschied gemacht werden.

Wenn aber, um ein Beispiel zu nennen, Herr Höcherl im Fernsehen eine Verbindungslinie von den Jungsozialisten, dem Anfang der Studentenbewegung bis hin zu den jetzigen Bombenanschlägen zieht, dann kommen wir zu einer Erstarrung. Wenn man einen solchen Kontext herstellt, ist es für die andere Partei schwierig, in der Öffentlichkeit die notwendigen Unterscheidungen zu vertreten. Das ist das eigentliche Sachproblem, hinter dem der antitheoretische Affekt steckt. Dieser Affekt wird sowohl von Theoretikern durch ihre Abstraktionen verursacht, als auch von dem mit Selbstrechtfertigungsproblemen versehenen Praktikern, wie Herrn Litten. Natürlich verstehe ich diese Selbstrechtfertigungsprobleme, aber Sie müssen sie in einen größeren Kontext stellen, damit die Differenz zwischen der theoretischen Sprache und den praktischen Problemen, in deren Kontext Sie sich strategisch politisch ausweisen, deutlich wird.

### **Becker**

Herr Mitscherlich hat uns vorher leider nicht gesagt, daß Menschen auch deshalb sprechen, weil sie schlicht verzweifelt sind. Auch hinter dem Modell von Herrn Maier steht für mich ein Ausdruck von Verzweiflung.

### **Oevermann**

Das ist auf beiden Seiten der Fall.

### **Becker**

Ja, das war auch bei Herrn Hennis, Herrn Litten und Herrn Oevermann spürbar.

### **Schroers**

Jeder spricht in seiner Sprache, in der die Begriffe jeweils einen unterschiedlichen Stellenwert haben. Legt man Wert auf eine gleiche Sprache, dann stellen sich die Sprachregelungsprobleme. Das war im Marxismus auf eine fürchterliche Weise in den berüchtigten Moskauer Prozessen der Fall, wo Menschen unter dem Verdacht der Konterrevolution vor Richter gestellt wurden, die sich der gleichen Sprache bedienten, und die sie kraft dieser gleichen Sprache, und kraft der Macht der Sprachregelungen, die darin enthalten waren, unterwarfen. Jede Sprachregelung ist auch auf Gewalt gegründet.

Wir können uns nur dann verständigen, wenn wir uns daran gewöhnen, die Begriffe der jeweils anderen Seite - und es gibt viele andere Seiten - in deren Kontext zu verstehen und sie dann erst zu übersetzen. Auch innerhalb der gleichen Sprache gibt es Übersetzungsprobleme und nicht die Forderung, Begriffe tatsächlich gleich anzuwenden.

Durchsetzungsfähige Parolen verselbständigen sich, im Sinne der Bildung von Parteien, durch Zustimmung und Affirmation. Es geht bei der politischen Sprache immer darum, diejenigen Begriffe für sich zu erobern, die - emotional tabuisiert - von der Mehrheit befürwortet oder befürwortet werden sollen; beispielsweise um das richtigere Bild von Deutschland. Diese Begriffe muß man mit seinem politischen Wortschatz einholen, einer anderen Partei abkämpfen oder sie demolieren. Das ließe sich etwa am Kampf um die Ostverträge besonders gut zeigen: Gesamtdeutschland contra Bundesrepublik.

Es gibt Sprachregelungen, gegen die man nicht verstoßen darf, wenn man politisch eine einheitliche Sprache herstellen will. Das gilt bis hin zu den Gruppensprachen. Es gibt Familiensprachen, die in sich Vertrauen bilden. Schon wir haben hier eine Gruppensprache aufgebaut, wenn ich etwa an den Begriff "Hüter" denke. Das ist ein soziales Phänomen. Daran orientiert sich die politische Sprache, die im demokratischen System mit Mehrheiten etwas durchsetzen will, welche sich auf eine Sprachregelung in der Politik einspielen. Da gibt es dann Grenzkämpfe zu anderen Parteien.

Wir müssen uns daran gewöhnen, daß wir bei politischen Sprachen Organisationsfelder mit gewissen Öffnungen haben, wo Kontaktmöglichkeiten bestehen. Der Kampf zwischen den politischen Parteien geht im neutralen Feld mit noch nicht besetzten politischen Begriffen vor sich. Wenn wir in einer pluralistischen Gesellschaft mit einem politischen Gegner sprechen, dann gehört zur Verständigung nicht die gemeinsame Sprache, sondern wir müssen begreifen, daß die Wörter, die politisch geladen sind, also Wertentscheidungen enthalten, in seinem System etwas anderes bedeuten als in unserem. Nur mit einer solchen Übersetzungsfähigkeit ist Verständigung herzustellen.

### **Blank**

Herr Mahrenholz stellte vorhin die Frage, ob es zwischen den verschiedenen politischen Kräften so etwas wie eine Verständigung über bestimmte Begriffe beziehungsweise eine Art sprachliche Rüstungsbegrenzung geben könne. Sie sagten, in der laufenden Rechtsprechung fände ohnehin eine Fortentwicklung der Verfassung statt. Warum könne es nicht auch eine gewisse Annäherung oder Abgrenzung geben, um Auswüchse zu verhindern?

Das mag für die innenpolitische Diskussion, für Wahlkämpfe und ähnliche Dinge wichtig sein, tatsächlich zeigen aber die Erfahrungen auch unserer jüngsten Vergangenheit, daß die Abstimmung, die Vereinbarung oder die Einigkeit über die Auslegung beziehungsweise Verwendung bestimmter Begriffe einen Zustand der Sterilität herbeiführt. Das war in den sechziger Jahren eines der entscheidenden Motive für das Aufkommen der außerparlamentarischen Bewegung, der Neuen Linken und so weiter.

### **Mahrenholz**

Ich habe unabhängig von dem Begriff gemeint, daß die Sprache als System gegenseitiger Anerkennung zwischen den großen Parteien heute zu einem System gegenseitiger Nicht-Anerkennung in einer schleichenden Verhetzung umfunktioniert wird.

### **Blank**

Die Alternative ist die Gemeinsamkeit - die Anpassungs- oder die Umarmungspolitik. Zu jedem politischen Entscheidungsprozeß gehört die vorherige Überprüfung der in diesem Prozeß und in den Diskussionen verwendeten Begriffe. Das ist übrigens nicht nur ein Phänomen der Demokratie; das gibt es im Zentralkomitee oder im Politbüro der KPdSU genauso wie im Bonner Kabinett. Das ist einfach eine Abwehrmaßnahme gegen sprachliche oder begriffliche Psychosen, die sich unter Politikern leicht ausbreiten können, vor allem dann, wenn solche Begriffe nicht mit Inhalt erfüllt werden, weil sie nicht der Realität entsprechen.

Ein Beispiel, das viel bedenklicher ist, als die Formel von der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, ist die nach 1957 aufkommende Diskussion über das sogenannte atomare Mitspracherecht innerhalb der NATO. Sie wurde damals ausgelöst durch die Forderung der Franzosen nach der Gründung eines atomaren Dreierdirektoriums. Daraus entwickelte sich die Forderung der CDU nach atomarer Bewaffnung der Bundeswehr. Das wurde dann von den Sozialdemokraten aus innenpolitischen Gründen übernommen; es gab den Atomwaffenbeschluß. In einer nächsten Stufe

tauchte in der politischen Diskussion in der Bundesrepublik plötzlich eine Geisterflotte auf, die sogenannte MLF. Darüber wurden jahrelang Leitartikel geschrieben.

Als sich damals der Hamburger Bürgermeister Brauer gegen diese Flotte aussprach, stand die gesamte sozialdemokratische Führung auf: das sei ein Verstoß gegen die Prinzipien der Landesverteidigung, der Solidarität innerhalb des Atlantischen Bündnisses. Das ist ein klassisches Beispiel für Psychosen, die entstehen, wenn man Begriffe nicht kontrolliert.

### **Altmann**

Bildungsreform ist auch so ein Begriff.

### **Blank**

Die unkritische Übernahme bestimmter politischer Begriffe kann dazu führen, daß politische Gegenbewegungen aufbrechen. Deshalb kann man davor nur eindringlich warnen. Die Überprüfungsfunktion können Fernsehen, Hörfunk oder Presse nicht übernehmen, und zwar aus Mangel an Information. Denn auch sie leben von Begriffen, die von den Politikern in Umlauf gebracht werden. Welcher Journalist hätte zu Beginn der sechziger Jahre beweisen können, daß die MLF eine fixe Idee war? Keiner. Hier handelt es sich um ein Bündel von Materialien, die zu den höchsten Geheimnissen der NATO gehörten.

### **Mitscherlich**

Diese Psychosen oder Realitätsverkennungen kehren periodisch immer wieder. Denken Sie an 1914, als alles, was gut und teuer war in Deutschland - ob rechts, ob links;-, in den phantastischsten Haßorgien gegenüber den Franzosen - et vice versa - schwelgte. Das spielt in der Politik eine bedeutende Rolle.

Deshalb sagte ich vorhin: Gelegentlich tritt die Sprache an die Stelle des Handelns. Man sagt zum anderen: "Dich könnte ich umbringen" - aber man bringt ihn nicht um. Dann gibt es aber Momente des Umschlags, in denen gehandelt und nicht mehr gesprochen wird. Das ist der Fall, wenn Gewalt angewendet wird.

### **Maier**

Wird Politik nur mit Sprache gemacht? Diese Frage wird man zunächst verneinen müssen. Es gibt vor aller Sprache auch affekthafte Gesten, es gibt plastische Demonstrationen von Macht - seien es heutige Demonstrationen oder Flottenaufmärsche traditioneller Art. Es gibt die Vergegenwärtigung politischer Macht noch vor der Sprache, also sprachlose Machtdemonstration.

Wenn man diesen Extremfall der sprachlosen Demonstration von Macht einmal unberücksichtigt läßt, dann gelangt man zu einem politischen Sprechen, das trotz gleichbleibender Semantik je nach der Machtposition des Sprechenden unterschiedliche Wirkungen hat. Es kommt auf die persönliche Stellung des einzelnen an, was Worte, die völlig gleich sein können, bedeuten. Wenn etwa Herr Krings als Vorsitzender des Bildungsrates sagt: "Berufsbildung ist wichtig", wenn dasselbe ein Berufsschullehrer, ein Berufsschüler, der Kultusminister in einer Kabinettsrunde, der Finanzminister oder der Ministerpräsident sagen - jedesmal handelt es sich um die gleiche Feststellung, aber mit einer jeweils unterschiedlichen politischen Wertigkeit. Vom reinen Diskutieren und Konstatieren bis hin zum politischen Faktum kann die Wertskala reichen.

Die Mittelzone scheint mir das Charakteristische an der politischen Sprache zu sein. Man kann sie zwar im nachhinein gewissermaßen auf Seminarstil reduzieren - wenn man die Protokolle liest, sehen alle Sätze gleich aus;- , aber je nach der Person des Sprechenden, seiner Stellung im Machtgeflecht einer politischen Ordnung, haben die Dinge einen ganz unterschiedlichen Wert.

Die Tendenz der Demokratie scheint nun dahin zu gehen, den Dialog der Gleichen wieder herzustellen, so zu tun, als ob gleiche Sätze, von unterschiedlichen Personen gesprochen, gleiches bedeuten. Darin liegt auch das Wahrheitsmoment in Begriffen, die ich persönlich für idealistisch überzogen halte, wie zum Beispiel "herrschaftsfreie" Diskussion. Das ist jedenfalls eine Tendenz der Demokratie. Dennoch liegen die meisten sprachlich politischen Auseinandersetzungen in der Mittelzone, wo sich der noch sprachlose Machtgestus mit dem semasiologisch gleichen, aber nach Machtlage des Sprechenden unterschiedlichen Befund des Ausgesagten verbindet. Das zu beschreiben ist außerordentlich schwierig und bedürfte eingehender empirischer Untersuchungen.

Ich würde aber die beiden Extreme ausschließen, einmal, daß man alles, was in einem politischen Zusammenhang gesagt wird, auf herrschaftsfreie Diskussion nivellieren kann, zum anderen, daß der reine sprachlose Gestus schon Sprache ist.

### **Schroers**

Erstens handelt es sich bei der Sprache auch innerhalb des Organismus, in dem sie geäußert wird, unter Umständen um Machtkämpfe. Zweitens stellt sie sich kontrovers dar im Hinblick auf den, der nicht dazugehört; das heißt, sie orientiert sich immer auch am Gegner. Es ist zugleich eine In-group-Sprache mit Machtkämpfen und eine Out-group-Sprache; denn die Machtkämpfe realisieren sich am Erfolg um den Gegner.

### **von Hentig**

Herr Maier sagt, es können alle das gleiche sagen, und doch hat es ein ganz unterschiedliches Gewicht. Dies ärgert, seit Menschen miteinander reden. Das ist einer der Gründe, weshalb sie die Wissenschaft erfunden haben. Für andere Bereiche, in denen es nicht so umständlich zugehen kann und in denen man zu Entscheidungen kommen muß, haben sie die parlamentarische Prozedur erfunden.

Auch Spannungen können produktiv, kreativ machen. Schimpfe kann etwas Interessantes auslösen und sogar sehr gesprächsfördernd sein, ebenso wie Entspannung. Es handelt sich also um eine sehr komplexe Angelegenheit. Es ist sicher langweilig, wenn Wissenschaftler so etwas sagen, wo die Politik nicht vom Fleck kommt; aber ich glaube, da muß man Geduld haben.

Herr Hennis hat gesagt, daß die politische Sprache letztlich darauf abziele, wie am Ende abgestimmt wird. Das heißt, es geht gar nicht um die Zustimmung, sondern um Stimmengewinn. Das ist zwar eine richtige Beschreibung, aber wenn man dabei stehenbleibt, bedeutet das die Kapitulation vor den Verhältnissen, die uns so zu schaffen machen. Die Demokratie dagegen will ein Maximum an Lernvorgängen, an Überzeugungsprozessen sichern. Bevor es zur Mehrheitsabstimmung kommt, soll jedes Argument, auch das schwächste, auch das des Geheimmtesten, auch das des Explosivsten, einigermaßen verständlich geworden sein. Es soll seine Chance gehabt haben, die anderen zu erreichen. Die demokratischen Einrichtungen schulden uns dies und nicht immer nur den Mehrheitsbeschluß. Je komplizierter die Dinge werden, um so mehr Geduld wird man dafür aufbringen, um so größer aber werden auch die Sicherungen sein müssen, die man dafür braucht.

Herr Höllerer fragte, ob das Gespräch nicht eine regulierende Funktion übernehmen könne, ob die Normengerechtigkeit, also das, was wir gemeinsam einmal beschlossen haben, sich im Gespräch herstellen läßt. Wir können aber Gespräche nicht mehr führen, denn in unseren Gesprächen - jedenfalls den öffentlichen - geht es immer mehr um Show, Terror, Verschleierung oder um ein Hackordnungsritual.

Mich interessiert an dieser Sprache der YXZ-Sätze die Funktion der Sprache in der Politik. Wie gelingt Verständigung, wie wird sie verfehlt, oder was verhindert sie? Es ließe sich zeigen, daß viele Leute die Sprache nicht so gebrauchen können wie wir. Wir müßten sie dazu in die Lage versetzen. Oft gelingt die Verständigung nicht, weil man sie gar nicht will, weil man "affektiv blockiert" ist; man will jetzt erst einmal recht haben, man will explodieren. Verständigung kann auch unmöglich sein, weil die Begriffe die Sachverhalte nicht mehr treffen, oder weil die Begriffe allein nicht genügen. Man denkt, man habe mit dem Begriff etwas kommuniziert, dabei gehört der ganze Kontext dazu. Und schließlich können die Sachverhalte selbst unverständlich geworden sein.

### **Rohrmoser**

Herr Mitscherlich hat die Sprache der Affektivität erwähnt, die er darauf zurückführte, wie die Realität dieser Gesellschaft erfahren wird. Sie kann zum Beispiel als eine Gesellschaft erfahren werden, die das Potential ihrer Veränderung schon erschöpft hat. Das ist der Standpunkt einer konservativen Theorie. Sie zieht nur noch die Konsequenzen aus geschichtlich zurückliegenden Prämissen und aus der Erfahrung des katastrophenhaften Prozesses, in dem diese Gesellschaft steht.

Trägt die Zurückführung der Probleme auf den Generationenkonflikt und ihre psychoanalytische Auslegung zur Entschärfung der Polarisierung bei? Die Divergenz zwischen der sich selbst reproduzierenden und verwaltenden Gesellschaft und ihrer Sprache wird durch diese Interpretation nicht berührt. Die Funktionssprache, in der die Verwalter der bestehenden Gesellschaft sprechen, hat die Schicht der Affektivität nicht erreicht; sie hat keine politisch wirksame Zustimmung gefunden, und

sie hat auch nicht die Erwartungen auf Integration erfüllt, die an sprachliches Handeln in der Politik geknüpft sind.

Diese Tatsache ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß beim Aufbau der Gesellschaft in der Bundesrepublik nach 1945 ein Vakuum entstanden ist, und zwar aufgrund eines bestimmten Modells von Realität, an dem man sich orientierte. Man glaubte, die Realität aufteilen zu können. Auf der einen Seite wurde die Gesellschaft nach den Kategorien der technologischen Effizienz organisiert; auf der anderen Seite wurde das, was mit diesen technologischen Effizienzkategorien nicht faßbar war, in die Irrationalität und in die private Subjektivität abgedrängt. Diese Aufteilung der Realität in eine technologisch reproduzierbare und eine irrationale führte zu einer Scheinreproduktion der bürgerlichen Gesellschaft. Es war von Anfang an genauso realitätsentfremdet, wie das Totalitätsdenken einer Theorie-Praxis-Einheit in der Sprache der emanzipatorischen Bewegung.

Die aus den Erfahrungen mit dem Faschismus gezogene Konsequenz einer Erneuerung des formalen Demokratieverständnisses ist heute in eine Krise geraten. Die Beschränkung auf die Organisation, auf die Entfesselung der Produktivkräfte näherte die Gesellschaft einem Marxismus, den man um seine spezifischen Hoffnungs- und Verheißungsinhalte reduziert hatte.

Ein Grund für die Erstarrung der Sprache ist also auch darin zu sehen, daß sie nicht auf Wirklichkeit bezogen, sondern unter dem Gesichtspunkt der Manipulierbarkeit der Realität nur noch funktional bestimmt war.

Das Vakuum, von dem ich sprach, ist somit konstitutionell für die Realität der nachbürgerlichen Gesellschaft in der Bundesrepublik nach 1945. Es war die Voraussetzung für den Erfolg einer neuen Sprachregelung mit nunmehr politischen Konsequenzen. Die Mobilisierung des aus dem Marxismus stammenden Sprachmaterials erfolgte, weil der Marxismus die einzige Theorie ist, die den Anspruch erhebt, von der gesellschaftlichen Realität in einer angemessenen Weise zu sprechen, in der also die katastrophale Entwicklung dieser Gesellschaft theoretisch artikulierbar und überwindbar erscheint und der es gleichzeitig gelingt, den einzelnen bis in seine physische Affektivität hinein zu mobilisieren.

Die marxistische Sprache kann auch nur ein Ersatz sein für ein noch nicht erkanntes und begriffenes Problem. Weil es keine alternative, konkurrierende Theorie zum Marxismus gab, die mit dem gleichen Anspruch wie die marxistische Theorie auftreten konnte, hat er sich mit den politischen Konsequenzen durchgesetzt, von denen wir hier sprechen.

Wenn die Prämisse und auch die Konklusionen der Habermasschen Theorie stimmen, daß gesellschaftliche Realität unbegrenzt in sprachliche Realität konvertierbar ist, dann muß die Sprache der Bomben wie Herr Litten sagte - als ein sprachliches Handeln interpretiert werden. Wenn bei der Meinhof steht, die Bomben sollen in das Bewußtsein der Massen einschlagen, dann bedeutet das, daß die Bombe im Sinne des politischen Handelns ein Signal ist. Sie ist dann ein rational motiviertes und verstehbares Handeln.

### **Becker**

Sie sprechen von der Rezeption eines verkürzten Marxismus, Herr Rohrmoser. Ging dem nicht die Wiederaufnahme eines verkürzten Christentums voran? Liegt der Grund für diese Sprache nicht darin, daß wir nach 1945 ruckhaft den Nationalsozialismus, den neunzig Prozent unseres Volkes gerade verlassen hatten, durch eine genauso illegitime Rezeption des Christentums ersetzen?

### **Altmann**

Das bestreite ich. Die Rezeption, von der Sie reden, war eine reine Manipulation, die sprachlich nie relevant gewesen ist. Die Literatur dieser Zeit, ab Mitte der fünfziger Jahre, hat diese Tendenz nicht mitgemacht. Wir hatten Ende der fünfziger Jahre eine deutsche Literatur von Weltrang und gleichzeitig eine verarmte politische Sprache.

Was den Marxismus attraktiv gemacht hat, Herr Rohrmoser, ist, daß hier eine Sprache auftritt, die eine Chance der Manipulation der Gesellschaft verheißt und die der heutigen Sprache der Politik noch überlegen ist.

### **Litten**

Herr Rohrmoser sagt, es gibt in der Rationalität dieser Sprache eine Art Unausweichlichkeit, gegen die man nicht mehr argumentieren kann. Es gibt keine Alternativen mehr in dieser Sprache. Auch mit rationalen Argumenten kann man direkt bei der Bombe landen. Hier wird etwas rational zu Ende



gedacht, was nach unserem Verständnis nicht mehr rational sein darf. Die Bombe ist in diesem Sinne durchaus rational.

Das Gefährliche ist, daß Realität von einer bestimmten Gruppe in einer Sprache begriffen wird, die keine Alternativen und damit auch keine Diskussionen mehr gestattet. Da ist die Repression an dem Punkt angelangt, wo keine Meinung, die nicht in dieses Muster paßt, zugelassen wird.

Wenn das wirklich ein generatives Problem ist und nicht nur die Generation der jetzt 20-, 25jährigen betrifft, die heute an der Universität sind, sondern wenn dieses Denken von den nachfolgenden Generationen übernommen wird, dann brauchen wir nicht mehr zu diskutieren, sondern können nur noch die legalen Gewaltmonopole mobilisieren. Etwas anderes geht dann nicht mehr.

### **Mitscherlich**

Die Bombe ist ein typisches Beispiel für den Umschlag von Rationalität in Irrationalität, für den Umschlag von Sprache in Handlung. Ich halte es für einen Sprachtrick, wenn man die Bombe als Sprache bezeichnet, wenn man hier von Rationalität im Sinne einer Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln spricht.

### **Maier**

Dem stimme ich völlig zu, Herr Mitscherlich. Es kann allenfalls in einem metaphorischen Sinne von einer Fortsetzung der Sprache in zerstörerischen Formen des Politischen gesprochen werden.

### **Rohrmoser**

Wenn das politische Konzept von Habermas richtig ist, daß politisches Handeln mit sprachlichem Handeln identisch ist, wenn also gesellschaftliche und politische Realität mit sprachlicher Realität konvertierbar sind, dann ist auch das Werfen von Bomben als Vollzug politischen sprachlichen Handelns zu verstehen, das nicht irrational, sondern rational ist nicht im Sinne der Zweck-Mittel-Relation, sondern der Prämisse. Meine Frage gilt dem Begriff von Rationalität und seiner politischen Bedeutung, der Ihnen, Herr Mitscherlich, gestattet, dies als einen Ausbruch in die aktionistische Irrationalität zu interpretieren.

Herr Altmann hat gesagt, daß diese mit politischem Erfolg und Konsequenzen durchgesetzte neue Sprachregelung der jungen Generation oder der Linken heute in modifizierter Form auch von den Politikern des Establishment adaptiert worden ist. Offensichtlich passen sich die Sprachspiele den Prozessen, die im Gange sind, alternativlos an.

### **von Hentig**

Sprache ist nicht nur ein formales System, sondern auch so etwas wie eine lebensnotwendige Substanz, die widerspiegelt, was wir erfahren. Es ist wohl Ihre Absicht, Herr Rohrmoser, mit dem Bombenbeispiel zu sagen, daß es sich in der Politik bitter rächt, wenn man solche Tatbestände unterdrückt. Sie kommen heraus; zumindest die Sprache wird dann "bombig", nämlich brutal. Wenn die Welt brutal ist, dann wird die Sprache es auch, und darüber darf man sich so sonderlich nicht wundern. Die Sprache hat nicht nur eine Abbildungs-, sondern auch eine Ausdrucksfunktion. Die tiefe Erregung der Menschen äußert sich dann explosiv genau gegenüber den Phänomenen, die man nicht verarbeitet hat.

### **Blank**

Ich sehe einen Zynismus darin, Herr Rohrmoser, daß Sie die Bombenanschläge sozusagen als die logische Konsequenz dessen darstellen, was die Neue Linke insgesamt gewollt und getan hat. Aus dem gesellschaftlichen Versagen, beziehungsweise aus der Tatsache, daß die Gesellschaft etwas ratlos vor sich hin stottert, eine bestimmte Sprache nicht sprechen kann, konstruieren Sie den Zusammenhang, die Fortsetzung der Sprache seien Bombenanschläge.

### **Rohrmoser**

Daß die Bombenanschläge die logische Konsequenz dessen sind, was die Neue Linke insgesamt gewollt und getan hat, habe ich nicht gesagt.

### **Blank**

So habe ich es verstanden.

**Becker**

Es ist eine juristische Grundregel, daß Mitteilungen zu interpretieren sind, so wie der Anerkklärte sie verstanden hat. Wenn Herr Blank Sie in dieser Form mißverstanden hat, müssen Sie sich mit diesem Mißverständnis auseinandersetzen, Herr Rohmoser.

**Blank**

Genau das Gegenteil ist der Fall: Die Bombenanschläge sind überhaupt nicht typisch. Sie sind - das hat es in der Geschichte schon oft gegeben - das allerletzte Gefecht einer Gruppe von zu Salonanarchisten herabgesunkenen Bürgersöhnchen. Hier liegt eine politische Attacke von Leuten vor, die ihr klägliches analytisches Vermögen dadurch bewiesen haben, daß sie in keiner Phase die tatsächliche Lage der Arbeitnehmerschaft richtig zu durchschauen vermochten. Hier einen Zusammenhang zu konstruieren, dagegen empöre ich mich geradezu.

**Litten**

Das ist nun auch wieder eine Form der Verniedlichung, Herr Blank, vor der ich warnen möchte. Es ist dasselbe, wie wenn Ruhnau von Buddenbrook-Solidarität der Bürgersöhnchen spricht. Hier geht es nicht um Bürgersöhnchen, die zu Salonanarchisten herabgesunken sind, wie Sie sagen, sondern um ein bestimmtes sprachlich rational ausgewiesenes Feld, bei dem keine andere Denkmöglichkeit als Alternative mehr vorhanden ist.

Herr Rohmoser hat davon gesprochen, inwieweit man bestimmte Realitätswahrnehmungen und bestimmte Sprachfelder konvertieren kann. Er hat gesagt: Nur in diesem Falle ist es durchaus auch rational, zur Bombe zu greifen.

**Altmann**

Der Salonanarchist, Herr Blank, wirft keine Bomben, sondern spricht nur davon. Hier werden aber Bomben geworfen. Die Bezeichnung Bürgersöhnchen ist eine primitive Diskreditierung. Herr Rohmoser wollte sagen, daß die Gewalt eine der Konsequenzen dieser Argumentation ist: Herr Blank möchte dagegen die radikale Argumentation von der Konsequenz der Gewaltanwendung befreien. Das ist die Sprache, die die bürgerlichen Journalisten sprechen!

**Mitscherlich**

Ich bestreite, daß sich in den Bomben eine von einem Kollektiv getragene Aggression ausdrückt; es handelt sich hier um rein private Aktionen von Leuten, die mit dem Leben abgeschlossen haben. Der Anfang der Karriere von Frau Meinhof freilich war politisch. Als Journalistin hat sie die Sprache als aggressives Instrument benutzt.

**Becker**

Es gibt Menschen, die aus dem Zusammenbruch ihrer theoretischen Utopie in einen ausweglosen Zustand geraten. Sie werfen die Bombe, weil ihnen schlechterdings nichts anderes mehr einfällt.

**Litten**

Man kann bei der Frage ansetzen, ob wir das, was hier Konvertibilität genannt worden ist, nicht so lange zugelassen haben, bis endlich Leute auf die Idee gekommen sind, nicht mehr zu reden, sondern wirklich etwas zu tun. Dann geht es nicht nur um die Frage von Rationalität und Irrationalität, sondern darum, wie lange wir mit der Sprache so fahrlässig umgegangen sind, daß wir jetzt den Konsequenzen hilflos gegenüberstehen.

**Nevermann**

Die Bomben sind doch kein Ergebnis irgendeiner Übung von Sprache.

**Becker**

Herr Rohmoser wollte beweisen, daß die These, die er Habermas unterstellt, nämlich einer Identität von Sprache und Politik, falsch ist. Ich halte Ihre Habermas-Interpretation allerdings für höchst fragwürdig.

**Rohmoser**

Habermas hat solche Konsequenzen mit seiner Reduktion von Theorie der Gesellschaft in Sprachphilosophie natürlich nicht gemeint. Er fragt: "Wie ist eine zumutbare und verbindliche Sprachregelung vorzunehmen?" und antwortet mit der Etablierung einer Gegeninstitution des rational-praktischen Diskurses. Habermas hat ebenso deutlich gesagt, daß er dieser Gegeninstitution nur eine überleitende Funktion zuweist. Das heißt, die Frage der Durchsetzung der Normen - zum Beispiel der Regelung der politischen Macht, der Regelung des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum zur Befriedigung der materiellen und persönlichen Bedürfnisse - soll in der Weise beantwortet werden, daß man sie an die Praxis zurückgibt. Entsprechend den Annahmen des Historischen Materialismus handelt es sich für Habermas um die Strategie der Klassen und der Organisation der Klassenkämpfe.

Die Baader/Meinhof-Gruppe hat nun konkret gefragt: Welche Art von Praxis ist in der Bundesrepublik geeignet, die Klassenkämpfe zu organisieren? Sie hat festgestellt, daß sich das Proletariat, die lohnabhängigen Massen, weigern, sich in den Dienst des Klassenkampfes zu stellen. Welche Praxis ist dann geeignet, die lohnabhängigen Massen davon zu überzeugen, daß dieses System unerträglich ist und daß eine andere politische Praxis etabliert werden muß? Dies ist in der Tat ein rationales Vorgehen.

### **Nevermann**

Das ist keine Rationalität. Der Materialismus ist doch keine Dunkelkammer, Herr Rohrmoser, aus der heraus solche Konsequenzen folgen. Er ist ein rationales System, das man rational kritisieren kann und in dem es unterschiedliche Schattierungen gibt. Es ist geradezu absurd und zeigt ein totales Unverständnis dieser Theorie, wenn man behauptet, das Bombenlegen sei eine Konsequenz dieses theoretischen Ansatzes.

### **Lämmert**

Der optisch wie akustisch bemerkenswerte Nachdruck, Herr Rohrmoser, den Sie Ihren Bemerkungen über den Baader-Meinhof-Komplex gegeben haben, hat die These von Herrn Mitscherlich nur bestätigt, daß der Übergang zum Irrationalismus eine zwingende Annahme ist, wenn man von einer Analyse der gegenwärtigen Lage, auch im Zuge marxistischer Argumentation, geradewegs zum Bombenlegen übergeht. Ich meine, daß schon in den wechselseitigen Gesellschaftsanalysen über die mitteleuropäische Situation der siebziger Jahre so viel Ausfälle an Rationalität unterlaufen sind, daß man unmöglich Ihre These aufrechterhalten kann, es gehe ein gradliniger rationaler Weg von der radikalen Situationsanalyse und Argumentation zum Bombenlegen.

### **Rohrmoser**

Ich bin nicht der Meinung, diejenigen, die diese Konsequenz gezogen haben, hätten eine rationale Konsequenz aus marxistischen Theorien gezogen. Vielmehr befinden sich die Vertreter des bürgerlichen Rechtsstaates in dieser Frage mit den Stellungnahmen der marxistischen Klassiker zum Anarchismus in voller Übereinstimmung. Ich versuche nur, die Situation zu rekonstruieren, die zu den Bombenanschlägen geführt hat, und es genügt mir nicht, daß wir es als einen irrationalen Akt interpretieren.

### **Lämmert**

Man muß aber hinzufügen, Herr Rohrmoser, daß mit dieser Argumentation, wie Sie sie uns hier vorführen, keineswegs nur eine Analyse verbunden ist, sondern auch Drohpolitik gemacht wird. Die Linksradikalität, die an diesen Verbrechen festgestellt wird, wird jetzt einfach auf die Jusos, ja sogar auf die Sozialdemokratie übertragen, das heißt, es wird mit der Rede, der Bombenterror sei eine zwingende Erscheinung linker Politik, bereits ihrerseits aktive Politik gemacht. Das müssen Sie hinzufügen, Herr Rohrmoser, wenn Sie dies mit dem Anspruch einer rein rationalen Analyse vortragen.

### **Rohrmoser**

Ihre Unterstellung, es handle sich um Drohpolitik gegen Jusos und Sozialdemokratie, hat in dem, was ich gesagt habe, keinen Ansatzpunkt. Es ging - unabhängig von parteipolitischen oder ideologischen Optionen - um die Frage nach den Ursachen politischer Gewalt und ihrem Zusammenhang mit Sprache.

### **Mitscherlich**

Es muß bewiesen werden, daß die Aktionen von Meinhof und Baader - zwei übrigens sehr verschiedene Leute - tatsächlich durch die Verschlechterung der Verhältnisse in der Bundesrepublik bedingt sind. Es kann mir niemand beweisen, daß sich in der Bundesrepublik in den letzten Jahren - bei aller unserer Verzweiflung über das, was in diesem Lande vor sich geht - die Situation so verändert hat, wie in den Bananenrepubliken.

### **Mahrenholz**

Wenn das nämlich zuträfe, Herr Mitscherlich, müßte es mehrere Gruppen dieses Zuschnitts geben.

### **Mitscherlich**

Ich muß daran festhalten: Es handelt sich hier um ein Desperadophänomen, das mit der allgemeinen Verzweiflung zusammenhängt. Die Schwelle für den Umschlag von Sprache in Gewalt ist aber bei diesen Leuten so niedrig, daß das keine Gesellschaft ertragen kann.

Ist es aber Zufall, daß diese Desperados gerade jetzt auftauchen? Hat Herr Rohmoser in diesem Punkt nicht doch recht? Sind diese Leute nicht doch so etwas wie Repräsentanten - in einer wahnhaften Verzerrung - eines bestimmten Verzweiflungsgrades? Er ist zwar nicht realitätsadäquat, hat aber einen Kern von Realität, den man nicht einfach wegschieben kann.

Vielleicht bin ich ungerecht: Aber die Art und Weise, wie manche Leute die Ereignisse ausnutzen, um Genealogien für diese Desperados zu schaffen, ist infam. Die Bomben werden doch hochgespielt. Die Franzosen leben mit solchen Dingen, ohne daraus ein Politikum zu machen.

### **Altmann**

Die Schwierigkeit der polizeilichen Ermittlungen besteht darin, daß Schichten der Gesellschaft, die keineswegs verzweifelt sind, um diese Dinge wissen und die Verbrechen decken. Die These von der Verzweiflungstat wird von den Linken aufgestellt, die ein Alibi suchen, um die Sache abzuhängen. Herrn Rohmosers These ist geradezu geeignet, der Gruppe mildernde Umstände zuzubilligen.

### **Schroers**

Wollen Sie, daß Polizei und Moral in diesem Staate identisch sind, Herr Altmann?

### **Altmann**

Nein, ganz gewiß nicht.

### **Schroers**

Die Frage des Asylrechts, die Herr Böll aufgeworfen hat, bedeutet keine strafrechtliche Ausnahme, sondern er wollte damit sagen, daß man sich zu Dingen unterschiedlich verhalten kann.

### **Oevermann**

Inwieweit können Begriffe politische Veränderungen nach sich ziehen? Natürlich insoweit, als die Wörter, an denen solche Begriffe hängen, tatsächlich auch begriffen werden. Umgekehrt können Begriffe die politischen Verhältnisse auch dadurch verändern, als das, was daran nicht begriffen wird, von der Wahl der Sprache abhängig ist.

Ein Aspekt der linken Kritik liegt darin, daß im politischen System eine Rollenverkehrung stattfindet, was sich in vielen Hearings gezeigt hat. Das heißt, diejenigen, die die Politik verwalten, sind zu Technologen geworden, während diejenigen, die als Fachleute gehört werden, manchmal die politische Dimension im traditionellen Verständnis in die Diskussion hineinbringen. Das war ganz deutlich beim Hearing zur Notstandsgesetzgebung.

Das politische System hat eine Verkürzung auf crisis management erfahren. Es ist nicht mehr in der Lage, langfristige politische Zielsetzungen zur Grundlage politischer Entscheidungen oder der öffentlichen Meinungsbildung zu machen. Vielmehr handelt es nur noch im Sinne der Systemstabilisierung; es besorgt sozusagen den Kitt am Legitimationssystem.

Das hängt mit der Unterscheidung von Funktions- und Meinungssprache zusammen. Meinungssprache ist, negativ gesehen, die manipulative Sprache. Positiv betrachtet, ist sie das zentrale Moment des Legitimationssystems und insofern die Ebene, auf der langfristige politische Zielsetzungen wieder thematisiert werden können. Es geht nun eine Verkürzung der offiziellen

politischen Sprache auf die Funktionssprache hin vor sich, die auch die Funktion der Meinungssprache mitübernimmt. Dem steht einerseits die metatheoretische Sprache, vor allem der Sozialwissenschaften, und andererseits die Alltagssprache gegenüber.

Das eigentliche Problem sehe ich darin, daß in der Alltagssprache sehr indirekt, aber doch indikativ die Kategorien des "guten Lebens" vorhanden sind. Diese haben bisher noch keinen Eingang in die offizielle politische Sprache gefunden. Sie finden sich aber neuerdings, wenn auch mühsam, in der internen sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung wieder. An diesem Punkt treffe ich mich vom Ansatz her mit Herrn Maier und auch mit Herrn Hennis bis zu einem gewissen Grade, weil ich bei ihnen noch das Bemühen sehe, den Nachweis von Kategorien des guten Lebens auf der metatheoretischen Ebene zu führen.

Nun enthält diese verkürzte officialpolitische Sprache, darauf hat Herr Blank bereits hingewiesen, eine Art sportive, matchmäßige Logik. Es gibt, soziologisch gesehen, eine frappierende Parallele zwischen dem Professionalisierungsprozeß bei Sportlern, die sich sozusagen exemplarisch mit dieser Leistungsgesellschaft identifizieren und identifiziert werden, und dem bei Abgeordneten, bei denen sich die Auseinandersetzung auf das sportive tagespolitische Überleben verkürzt. Diese Verkürzung hat die Abdichtung gegenüber Kategorien des guten Lebens zur Folge.

Wir müssen jetzt prüfen, welche issues bei konkreten Auseinandersetzungen, etwa bei "Häuserbesetzungen" in Frankfurt, tatsächlich abrufbar sind. Da machen Leute plötzlich die Erfahrung, daß bestimmte Wünsche, die sie bisher als nicht politisierbar empfunden haben, auf einmal politisch artikulierbar sind, und daß man sie zu einer Frage der Gesetzgebung machen kann. Diese Erfahrung zu vermitteln, ist von oben nicht gelungen, aber von unten gelingt es plötzlich. Erstaunlicherweise ist so etwas zunächst relativ unabhängig von der ideologischen Herkunft des einzelnen. Die Schwierigkeit besteht meist darin, objektiv vorhandene politische Interessen in eine politisch relevante Sprache zu übersetzen. Das ist nicht nur ein Problem der Wissenschaften, die als Rezeptlieferanten vom Praktiker immer gern "gemolken" werden, sondern es ist auch ein Problem des Journalismus. Denn Journalisten müssen die Funktion der Übersetzung, sowohl von oben nach unten, als auch von unten nach oben, übernehmen.

Von daher sehe ich Begriffe, die Sie kritisch beleuchtet haben, Herr Maier, in ihrer Funktion anders; denn Sie können Gefäße für die eben geschilderten sozialen Erfahrungen werden. Das haben Sie als Rückschritt von Kant zu Rousseau interpretiert, man kann es aber auch als eine historisch dialektische Bewegung deuten. Wenn also jetzt breitere Gruppen die Rousseauschen Begriffsinhalte übernehmen und damit einen neuen Kontext für politisches Handeln in erstarrten Strukturen schaffen, dann ist das kein Rückschritt, sondern ein Fortschritt.

### **Mahrenholz**

An dem Beispiel "Hausbesetzung" wird das Thema Sprache und Politik anschaulich. Wenn man in diesem Zusammenhang etwa den Begriff "Eigentum" betrachtet, sieht man ihn in der politischen Diskussion "oben" gewissermaßen plattgewalzt; er muß von der Theorie zurückgeholt und neu aufgearbeitet werden. Davon wird der Politiker erst dann Kenntnis nehmen, wenn eine neue Praxis die Theorie bestätigt, wenn etwa die Hausbesetzung von der Bevölkerung als politisch sinnvoll verstanden wird. Der Politiker, der eben noch, auch zum Wohle einer Sozialdemokratischen Partei, strikt dagegen war, wird nun diffizil den Begriff Eigentum verwenden. Darum halte ich in dem Punkt die Doppelstrategie der Jungsozialisten für völlig legitim, da sie diesen Lernprozeß fördern. Das gehört auch zu der Aufgabe des Journalisten.

Die Ausgangsfrage von Herrn Körber lautete: Wie weit hat bereits ein Prozeß der Diffamierung eingesetzt, der auf die begrifflichen Inhalte überhaupt nicht mehr rekurriert, sondern lediglich Anknüpfungspunkte sucht, um im Affektbereich des Empfängers bestimmte Assoziationen auszulösen? Die Frage ist, wie weit die politische Diskussion diesen effektiven Bereich zurückdämmen und domestizieren kann, so wie wir es im täglichen Leben auch tun müssen.

### **Maier**

Herr Krings hat vorhin richtig bemerkt, ich habe im Referat versucht, Begriffswörter zu analysieren, die zu politischen Parolen geworden sind. Es ging gerade um den Zusammenhang dieser zunächst in kleinen Gruppen entwickelten Sprache mit dem allgemeinen Sprachduktus unserer politischen Begriffe von Demokratie, Verfassungsordnung und so weiter. Dabei wollte ich auch auf die sozialen Implikationen dieser Begriffe - die ich allerdings mehr geschichtlich als aus der konkreten Sozialität entwickelt habe - hinweisen. Es ging mir ebenso um die rechtliche Innenseite wie um die soziale Außenseite von Begriffen wie Freiraum, Betroffensein und so weiter.

Ich will noch hinzufügen, daß in dieser Sprache auch eine extreme Personalisierungstendenz liegt: die Herrschenden, die Beherrschten. Das steht in einem merkwürdigen Widerspruch zu dem ungemein prozeßhaft Abstrakten, das manche dieser Begriffe an sich haben. Hier hätte man noch vieles ergänzen können.

Ich habe dieses Wortmaterial zu interpretieren versucht, indem ich sagte, es weise geschichtlich gesehen nach rückwärts, es stelle eine Regression dar. Dazu bemerkte Herr Oevermann vorhin, die Geschichte entwickle sich dialektisch - wie man heute sagt;- und man könne einen geistesgeschichtlichen Tatbestand nicht einfach als ein Zurück im Sozialprozeß interpretieren. Dem würde ich die These von der Unumkehrbarkeit geschichtlicher Entwicklungen entgegenstellen. Es kam mir darauf an zu zeigen, daß Freiheit, so wie sie sich etwa im Institut der Grundrechte realisiert, in der modernen Gesellschaft ihre Räumlichkeit und ihre Zeitlichkeit teilweise einbüßt zugunsten einer institutionellen Verflechtung mit dem Ganzen der politischen Ordnung. Der Versuch, sie zu verräumen und zu verzeitlichen, wirkt notwendig systemsprengend, was ich am Begriff des "Freiraums" darlegen wollte.

Es ging mir nicht um bloße Analyse, sondern um die Sozialhaltigkeit von Begriffen, die auch dadurch bestätigt wird, daß gerade die von mir ausgewählten Wörter in den letzten Jahren massiv auf den traditionellen Kern des Verständnisses von Verfassung aufgeprallt sind. Insofern sind sie nicht in einer sektenhaften Abgeschlossenheit der Sprache kleiner Gruppen geblieben.

Ich bin weiter davon ausgegangen, daß es Wortbewegungen und Wortentwicklungen gibt. Die Adenauerschen Worthülsen auf der einen Seite und gewisse linke Worthülsen, etwa die von Marcuse, auf der anderen Seite sind für mich Sprachmoden. Das ist die eine Ebene. Darunter liegt die Verfassungsordnung als eine in Formkonstanten, in Verfahren, in ritualisierten Verständigungswegen festgesetzten Ordnung, über die die verschiedenen Sprachentwicklungen hinweggehen. Die Schwierigkeit der Verständigung lag darin, daß einige von Ihnen die Verfassung selbst mit Adenauerschen Worthülsen gleichzusetzen schienen.

Es ist bezeichnend für den Gang der Diskussion und auch für das Vorverständnis bei manchen Opponenten, daß heute - ich sage es einmal polemisch überspitzt - Rechtsstaat gleich rechts ist. Gewisse Ordnungskomponenten, die für mich zunächst jenseits der Parteien, jenseits der politischen Richtungen gültig sind, die werden zugeordnet: "Du bist bei der CDU, du hast gewissermaßen den Rechtsstaat im Rucksack. Wir arbeiten mit anderen Rollenerwartungen, wir opponieren gegen das System." Diese psychologische Rollenverteilung hat zu den Schwierigkeiten in der Verständigung beigetragen.

Um meine Position noch einmal zu verdeutlichen: Alle diese Sprachen, soweit sie politische Sprachen sind, haben einen Bezug zur politischen Realität, die sie deuten, umschreiben, fortentwickeln wollen. Meine Frage war, ob die Begriffe, die ich ausgewählt habe, das leisten und in welcher Weise. Wie entwickeln sie die Formkonstanz unserer politischen Institutionen weiter? Ich habe also nicht nach dem Hüten der Sprache gefragt, sondern es ging mir um die Formkonstanz der Institution.

Und da war nun meine These, daß jener Versuch zur Gemeinsamkeit, den man Staat oder politisches Gemeinwesen nennt, einen pfleglichen Umgang (auch sprachlicher Art) mit dieser Realität voraussetzt. Wie das geprüft und kontrolliert wird, ob die Übereinstimmung gegeben oder nicht mehr gegeben ist, ob die neuen Worte die Sache sprengen oder sie experimentierend fortentwickeln, sie also in diesem Sinne bewahren, dafür steht in Demokratien freilich keine wissenschaftliche Verifikation zu Gebot - glücklicherweise, möchte ich hinzufügen. Das sind letztlich Fragen der Bewahrung eines politischen Konsenses, was auch in Begriffen der Machtsprache ausgedrückt werden kann, aber nicht unbedingt muß. Ich erinnere noch einmal an meine verschiedenen Stufungen: sprachlose Macht, Macht und Sprache im Gemengeverhältnis, semasiologische Gleichheit bei unterschiedlicher Wertigkeit des Sprechenden und dann die demokratische Idealvorstellung des Sprechens aller in gleichen Begriffen aus gleichen Positionen.

Wenn ich denke, wieviele sprachlose Gespräche es gibt, wo im Grunde Sprache nur Verkleidung von Machtansprüchen ist, auch gerade im politischen Leben, dann finde ich, daß dieses Gespräch seinen Sinn hatte - bei allem Affettuoso, das zur politischen Sprache nun einmal dazugehört. "Blut, Schweiß und Tränen" (Churchill), das ist ja nicht etwa nur eine buchhalterische Prognose für harte Jahre, sondern zugleich ein Aufruf zum Widerstand. "Kühnheit, Kühnheit, Kühnheit" (Danton), das ist nicht nur die nackte Feststellung, was in einer politischen Situation notwendig wäre, sondern ein rhetorischer Gestus, der auf diese Situation in der Person des Sprechenden selbst antwortet. Alle politische Sprache hat Aufforderungscharakter; sie analysiert und beschreibt nicht nur. Insofern würde ich auch die verschiedenen Gefühlsausbrüche hier als Anzeichen dafür nehmen, daß wir politisch miteinander geredet haben.

## Becker

An welcher Universität, die angeblich durch die Einheit der Wissenschaft miteinander verbunden ist, sprechen heute führende Vertreter des Bundes "Freiheit der Wissenschaft" mit führenden Vertretern der anderen Seite überhaupt noch anders als in Form von Kriegserklärungen oder von Reden innerhalb des Senats? Das ist der Zustand des Auseinanderbrechens der Universität. Ich halte es für wichtig, daß man versucht, jenseits dieser Fronten miteinander zu reden. Daß das nicht immer so glücklich laufen würde, habe ich mir durchaus vorgestellt. Gefährlich wird es aber erst, wenn wir uns nicht mehr streiten.

Mich hat überrascht, daß die Frage der Stellung der Wissenschaft zur Sprache nicht stärker thematisiert worden ist. Denn eines der Probleme besteht doch darin, daß die wissenschaftliche Sprache überall in das Verhältnis von Sprache und Politik eingedrungen ist. Denn Politik ist ohne Wissenschaft nicht mehr möglich. Damit gerät sowohl die Rationalität in die Sprache als auch der antirationale Affekt, der hier ja gelegentlich deutlich geworden ist. Die Frage ist, wie halten wir alle eine wissenschaftliche Sprache aus, die die Affekte verdrängt. Dieses Problem, das unmittelbar mit Politik zusammenhängt, versuchen wir normalerweise durch eine Art doppelter Buchführung zwischen allen möglichen politischen Aktivitäten und einer wissenschaftlichen Fachsprache zu lösen.

Ich denke, daß das Gespräch als Ganzes zu dem Thema Politik und Sprache vielleicht mehr einen phänomenologischen als einen aufklärenden Beitrag enthält. Aber die Tatsache, daß ein solcher phänomenologischer Beitrag möglich war, ist interessant, vor allem wegen der merkwürdigen Brückenschläge.

Diese Brückenschläge - etwa zwischen Herrn Mitscherlich und Herrn Maier - sind natürlich nicht etwa ein Zeichen von Harmonie, sondern dafür, daß die Fronten, in denen wir normalerweise stehen, offenbar nicht ganz die richtigen sind. Es gibt dahinter Probleme, die wir auseinanderdiskutieren müssen, und die Ausweitung des rationalen Diskurses ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben.

Meine Folgerung aus dieser Diskussion ist, daß in Wahrheit die Ausgliederung aus dem rationalen Diskurs eine der Tragödien der Baader/Meinhof-Gruppe ist. Deshalb bleibt gar nichts anderes übrig, als diesen rationalen Diskurs überall so zu beleben, daß Sprache und Politik in die Relation zueinander kommen, in die sie in einer verwissenschaftlichten Welt gehören. Das ist für uns, die wir alle in unserem Denken und in unseren Affektformen noch von einer anderen Welt bestimmt sind, ungeheuer schwierig.

Vielleicht hätten Sie, Herr Körber, gewollt, daß die Gemeinsamkeit deutlicher herausgestellt worden wäre. Aber verfrühte Gemeinsamkeiten sind im allgemeinen Verdrängungen von realen Problemen; deshalb soll man sie nicht suchen. - Das, was an fast diskretem Brückenschlag im Gespräch entstanden ist, scheint mir wichtiger zu sein. Vielleicht ist es ein Prinzip, nach dem man solche Gespräche fortsetzen sollte.

## Körber

Mit meinem Dank für alle Diskussionsbeiträge stelle ich mir die Frage, was hat nun unser Gespräch ergeben? Für mich persönlich möchte ich folgendes Resümee ziehen:

Wir müssen davon ausgehen, daß eine ganze Reihe wichtiger Begriffe, wie zum Beispiel Staat, Nation, Ideal, Treue, in der Bundesrepublik inhaltlich in Frage gestellt und ganz unterschiedlich verstanden werden und somit viele Vorstellungen und Erlebnisformen verschwunden sind, die früher das politische Leben bestimmt haben.

Aus dieser mangelnden Übereinstimmung über die Begriffsinhalte ergibt sich, so meine ich, ein Verlust an Überzeugungskraft, an dem unsere politische Sprache heute leidet - das gilt für den Staat so gut wie für die politischen Parteien, es gilt überhaupt für den gesamten Bereich politischer Repräsentation. Ich frage mich: liegt das nur an der Sprache, oder liegt das am gegenwärtigen Zustand unserer Gesellschaft, einem Zustand, in dem alles nach Reformen ruft, wobei Reform und Demokratisierung eng verwandte Aktionsrichtungen in der Politik zu sein scheinen. Aber ich habe den Eindruck, daß die Sprache der Reformer weitgehend undemokratisch ist, oft ein verschlüsselter Dialekt der Fachleute, denen Manipulation und zentrale Steuerung wichtiger sind als der Konsensus mit dem Volk.

Als Mann der Praxis, und zwar als Leiter eines großen Industrieunternehmens, bin ich bei der Erfüllung der Unternehmensaufgaben ganz besonders auf den Konsensus mit mehreren tausend Mitarbeitern unterschiedlichster gesellschaftlicher Positionen angewiesen. Dabei stelle ich zwar ein allgemeines Bedürfnis nach Verbesserung unseres Systems fest, aber von einer allgemeinen

Verzweiflung über den gegenwärtigen Zustand unserer Gesellschaft, wie sie Herr Mitscherlich zum Ausdruck bringt, kann wirklich keine Rede sein.

Wir müssten uns also zunächst über den Begriff "Verzweiflung" verständigen, Herr Mitscherlich, und damit wären wir wieder - weshalb ich in dieser Frage meine kontroverse Auffassung zu Ihnen als Beispiel anführe - beim heutigen Tagungsthema "Sprache und Politik: Können Begriffe die Gesellschaft verändern?", auf das wir auch in dieser Diskussion keine übereinstimmende Antwort gefunden haben.